

AStA ZEITUNG

U N I F R A N K F U R T - S O M M E R 2 0 2 0



AStA 

**populismus
diskurs(e) &
meinungsfreiheit**



Hrsg. **ASTA der Universität Frankfurt am Main**

V. i. S. d. P. ASTA-Vorstand:
Melissa Dutz
Kyra Beninga
Nils Zumkley
David Höhnerbach

Anschrift Mertonstr. 26-28,
60325 Frankfurt a. M.

Web www.asta-frankfurt.de

Mail info@asta-frankfurt.de

Redaktion ASTA-Zeitungsreferat:
Muriel Ondreka
Finn Gölitzer
Pascal Hohmann

eMail zeitung@asta.uni-frankfurt.de

Gestaltung gegenfeuer.net

Druck Bechtle Verlag & Druck

Auflage 47 500

Erscheint 4 / Jahr

Jahrgang 2020

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder
des ASTA oder der Redaktion wieder.
Die Rechte der Artikel liegen bei den
Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt Liegen bei niemanden. Geben Sie diese
Zeitung jeder x-beliebigen Person
für x Äquivalente weiter.

Bildnachweise Illustrationen & Collagen: gegenfeuer.net

Die restlichen Bildrechte liegen bei den
jeweiligen Autor*innen oder sind direkt
vermerkt.

Editorial

Etwas verspätet erscheint nun endlich unsere Ausgabe zu »Populismus, Diskurs(e) und Meinungsfreiheit«. Und auch jetzt noch ist es schwierig dieses Thema gänzlich abzuschließen. Wurde doch die Aktualität des Themas im letzten Jahr immer wieder deutlich. Unterschiedlichste Ereignisse führten zu teils stark polarisierten Diskussionen. Dabei drehten sich Debatten oftmals um die Form der Debattenkultur selbst: Über die Grenzen zwischen nötigen Diskursen und gefährlichen Verschiebungen, zwischen legitimen Aussagen und Menschenfeindlichkeit, wurde gestritten. Insbesondere im universitären Kontext entfachten sich so manche Konflikte: Die »Kopftuch-Konferenz« des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam (FFGI) an der Goethe-Universität oder die Besetzung des Hörsaals an der Frankfurt University of Applied Sciences, wegen der Teilnahme Jörg Meuthens an einer Podiumsdiskussion, sind nur einige Debatten-Auslöser die zu nennen sind.

Sicherlich lässt sich aber beobachten, wie rechte Hegemonieansprüche in öffentlichen Debatten vermehrt aufgehen. Erschreckend zeigt sich zudem, wie sich diese in letzter Konsequenz und auf brutale Weise in rassistischen Gewaltakten materialisieren – wie zuletzt in Hanau.

Auch die Corona Krise gibt erneuten Anlass sich mit Diskursverschiebungen zu beschäftigen: Alte Selbstverständlichkeiten lösen sich in Zeiten des Ausnahmezustands zugunsten staatlicher Verfügungsmacht und Kontrolle klammheimlich auf. Welche langfristigen Folgen diese Verschiebungen für uns haben, lässt sich dabei noch überhaupt nicht abschätzen. So wichtig auch viele der Maßnahmen sein mögen, so sollten wir uns doch auch die einhergehenden Gefahren bewusstmachen. An dieser Stelle bietet sich ein Zitat Foucaults an:

»[Es gibt] auch einen politischen Traum von der Pest: nicht das kollektive Fest, sondern das Eindringen des Reglements bis in die feinsten Details der Existenz vermittelt einer perfekten Hierarchie, welche das Funktionieren der Macht bis in ihre letzten Verzweigungen sicherstellt«¹

Zurück zur Ausgabe: Sie soll also eher als vorübergehende Sammlung verschiedener Gedanken zu dem recht weiten Themenkomplex verstanden werden, nicht als abgeschlossenes Sammelsurium. Wir hoffen jedoch euch damit die Zeit in Quarantäne oder Isolation etwas schmackhafter machen zu können. Am Ende dieser Ausgabe findet ihr den »Call for Papers« zur nächsten Ausgabe: »Ausnahmezustand & Corona«. Nutzt eure Zeit, lasst euch inspirieren und schreibt etwas für die nächste Ausgabe! Aber zuletzt:

Bleibt gesund! Aber bleibt politisch!

Eure Redaktion

¹ Foucault über die Wirkungsweisen der Macht und der Regierung in Zeiten der Epidemie: Foucault, Michel. 2014. Überwachen und Strafen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.



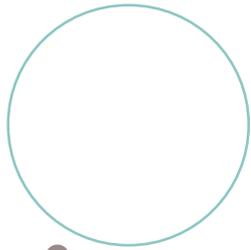
Stop Talking

05



Klimakrise und Diskursverschiebung

13



»Dann gehen Sie doch woanders hin!«

21

Gegen Unsicherheit in der Corona-Krise

33





»Hate Speech« im Wandel der Zeit

25



An die »besorgten Bürger« Eure Parolen sind verkehrt

23

AStA Referatsberichte

43

- 05 Stop Talking
- 07 Black, White, Red, Blue and Green
- 09 Die Unterordnung des Diskurses
- 11 Interview mit einer Aktivistin
- 13 Klimakrise und Diskursverschiebung
- 15 Die Corona Krise und der Schlag gegen das »diffuse Ganze«
- 17 Gegen alte und neue linke Erzählungen
- 21 »Dann gehen Sie doch woanders hin!«
- 25 »Hate Speech« im Wandel der Zeit
- 27 An die »besorgten Bürger«
Eure Parolen sind verkehrt
- 31 Micha Brumlik: Rede im Kaisersaal
- 33 Marc Grünbaum: Rede vor der Synagoge
- 35 Offener Brief der Studierenden der Lehreinheit
Germanistik/Deutsch
- 37 Studienbedingungen an der Goethe Universität
- 39 Gegen Unsicherheit in der Corona-Krise

AStA Referatsberichte

- 43 Referat für Fachschaftskoordination
& Referat für Studienbedingungen
- 44 Feminismus Referat
- 44 Finanzreferat
- 45 Referat für Hochschulpolitik
- 46 Kommunikationsreferat
- 47 Referat für Verkehr und Ökologie
- 48 Referat für politische Bildung
- 48 Zeitungsreferat
- 51 Was ist die AStA-Zeitung?
- 53 Call for Papers

Stop Talking

Argumente gegen die »Mitte«
und »Meinungsfreiheit«



Nicht erst seit dem G20-Gipfel in Hamburg ist der Kampf gegen den sogenannten Linksextremismus gesellschaftlicher Konsens. Die öffentliche Diskussion um den angeblichen Terrorismus von links hat jedoch durch das Großevent wieder deutlich zugenommen. Nun wurde das SEK bei einer Antifa-Demo im sächsischen Wurzen eingesetzt und De Maizière gibt Schüler*innen den Tipp, doch lieber zu Hause zu bleiben, statt etwas gegen Naziaufmärsche zu unternehmen. Auch international wird nach den tödlichen Auseinandersetzungen in Charlottesville/USA die Legitimität von militantem Antifaschismus diskutiert. Das zeigt deutlich: Die ‚Linksextremen‘ sind das eigentliche Problem! Um linke Proteste und Aktionen zu delegitimieren und als ‚faschistisch‘ und ‚terroristisch‘ zu brandmarken, wird meist das Recht auf freie Meinungsäußerung in Stellung gebracht. Eine Veranstaltung von Rassist*innen darf nicht verhindert werden. Christliche Fundamentalist*innen dürfen nicht blockiert werden. Hetze, in Form von Wahlplakaten, zu entfernen, geht nicht, denn: „Hier herrscht doch Meinungsfreiheit!“

Das Phantasma der gesellschaftlichen Mitte

Eine Kernidee hält den bürgerlichen Staat im Innersten zusammen: Die Vorstellung einer neutralen gesellschaftlichen ‚Mitte‘. Um zu funktionieren braucht die nationale Ordnung einen Ort der Versöhnung für die Interessensgegensätze zwischen Links und Rechts. Dort spiele sich das politisch Akzeptable ab, während sich an dessen Enden das Abweichende, das ‚Extreme‘ balle. Dabei hat die Studie „die enthemmte Mitte“ erst vor kurzem wieder bestätigt, dass die gesellschaftliche Mitte als Ort der Mäßigung und Menschenfreundlichkeit ein Phantasma ist. Völkische Einstellungen, antisemitische Denkmuster oder der Wunsch nach einem starken Führer lassen sich in weiten Teilen der Gesellschaft finden.

Die phantasierte gesellschaftliche Mitte entscheidet darüber, was als tolerabel gilt. Randständigkeit wird automatisch mit Bedrohung identifiziert. Unter dem Label ‚Extremismus‘ werden linke und rechte Bewegungen und andere Akteur*innen kurzerhand gleichgesetzt, die sich nicht dem demokratischen Zwangskonsens fügen. Konkret heißt das: Die Sicherheitsorgane machen keinen Unterschied zwischen der Betätigung in einer Nazi-Terrorzelle oder der Mitgliedschaft in einer Gruppe, die auf eine emanzipatorische Gesellschaft hinarbeitet.

Die Geschichte des Mitte-Phantasmas bestimmt seit Jahrzehnten den Diskurs um die innere Sicherheit und ist eng mit dem ›Verfassungsschutz‹ verbunden.

Die Geschichte des Mitte-Phantasmas bestimmt seit Jahrzehnten den Diskurs um die innere Sicherheit und ist eng mit dem ‚Verfassungsschutz‘ verbunden. Der Inlandsgeheimdienst erhält seine Existenzberechtigung durch eine Geschichtserzählung, die sich bis heute zäh hält. In der Erzählung der deutschen Geschichte wird der Untergang der Weimarer Republik meist als ein Zusammenbruch der vernünftigen Mitte gedeutet - verursacht durch die permanenten Angriffe von Links und Rechts. Dabei wird völlig unterschlagen, dass die sogenannte ‚Mitte der Gesellschaft‘ mit großer Freude und aus innerer Überzeugung die Macht an die Nationalsozialist*innen abgegeben hat. Sie ist keineswegs einfach nur unter die Räder der sich bekämpfenden Extremist*innen gekommen, sondern hat den nationalsozialistischen Führerstaat mit offenen Armen empfangen.

Im Einklang mit dieser Erzählung ist es für den Verfassungsschutz als Wächter der ‚wehrhaften Demokratie‘ naheliegend, linken Protest mit sämtlichen Ausformungen reaktionärer Gewalt in einen Topf zu schmeißen. Sobald die diffuse Linie der Verfassungstreue überschritten ist, - und hier genügt ein Verdacht - sind operative Maßnahmen gegen Leute möglich, die nie gegen ein Gesetz verstoßen haben. Um als Extremist*in verzeichnet zu werden, reicht es aus, auf der ‚falschen‘ Demonstration gefilmt zu werden, das ‚falsche‘ Flugblatt verteilt zu haben oder schlichtweg eine Kritik zu vertreten, die den liberalen Wohlfühlbereich verlässt und den kapitalistischen Alltagswahnsinns in Frage stellt. Dabei verteidigt das Trugbild der gesellschaftlichen Mitte lediglich den menschenverachtenden Status quo. Wer sich auf sie beruft, bestimmt darüber, wo ihre Grenzen - und mit ihr die Grenzen des Sagbaren - liegen und setzt alles daran, radikale politische Alternativen an den Rand zu drängen. Die Ideologie der Mitte steht wie keine andere für die repressive ‚Befriedung‘ einer Gesellschaft, die von fundamentalen Widersprüchen durchzogen ist. Sie stellt eine Kampfansage an jede linke Utopie dar.

Mit der Meinungsfreiheit zurück in die Barbarei

Mit dem Argument die Meinungsfreiheit zu verteidigen, werden linke Positionen zunehmend delegitimiert. Wie selbstverständlich wird hingegen Feuilletonrassist*innen wie Thilo Sarrazin große Medienöffentlichkeit zuteil. Sämtliche namhafte Talkshows räumten der AfD - besonders im vergangenen Wahlkampf - das Recht auf Dauerpräsenz ein. AfD-Plakate mit antifeministischen und völkisch-nationalen Slogans verschandeln momentan jedes Stadtbild - von Werbeständen und Wahlveranstaltungen ganz zu schweigen. Alles gedeckt von der demokratischen Grundordnung und dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Formiert sich jedoch linker Protest gegen den Rechtsruck und seine militanten Auswüchse, schreit es „Terror“ aus allen Richtungen. Denn Linke, so weiß man im bürgerlichen Staat, sind die eigentlichen Faschist*innen. Wenn es darum geht den politischen Gegner zu bekämpfen, wird ohne mit der Wimper zu zucken das hohe Gut der Meinungs- und Pressefreiheit über Bord geworfen. Das Verbot der linken Internetplattform „Indymedia linksunten“ ist dafür das aktuelle Beispiel.

Zwar kritisieren die bürgerlichen Medien durchaus Gruppen des rechten Hegemonieprojektes - das neben der AfD auch die sogenannte „Identitäre Bewegung“, Thinktanks wie das „Institut für Staatspolitik“ um Götz Kubitschek und das auflagenstarke Magazin „Compact“ von Jürgen Elsässer umfasst. Im Vergleich mit dem Shitstorm, der sich im Nachgang von G20 über alles Linke ausgebreitet hat, ist diese Kritik jedoch ein Witz. Das kommt nicht von ungefähr. Jede rechte Abweichung spitzt lediglich zu, was in der Mitte bereits angelegt ist: Die geforderte Abschottung Europas gegen Geflüchtete beispielsweise ist mit der europäischen Grenzschutzagentur Frontex längst gegeben. In der Abgrenzung von Rechts kann sich umgekehrt die selbsternannte vernünftige Mitte als legitim, offen und demokratisch bestätigen - und zugleich rechte Forderungen in ihre Politik integrieren. Die politischen Vertreter*innen der Mitte sind sich nicht zu schade, im Kampf um Wähler*innenstimmen deren

Positionen offensiv zu vertreten. Doch warum sollte jemand die Kopie wählen, wenn es mit der AfD auf dem Wahlzettel das Original gibt? Nicht zuletzt deswegen ist vor Kurzem eine völkisch-nationalistische Partei als drittstärkste politische Kraft in den Bundestag eingezogen. Die von ihr geforderte Abschottung ist mit der Festung Europa, Frontex und den Deals mit Erdogan, lybischen Warlords und Co. ohnehin längst Realität.

Die selbsternannte gesellschaftliche Mitte pocht weiter auf Meinungsfreiheit und spielt damit doch nur diejenigen in die Hände, die den Diskurs nach rechts verschieben wollen. Gutgläubig hoffen Liberale über die öffentliche Diskussion mit der AfD deren Anhänger*innen wieder auf den Pfad der Erleuchtung zu bringen. Damit scheitern sie zwangsläufig - die Idee der Meinungsfreiheit impliziert einen objektiv-rationalen Diskurs unter mündigen Subjekten. Freie Rede unter freien Subjekten benötigt aber einen Rahmen, der erst noch zu schaffen wäre. Denn Objektivität unter den Bedingungen der falschen Freiheit bedeutet immer Einverständnis mit Ausgrenzung, Unterdrückung und Verwertungszwang.

„Antifa are as bad as fascists“ is a position you could only arrive at if your only problem with fascism is that it's too rowdy.“

Es läuft etwas grundlegend falsch, wenn das, was als freie Meinungsäußerung toleriert und geschützt wird, in seinen wirkungsvollsten Erscheinungen Sozialchauvinismus, Rassismus und Sexismus propagiert. Diese Propaganda ist Element des rechten Hegemonieprojektes, das seinen menschenfeindlichen Worten längst Taten folgen lässt. Der Widerstand dagegen kann keine Rücksicht auf die Maßstäbe der selbsternannten Mitte mit ihrem abstrakten Prinzip der Meinungsfreiheit nehmen. Als eine Art Guerilla-Zensur von unten sind das Verhindern von Auftritten rechter Politiker*innen oder das Entfernen von Wahlplakaten eine Intervention in diese Kriterien und die ganz realen Ausschlüsse, die die Mitte durchsetzt. Unser Widerstand bemisst seine Mittel der Kritik am Gegenstand seiner Kritik. Europa befindet sich auf dem Weg in finstere Zeiten. Als Linke liegt es an uns, den Widerstand gegen die Faschisierung zu organisieren und in grenzübergreifender Solidarität die Perspektive einer befreiten Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Deshalb werden wir nicht alles dulden, was sich derzeit im Rahmen der ‚freien‘ Meinungsäußerung abspielt. ●

Text ursprünglich veröffentlicht von NIKA (Nationalismus ist keine Alternative)

Black, White, Red, Blue and Green

It's natural for them then to sympathise with the subaltern and advocate on their behalf. The complicated relationship between British identity, atonement for colonialism and advocacy for Palestine necessitates further study. Of course, comparable effects of identity and shame shape German advocacy for Israel.



As a British student who previously studied in Wales, I was struck by an absence the first time I visited the Marktplatz Der Kritischen Initiativen: the Palestinian flag. In the British university leftist scene, it's almost omnipresent. Further afield, it's visible at not just Palestinian demonstrations, but every major protest and music festivals. Naively, I asked around about why that was. We wouldn't have a problem with it necessarily, people said. So where is it?

I'm not an activist. Previously, when discussing the issue in the UK, I've held it at arm's length. To completely understate why, it's complicated, prone to offend, and there are strong opinions either side. But as this call for papers specifically asked "Wie viel Meinungsfreiheit verträgt die Demokratie (und die Hochschule)?" and "wie weit lässt sich der Begriff „Neutralität“ im Kontext der Hochschule greifen?" I thought there was no better time to contribute my opinion on a topic that is fiercely contested, one that I'm unqualified to speak on, insufficiently educated about, and is centred on inherent identities far removed from my own.

The British prevalence of Palestinian advocacy must be considered within a legacy of colonialism. Despite the best efforts of Post-Colonial Studies, the British have failed to come to terms with their colonial legacy (with its displacements, assassinations and genocides), in lieu of an identity shaped around the triumphalist narrative of the Second World War (standing alone and allotment gardens). This fostered a white ethnocentric and anti-European sense of being British, valuing individual liberties, sovereign democracy, and free speech (as long those free, ruling and speaking are white). There is a clear price we're currently paying for not dismantling this notion. Those, however, who are conscious of such a legacy, must then be aware of the colonial reading of the Israeli Palestinian conflict. It's natural for them then to sympathise with the subaltern and advocate on their behalf. The complicated relationship between British identity, atonement for colonialism and advocacy for Palestine necessitates further study. Of course, comparable effects of identity and shame shape German advocacy for Israel.

The British Labour party has been embroiled within an ongoing Antisemitism controversy. It's worth noting that this scandal is only the most recent in a long history of

controversies within Labour's approach to Israel Palestine. Jeremy Corbyn has particularly (and rightly) faced criticism for his handling of the current issue, particularly in terms of what sociologist David Hirsh has termed the Livingstone Formulation: the outright dismissal of accusations of Antisemitism as impossible and treating it as an indicator of anti-progressive discourse. Accusations of Antisemitism were spun as unimportant, or the outdated opinions of a few old-fashioned trade unionists blown out of proportion, or a Conservative conspiracy to discredit Corbyn's socialist momentum.

A second consequence of the British left's broad shift to pro-Palestinian sympathies is the support for the Boycott, Divestment, Sanctions (BDS) movement. Which is, depending on who you ask, modelled either after the Anti-Apartheid Movement opposing racial apartheid in South Africa, or the German Judenboykott. Again, it's easy to see the British legacy of colonialism informing the former interpretation, while the German legacy of the Holocaust informing the latter. Most recently came the call to boycott certain German nightclubs, including Berlin's //about blank. The nightclub's response was insightful:

"We are not adopting a partisan position. Rather, we focus on direct exchange, listening to each other, and recognizing different backgrounds and contexts. We are convinced that this is essential for finding a way out of the dilemma, and to contribute to a productive discussion at eye level."

Fundamentally, if a nightclub can make a commitment to productive discussion at eye level, this should also be achievable in the university. Shutting down channels of communication, particularly academic, is counterproductive - there is a certain irony when BDS finds their speakers from being non-platformed in retaliation. But then again, perhaps critics of both the current Israeli government and BDS should articulate a better mode of action than boycotts.

In Germany, as well as Britain, Islamophobia is an unresolved, intolerable issue. Refugees today face hostility, a prejudice that had existed long before they or even Muslim Gastarbeiter's arrived in the aftermath of the Second World War. To dismiss Islamophobic hostility towards Palestinians is to fall prey to the same rhetorical strategies as outlined by Hirsh above.

Adorno Ultras, a Facebook meme page, recently shared an ironic meme equating Arabs to "sandpeople" from Star Wars. Last May, there was the bizarre incident where Alice Schwarzer aggressively touched a female student, then taunted her saying "Ich dachte, nur Männer dürfen Sie nicht anfassen." I would venture that such statements are indicative of attitudes prevalent through the various Lefts in Frankfurt (not to mention the Rights) which are subsumed in logics of prioritisation, their critique triaged.

I believe it's disingenuous to respond to criticisms of Israel with counteraccusations of putting Israel on a pedestal, for instance, why don't you give equal attention to the conflict in Yemen? Since 2015, the Saudi Arabian coalition's intervention has triggered a humanitarian crisis bordering on genocide, and in response the UN has called for Western powers to stop selling armaments, which so far has fallen on deaf ears. But to say 'what about' is to disregard the challenging history of Antisemitism, and the Western (British) colonial policies which fostered the conflicts across the region today. This conflict, as one of many, must face further scrutiny, but this is not necessarily a zero-sum equation where attention to one detracts from the other. And while selling weapons to Saudi Arabia is shameful and must be condemned, my peers aren't advocating for Saudi Arabia.

There is an ongoing humanitarian crisis in the Gaza strip. This deserves our attention. But perhaps more so than other global crises, when this conflict comes up for discussion, we become mired in profoundly personal questions of identity. I would hope that our university and our Student's Union would give support and resources to groups who wish to develop this discussion. To ensure that we, the majority of us privileged, the majority of us from states which do not face existential threats across the border, do not become partisans. ●

James Rawlings

Die Unterordnung des Diskurses

Der Diskurs an den Universitäten ist in den vergangenen Jahren massiv zurückgegangen. Warum eigentlich?



Schlägt man das “Gabler Wirtschaftslexikon” auf und sucht nach der Definition des Begriffs “Universität”, so kann man lesen, dass sich der Begriff vom lateinischen *universitas literarum* ableitet und so viel wie “Gesamtheit der Wissenschaften” bedeutet. Außerdem wird die Verbindung zwischen Forschung und Lehre als Kriterium genannt.¹ Diese Definition ist auf der einen Seite richtig, auf der anderen Seite scheint sie einen wesentlichen Aspekt der Universität zu vernachlässigen. Was unterscheidet schließlich - aus der Perspektive der Studierenden gedacht - die Uni von der Schule, wenn es lediglich darum geht, möglichst viele verschiedene Disziplinen abzudecken, möglichst viele verschiedene Fächer anzubieten? Hat man in der Schule nicht auch von Mathe und Deutsch über Politik oder Geschichte bis hin zu Physik und Chemie zumindest alles so ein bisschen gelernt? Und dennoch ist das Gefühl zu studieren im Normalfall mit dem Gefühl zur Schule zu gehen nicht vergleichbar. Der größte spürbare Unterschied zwischen Schule und Uni war stets die *Freiheit*. Die Freiheit sein Fach auszuwählen, die Freiheit es zu wechseln, wenn es einem wider Erwarten doch nicht zusagte, die Freiheit den Stundenplan so zu gestalten, wie man ihn gerne hätte (freitags doch bitte keine Uni und grundsätzlich eigentlich überhaupt keine Uni vor zehn Uhr). Und schließlich die Freiheit für Diskussionen, für anregende Gespräche mit

anderen Studierenden, wäre man pathetisch könnte man beinahe von der “Freiheit des Geistes” sprechen, die einem der Campus bot. Die Universität war also nicht nur als Bildungsträger gedacht, der lediglich seine Lehrinhalte vermittelt, sondern zusätzlich auch eine gewisse kritische Haltung, eine Lebenseinstellung. Gerade die Universität Frankfurt steht wie kaum eine zweite für diese Werte, lehrten und forschten hier doch im zwanzigsten Jahrhundert die bedeutenden Köpfe der Kritischen Theorie. Unter anderem Horkheimer, Adorno und Habermas lehrten ihre Studenten, die bestehenden gesellschaftlichen und kapitalistischen Strukturen zu hinterfragen, ihre Ideologien zu entlarven und aus der theoretischen Aufklärung heraus eine Gesellschaft voller mündiger, kritischer Bürger zu schaffen.² Doch diese Gesellschaft setzt zwingend einen funktionierenden Diskurs voraus. Der kritische Bürger ist einer, der hinterfragt, der nicht hinnimmt, was ihm an gängigen Erklärungen für gesellschaftliche Verhältnisse geboten wird. Der mündige Bürger ist einer, der sich aber auch von Gegenargumenten überzeugen lässt, der nicht stur auf seiner Meinung beharrt und - zumindest in Teilen - bereit ist sein Weltbild zu verschieben, wenn er mit schlüssiger Argumentation gefüttert wird. Eben dieser Diskurs funktionierte zu Hochzeiten der Kritischen Theorie gut, durch die bereits beschriebene Freiheit des Studierenden blieb die

Zeit, den Diskurs zu suchen und zu pflegen. Das ist heute anders.

Ein lebhafter Diskurs findet an den Universitäten heute kaum noch im öffentlichen Raum statt. Zwar gibt es einzelne Veranstaltungen, bei denen nach Herzenslust diskutiert wird, doch wer von diesen Veranstaltungen nichts mitbekommt, wer nicht aktiv nach derartigen Angeboten sucht, dem bleibt der Zugang zum universitären Diskurs weitestgehend verwehrt. Woran liegt das? Michel Foucault betont in seiner Inauguralvorlesung am College de France im Jahre 1970, die unter dem Titel “Die Ordnung des Diskurses” eine hohe Bekanntheit erlangte, dass der Diskurs natürlich auch anstrengend sei, dass eine/r schließlich den Anfang machen müsse, indem er oder sie bestehende Strukturen kritisiert. “Ich selbst möchte nicht in jene gefährliche Ordnung des Diskurses eintreten müssen”³ zitiert Foucault die vermeintliche innere Stimme der meisten Menschen, die sich eigentlich ungern in der Situation wiederfinden, unter Umständen als einzige/r gegen ein bestehendes System zu sein. Ist das der Grund für das Schwinden des Diskurses an Universitäten? Für einzelne Personen mag dies zutreffen, doch als einzige Erklärung taugt dies sicherlich nicht. Schließlich waren die Hürden früher nicht unbedingt niedriger, im Gegenteil nimmt der gesellschaftliche Konformitätsdruck innerhalb der letzten Jahrzehnte doch kontinuierlich ab. “Individualität” und

“anders sein” werden in beinahe kultiger Form zelebriert, wer andere Meinungen hat gilt nicht wie früher als “Revoluzzer” oder gar als “Spinner”, sondern ist per se erstmal interessant. Zudem ist durch die sozialen Netzwerke ein Platz geschaffen worden, an dem neue Formen des Diskurses praktiziert werden. Zwar mag der Ton manchmal befremdlich sein, doch ist nicht zu bestreiten, dass der von “Social Media” gebotene Raum für Diskussionen meist großflächig genutzt wird.

Ist einfach das fehlende Interesse der sogenannten *Generation Y*, die ja nicht nur – wie es seit Jahrhunderten üblich ist – von den älteren Generationen, sondern auch von Sozialwissenschaftlern immer wieder gerne als faul und träge bezeichnet wird? Hängt diese Generation einem tendenziell linken Mainstream an, der gerade aus reaktionären Kreisen gerne beschworen und verteufelt wird und der im Grunde keinen Diskurs mehr zulässt, da alle anderen gegenläufigen Meinungen in Schubladen gepackt und weggesperrt werden? Auch hier kann die Antwort nur sein, dass diese Zuschreibungen auf Teile der *Generation Y* zutreffen mögen, dass es teilweise Milieus gibt, in denen das Diskutieren mit völlig gegensätzlichen Argumenten schwer sein mag, jedoch auch hier keine Verallgemeinerung stattfinden darf. Gerade diese Generation bedient sich mehr als jede andere der Diskussionsform der sozialen Medien, gerade in dieser Generation, die hauptsächlich nach Ende des Kalten Krieges sozialisiert wurde, wächst erstmals wieder eine vermehrt kritische Haltung zu gesellschaftlich bestehenden Einteilungen der politischen Welt (z. B. USA = gut, Russland und Iran = böse) sowie eine kritische Haltung gegenüber den Medien, die Jahre zuvor als die “vierte Gewalt” nahezu unantastbar in ihrem Status als verlässlicher Lieferant sachlicher Informationen galten. Hurrelmann und Albrecht bezeichnen die *Generation Y* in ihrem gleichnamigen Buch gar als “die heimlichen Revolutionäre”⁴ und widersprechen damit der These von den desinteressierten “jungen Leuten von heute”. Auch die Sinus-Studie von 2016, die Jugendliche zu den Themen, die sie persönlich für wichtig erachten, befragt, lässt keine *Ent-Politisierung* der jüngeren Generationen vermuten, sehen sich die befragten Jugendlichen z. B. gerade bei den Themen Umweltschutz und Integration von Geflüchteten selbst in der Verantwortung etwas zu bewegen.⁵

Der Versuch, das Problem vom Individuum her zu denken ist also als ganzheitlicher Erklärungsansatz gescheitert. Es liegt daher nahe, den Rückgang des universitären Diskurses von der Institution, der Universität her zu betrachten. Eine entscheidende Zäsur sind in diesem Zusammenhang die “Bologna-Reformen”. Diese vereinheitlichen seit 1999 das europäische Hochschulsystem und führten u. a. das zweistufige Abschlussystem, bestehend aus Bachelor und Master und die Anrechnung von Leistungen in Form von “Credit

Points” ein. Zudem wurde die Regelstudienzeit (i. d. R. drei Jahre für den Erwerb des Bachelors) festgelegt, in der die Inhalte des Studiums im Idealfall zu bewältigen seien. Kritisiert werden muss an diesen Reformen hauptsächlich die “Verschulung” der Universität, also die Annäherung der beiden Bildungsträger auf Kosten der Freiheit. Julian Nida-Rümelin kritisiert beispielsweise die Verschulung mit folgenden Worten: „Sie zeichnet sich durch extrem lange Präsenzzeiten und wenig Spielraum für Eigenstudium aus [...]“⁶ Stefan Kühl bemängelt, das System der “Credit Points” setzte eine genaue Gewichtung jeder Arbeitsstunde der Studierenden voraus, sodass eine inflationäre Anzahl an Prüfungen entstehe.⁷ Die Regelstudienzeit erlegt den Studierenden den Zwang auf, möglichst schnell fertig zu werden, Credits zu sammeln und alle Module “durchzuarbeiten”, dabei geht der schweifende Blick über den Tellerrand der zwingend zu belegenden Module verloren, die Zeit wird den Studierenden genommen, sich in Diskurse außerhalb der formellen Studienordnung zu stürzen und Zeit in diese zu investieren. Die Rede ist bewusst von “investieren”. Was zunächst als Zeitverlust deklariert werden kann, ist bei genauerer Beobachtung ein Gewinn, es lohnt sich, sich die Zeit für einen Diskurs zu nehmen, der das Nachdenken anregt, der einem dadurch unter Umständen neue Perspektiven eröffnet. Daher täte jede/r Studierende gut daran, die Zeit für Diskussionen, für einen Austausch abseits der Pflichtmodule als klassische Investition zu sehen, denn Investitionen bedeuten zunächst Schulden, mit der Besonderheit, dass sich diese Schulden auf lange Sicht rentieren. Warum also nicht ein paar Schulden bei der Regelstudienzeit machen? Sicherlich tragen auch unsinnige Regelungen der Politik dazu bei, wie z. B. die Regel, dass die Zahlungen nach dem “Bundesausbildungsförderungsgesetz” (kurz: Bafög) auf das viele Studierende angewiesen sind, nach der Regelstudienzeit nicht mehr gezahlt wird. Wer Zeit investiert, wird also finanziell bestraft. Man darf sich zurecht fragen, welche Vorteile dieses System in sich birgt, schließlich ist das Bafög-Geld ja ohnehin kein Geschenk des Staates an seine zukünftigen Fachkräfte, sondern lediglich ein mehr oder weniger großzügiger Kredit an Studierende, die diesen, sobald sie eine Erwerbsarbeit aufgenommen haben, teilweise wieder an den Staat zurückerzahlen müssen.

Die Freiheit des Studierenden-Daseins ist also durch den Bologna-Prozess empfindlich beschnitten worden. Zeitdruck, vermehrter Prüfungsstress und gegebenenfalls finanzielle Abhängigkeit sorgen dafür, dass das Studium eher einer zweiten Schulzeit gleicht, nur eben mit komplizierterem Stoff und umfangreicheren Prüfungen. Das eigentliche Versprechen des Studiums, die Freiheit abseits des Hörsaals, die Möglichkeit zu kritischen und mündigen Bürgern im Sinne

der Kritischen Theorie zu werden, verblasst damit mehr und mehr. Der Diskurs wird nicht mehr gefördert, sondern indirekt sogar bekämpft. Natürlich gibt es nach wie vor einzelne Studierende, die dem Druck widerstreben, die sich die Zeit nehmen nachzudenken, zu diskutieren, in ihre geistige Entwicklung zu investieren. Natürlich gab es auch schon zu Zeiten von Habermas Leute, die den Diskurs scheuten, wie es Foucault beschreibt oder die in ihrer eigenen Perspektive so sehr gefangen waren, dass ein Diskurs unmöglich wurde. Doch die strukturellen Gegebenheiten zur Ermöglichung eines lebendigen, universitären Diskurses haben sich seit “Bologna” massiv verschlechtert. So muss man feststellen, dass an den Universitäten heute nicht über die Ordnung des Diskurses diskutiert, sondern die Unterordnung des Diskurses betrieben wird. ●

Yannick Liebe

1 online: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/universitaet-49575/version-272805> Revision von Universität vom 19.02.2018 - 15:59 [03.01.2018]

2 Gerhard Schweppenhäuser: Am Ende der bürgerlichen Geschichtsphilosophie. Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: 'Dialektik der Aufklärung' (1947). In: Walter Erhard, Herbert Jaumann (Hrsg.): Jahrhundertbücher. Große Theorien von Freud bis Luhmann. Beck, München 2000.

3 Michel Foucault: Die Ordnung des Diskurses. Fischer, Frankfurt 1991

4 Klaus Hurrelmann, Erik Albrecht: Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert. Beltz, Weinheim 2014. S. 199ff.

5 Calmbach et al. Wie ticken Jugendliche 2016? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Springer, Wiesbaden 2016 u. a. S. 265ff. sowie 435ff.

6 <https://www.sueddeutsche.de/karriere/julian-nida-ruemelin-im-interview-koenigsdisziplin-damit-ist-esvorbei-1.478483> [03.01.2018]

7 Stefan Kühl: Der Sudoku-Effekt. Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie. Bielefeld: transcript 2013.

Interview mit einer Aktivistin



Yannick Liebe: Hallo Carmen, in welchen Bereichen bist Du persönlich politisch aktiv?

Carmen Lange: Ich würde sagen, ich bin in mehreren Bereichen aktiv. Ich habe hier in Hamburg im Gängeviertel im »Raum für Fahrradkultur« mitgewirkt. Das ist ein offener Raum mit einer Werkstatt, in der Hilfe angeboten wird, um Räder zu flicken oder zu bauen. Außerdem ist das Gängeviertel im früheren Arbeiterviertel in Hamburg. Die Gebäude sollten abgerissen werden, wurden besetzt und sind bis heute erhalten. [mehr dazu: <https://das-gaengeviertel.info/gaengeviertel>]. Früher war das Ganze im »Kollektiven Zentrum« (liebevoll »KoZe« genannt). Ein Gebäudekomplex mit mehreren Selbsthilferäumen, Küfa [»Küche für alle«] und Kursen... bis die Stadt uns geräumt hat. Ich besuche Vorträge und Veranstaltungen zu Polizeigewalt, Feminismus und Infrastruktur. Außerdem bin ich in Antifa- Kreisen unterwegs.

Liebe: Also jede Menge verschiedene Aktivitäten... Auf welchen Aspekten liegt Dein Fokus?

Lange: Im Zentrum stehen Verkehr (mehr Fahrräder, weniger Autos) und Feminismus bzw. Gleichstellung. Aufmerksamkeit durch Demos, Plakate, Aufkleber... Gelegentlich auch FC. St Pauli Heimspiele: »no border, no nation, refugees welcome!«

Liebe: Welches sind motivierende Erfahrungen bei deiner politischen Aktivität? Welche Erfahrungen helfen Dir dabei, dich für weiteres Engagement zu begeistern?

Lange: Motivierende Erfahrungen sind für mich, wenn Aktionen gehört werden und von ihnen berichtet wird; selbst das ist ja schon ein Erfolgserlebnis. Ob darauf nun stadtseitlich eingegangen wird oder nicht: Es wird zumindest eine Diskussionsgrundlage für einen Diskurs in der Bevölkerung geschaffen. Zum Beispiel bekomme ich das in Gesprächen in der Uni und bei meinen Arbeitskollegen mit. Zum anderen ist es toll, wenn Aktionen genutzt werden: »Frauschrauben«, ein Werkstatttag nur für Frauen oder generell die Selbsthilfeangebote. Etwas mit Leuten zusammen auf die Beine stellen ist eine tolle Sache. Verschiedene Menschen können verschiedene Dinge gut, als Gruppe kann man dann viel bewirken.

Liebe: Inwiefern hat sich deine Einstellung zur Politik durch deine Aktivitäten geändert? Wenn du sagst es ist schon ein Erfolg einfach nur von der Öffentlichkeit gehört zu werden, spricht das ja auch unterschwellig ein bisschen gegen die Politik...

Lange: Politik ist langsam. Außerdem bin ich manchmal wirklich erschüttert und sprachlos, wenn Interessen einfach abgeschmettert werden. Ich war am Anfang glaube ich etwas naiv, weil ich vieles einfach hingenommen habe, wie es zum Beispiel in der Zeitung steht. Gerade was Einwanderungspolitik angeht ist es wirklich schlimm, wie Nachrichten verdreht werden. Je mehr man sich mit einem Thema beschäftigt, desto mehr üble Nachrichten bringt man für sich selbst darüber ans Tageslicht. Das war abschreckend, aber andererseits auch nur noch mehr Ansporn etwas zu verändern.

Liebe: Welche Form der praktischen Politik bevorzugst du? Also wie denkst du, sollte Politik abseits der bürokratischen und organisatorischen Prozesse gestaltet werden?

Lange: Man macht ja auch schon Politik, wenn man einfach mit Leuten spricht, sodass sie sich mit dem Thema auseinandersetzen und es vielleicht »mit nach Hause nehmen«. Im Alltag kann man schon sehr einfach aufmerksam machen: Sticker sind hier gut vertreten, groß, bunt und auffällig. Es kann auch mal ein ganzer Text auf einem DIN-A4 Zettel sein.

Soziale Netzwerke sind meiner Meinung nach sehr schwierig, weil die Menschen dort sehr impulsiv reagieren und, meiner Erfahrung nach, nie qualitativ diskutieren. Ich habe das Gefühl, die sozialen Netzwerke sind dafür einfach nicht gemacht. Das Demo Prinzip finde ich auch gut, denn man bezieht automatisch auch Außenstehende mit ein, die in ihrem Alltag gestört werden (Bsp. Verkehrsblockaden). Selbsthilfwerkstätten oder eine Hausbesetzung sind meiner Meinung nach eher passiv, d. h. gestalten die Politik nicht aktiv, sind deshalb aber nicht unwichtiger.

Liebe: Könnt Ihr mit solchen Aktionen wie Verkehrsblockaden oder Hausbesetzungen eigentlich mit Verständnis seitens der betroffenen Menschen rechnen?

Lange: Eher nicht. Ich glaube nicht, dass Menschen, die da nicht so im Thema sind, verstehen, warum man jetzt das Haus besetzt. Dass es getan wird, ist wichtig. Zum G20-Gipfel [in Hamburg im Juli 2017; Red.] zum Beispiel habe ich auch mal was gepostet und das ist unglaublich ausgeartet. Die Leute, die nicht vor Ort sind, verstehen überhaupt nicht, worum es wirklich geht und was wirklich passiert ist.

Liebe: Ist das Demonstrieren, ist der offene Widerstand kulturell in Deutschland einfach nicht so akzeptiert? Man hat immer das Gefühl die Leute sind zwar grundsätzlich unzufrieden mit der Politik, aber diejenigen, die offen gegen sie protestieren erfahren dennoch wenig Unterstützung.

Lange: Interessant ist, wie über die derzeitigen Proteste der sogenannten »Gelbwesten« in Frankreich gesprochen wird: nämlich so gut wie gar nicht. Hier haben zum G20-Gipfel vielleicht ein paar Barrikaden gebrannt, aber das ist mit den Demonstrationen in Frankreich nicht zu vergleichen. Die Franzosen haben eine ganz andere Demo- und Revolutionsmentalität als wir hier in Deutschland. Wenn hier gestreikt werden soll machen vielleicht 10 Prozent der Betroffenen mit, in Frankreich wird alles abgesperrt und du bekommst gar nicht die Möglichkeit, zur Arbeit zu gehen. Wir sind so verwöhnt und weich, dass wir nicht mal dieses eine Recht (streiken) in Anspruch nehmen, obwohl es so wichtig ist. Somit gehen wir hier das Risiko ein, von der Politik und den Konzernen überhaupt nicht mehr ernst genommen zu werden. Das ärgert mich sehr. Ich bin nämlich auch gewerkschaftlich aktiv (lacht).

Liebe: (lacht) Warum wundert mich das jetzt nicht? Carmen, ich danke dir für das Gespräch und wünsche dir viel Erfolg bei allen deinen Aktivitäten.



Klimakrise und Diskursverschiebung

Im Blickfeld öffentlicher Debatten hat sich innerhalb eines Jahres eine Diskursverschiebung bemerkbar gemacht. Die sogenannte Klimafrage gilt neuerdings nicht mehr nur als ein wichtiges, aber nicht zentrales Problem oder als Nischenthema, sondern hat sich im öffentlichen Problembewusstsein in den Vordergrund gedrängt. Zwar gibt es schon seit längerem ökosoziale Kämpfe weltweit, jedoch haben insbesondere die Schulstreiks von Fridays For Future die Präsenz der Thematik deutlich verschärft.

Dies belegen unzählige Umfragen zu den drängendsten gesellschaftlichen Problemen. Gleichzeitig beginnt sich diese Verschiebung auch in Wahlergebnissen widerzuspiegeln¹. Als wesentliche „Antriebskraft“ sowie als Zeichen für selbige Verschiebung differenziert sich eine wachsende Klimabewegung aus. Konsequenterweise streikende Schüler*innen (und mittlerweile auch immer mehr andere Statusgruppen) gehen seit nun fast einem Jahr auf die Straße und so viele Menschen wie noch nie nehmen an Aktionen des zivilen Ungehorsams teil.

Die Gefahr bevorstehender Kipppunkte („points of no return“) und einer wahrscheinlichen Erderwärmung um mindestens 1,5 Grad bis 2030 machen eine breite öffentliche Aufmerksamkeit zur dringenden Notwendigkeit². Gleichzeitig birgt das Thema aber noch größeres Potenzial zur Diskursverschiebung. Der Klimawandel kann als Formulierung einer umfassenden Krise – als Risiko – übergreifend Menschen mobilisieren, da sich die bestehende Gefahrenlage zumindest auf lange Sicht demokratisch äußert und klassen-, geschlechter- und herkunftsunabhängig ein Drohszenario darstellt. Wiederum ermöglicht das Thema eine Politisierung und Organisierung marginalisierter und entrechteter Gruppen, da sich die Folgen der Umweltzerstörung bis jetzt fast ausschließlich auf diese auswirken. Die Politisierung innerhalb der Klima-Debatte kann also in gewisser Weise als Katalysator

zur Radikalisierung führen, das heißt zur Hinterfragung der herrschenden ökonomischen Verhältnisse insgesamt. Eine Analyse der Klimakrise kann (oder muss) Systemwidersprüche aufdecken, verdeutlichen und somit zu einer fundierten Kritik der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt führen. Diesem Potenzial sollte angesichts der vermeintlichen Alternativlosigkeit zum heutigen Gesellschaftssystem umso mehr Relevanz zugesprochen werden.

Gegenwärtige ökologische Krisen, sowie die bisherige Unfähigkeit politischer Institutionen, durch wirtschaftliche Anreizsysteme und marktkonforme (also wachstumskompatible) Regulierungen jene Krisen einzudämmen, sind quasi der stoffliche, unmittelbare Ausdruck für die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Nachhaltigkeit. Der inhärente Wachstumszwang (zwischen privatwirtschaftlichen Akteur*innen sowie durch nationalstaatliche Standortkonkurrenz) erweist sich als diametraler Widerspruch zu ökologischen Kreisläufen. Des Weiteren verweisen die daraus resultierenden ökologischen Krisen ihrerseits auf die Tatsache, dass die Eigentumsfrage unmittelbar mit einer ökologischen Gesellschaft verwoben ist.

Eine Demokratisierung, also Kollektivierung von Produktionsverhältnissen ist die Voraussetzung, um Produktion an politischen Zielen auszurichten und so die Unmittelbarkeit dieser auf die Umwelt beeinflussen zu können. Nur so kann der





Expansionsdrang des Marktes, der damit einhergehende Raubbau von Ressourcen und die überformende Verwertung überwunden werden. Ebenso wie die Ausbeutung der Natur auf ihrer Konzeption als scheinbar unendlicher, selbstverständlich gegebener Ressourcenpool beruht, verhält es sich mit der Ausbeutung von Arbeit. Und genauso wie die Ausbeutung der Natur, bildet auch die unentlohnte Arbeit (z. B. Ausbeutung von Care-Arbeit) eine Vorbedingung für die andauernde Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft¹. Die Rückverfolgung der Verursacher*innen schädlicher Emissionen verweist auf globale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Schon heute kann beobachtet werden, dass eben jene Menschen, die am wenigsten am entstandenen Wohlstand der letzten Jahrzehnte profitieren durften, am gravierendsten von den Nebenfolgen dieses Wohlstands betroffen sind. Die Beobachtungen der heutigen ökologischen Verwerfungen zeigen: Die Klimafrage ist eine Klassenfrage. Diese äußert sich nicht nur in Gefällen des globalen Nordens und Südens, sondern auch zwischen den sozialen Klassen unserer Gesellschaft. Es zeigt sich: Die Auseinandersetzung und Analyse des Klimawandels als zu überwindende Krise birgt das Potenzial, die multiplen Krisen globaler und sozialer Ungleichheit, Ausbeutung und Aneignung von Arbeitskraft und Ressourcen, von Entrechtung, Marginalisierung und Unterdrückung aufzudecken und zu subsumieren.

Durch die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Klimakrise eröffnet sich also ein Möglichkeitshorizont. Noch beziehen sich ein Großteil der Debatten um den Klimawandel auf marktkonforme Lösungsansätze, Wahlergebnisse zeigen einen Aufschwung grüner, aber liberaler Parteien. Jedoch zeigen z. B. erfolgreiche Enteignungskampagnen⁴ oder anders geführte Debatten, dass Diskurse verschoben werden können. Diese Vorstöße lösen noch immer starke Gegenwehr aus, sind aber immerhin in der Öffentlichkeit angekommen.

Hegemonieverschiebungen sind gleichsam auch in der Klimabewegung zu beobachten. Bestand sie früher vermehrt aus partikularen Kämpfen und Themenschwerpunkten, scheint sich nun ein allgemeineres Unbehagen über die ökologische Entwicklung und ihre Ursachen zu etablieren. Diese Entwicklung ist nicht nur für nötige Bündnisarbeit von Relevanz, sondern auch für eine inhaltliche Ausrichtung, die mehr als nur erhöhte Investitionen für Umweltschutz fordern will. Bewegungen wie Workers For Future belegen ein stärkeres Bewusstsein für Krisenzusammenhänge und zeigen, dass der Kampf für Klimagerechtigkeit als sozialer Kampf geführt werden muss. Diese Diskursverschiebung sollte letzten Endes als Chance und nicht als selbstverständlich betrachtet werden. Die gesellschaftliche Wahrnehmung des Klimawandels als akutes Problem verweist noch nicht unmittelbar auf implizite

Perspektiven oder Alternativen. Nicht nur für emanzipatorische Kämpfe aller Art stellt die rasante Erhöhung der Durchschnittstemperatur eine Existenzbedrohung dar. Langsam dämmert auch „for-profit“-Unternehmen das Risiko ökonomischen Schadens durch den Klimawandel und sie versuchen wachstumsgerecht die Bedingungen zukünftiger Bilanzen zu sichern. Ein grüner Kapitalismus ist auch eine Antwort auf die sich anbahnende Bedrohung. Umso wichtiger ist es, ihn als unwirksam und widersprüchlich zu entlarven.

Antworten, die eine Überwindungen der ökonomischen Verhältnisse an sich beinhalten, sollten stärker eingebracht, „RWE enteignen“-Banner auf Klimademos bestärkt, das Motto des Fridays For Future Klimastreiks in Frankfurt „System Change not Climate Change“ untermauert und mit einer klaren Kritik der ökonomischen Logik gefüllt werden.

Nicht nur als Ort für Lehre und Wissenschaft und Bestandteil gesellschaftlicher Prozesse spielt die Hochschule in dieser Frage eine zentrale Rolle. Die für die Bewusstwerdung andauernder Krisen nötige Politisierung kann im großen Maße an der Universität geschehen. Verstärkte inhaltliche Auseinandersetzung mit den Problemstellungen des Klimawandels sowie die politische Mobilisierung können in diesem Kontext möglich sein. Die Klimakrise könnte eine bisher eher unpolitische Studierendenschaft politisieren, welche sich als gewichtige Statusgruppe in politische Auseinandersetzung einbringt. Dabei darf es nicht nur um die Durchsetzung statusspezifischer Interessen gehen, sondern darum, einer in ihrer Breite wachsenden, schichtenübergreifenden Bewegung beizusteuern. Mit dem Ziel die ökologische mit der sozialen Frage zu verknüpfen, herrschende Verhältnisse grundlegend infrage zu stellen und schlussendlich wirkliche Klimagerechtigkeit zu fordern. ●

Finn Göltzer

- 1 Umfrage Statista (2019), zu dem Thema »Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenübersteht?«: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2739/umfrage/ansicht-zu-den-wichtigsten-problemen-deutschlands/>
- 2 Wahrscheinliche Klima Szenarien sagen Erwärmung auf mindestens über 1,5 Grad Erwärmung bis 2030 vorher und damit einsetzende Kippmomente wie z. B. das Abschmelzen des Permafrosts, durch welche Selbsterwärmungseffekte einsetzen, voraus. Dazu: https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/2Grad-Ziel#Welche_Klimaentwicklung_ist_zu_erwarten.3F
- 3 Vgl.: Nancy Fraser: Krise, Kritik und Kapitalismus
- 4 Deutsche Wohnen Enteignen: Noch ist nichts enteignet, allerdings stellt die bloße Möglichkeit zur Debatte eine Verschiebung dar.

Die Corona Krise und der Schlag gegen das »diffuse Ganze«

Eine notwendig unvollständige Anleitung

Der vorliegende Text entstand vor mehr als einem Monat, zu Beginn der sich zuspitzenden Corona-Krise in Deutschland. Die Ausführungen beanspruchen somit weder Vollständigkeit, noch auf dem aktuellsten Stand der Dinge zu sein. Seit den sich überschlagenden Entwicklungen des Virus und den damit einhergehenden staatlichen Maßnahmen, hat sich auch Einiges in den Strategiedebatten der Linken getan. Organisationsformen wurden angepasst: Von politischen Nachbarschaftshilfen, online Bildungsarbeit bis hin zu alternativen Demonstrationsformen. Auf unterschiedliche Weise wurde versucht handlungsfähig zu bleiben und auf die anhaltende Krise reagieren zu können. Dennoch scheint das Verhältnis von Theorie und Praxis in solch einer Krisensituation ungeklärt, obwohl es gerade jetzt einer aktuellen Gesellschaftskritik bedürfte. Die folgenden Überlegungen bauen auf einem Gespräch zwischen Foucault und Deleuze auf, das auf Deutsch erstmals 1977 unter dem Titel »Die Intellektuellen und die Macht« im Merve Verlag erschienen ist (franz. 1972). Die fragmentarischen Überlegungen sollen als Anregung dienen, Foucault zu lesen und neue Handlungsperspektiven auszuloten.

Die Linke scheint wie erstarrt angesichts der Corona Krise. Die einen fordern panisch zu Hause zu bleiben und die anderen sehen ebendies als den ersten Schritt in den Faschismus¹. Dass beides sowohl wahr wie auch falsch ist, dürfte wohl allen klar sein, denn das unnötige Verlassen der eigenen vier Wände gefährdet logischerweise diejenigen, die jetzt noch die letzten Versorgungsmöglichkeiten aufrechterhalten und die sogenannten Risikogruppen. Dennoch haben Autor*innen wie Massimo Perinelli und Mia Neuhaus Recht damit, wenn Sie die Affirmation des staatlichen Ausnahmezustandes als unzureichende Lösung für das Problem in dem wir alle uns befinden, sehen². Über Möglichkeiten des Angriffs reden sie jedoch leider nicht.

Dabei wäre die aktive Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen so vielversprechend wie schon lange nicht mehr, besteht doch im besten Fall die Möglichkeit die Vorherrschaft des Neoliberalismus zu durchbrechen und im schlechtesten Fall die Chance ein autoritäres System, das aus dieser Krise entstehen könnte, zu verhindern. Dafür bräuchte es jedoch zwei Dinge. Einerseits eine Theorie³ des aktuellen Ausnahmezustands, der in dieser Form in den meisten europäischen Gesellschaften gewissermaßen unbekannt ist, andererseits eine Praxis, die die Möglichkeiten für Angriffe auf die aktuelle Verteilungsstruktur der Gesellschaft, deren Unzumutbarkeit sich in der aktuellen Krise einmal wieder zeigt, findet. Aufschluss über eine derartige Praxis und in welchem Verhältnis diese sich zur Theorie befindet, könnte ein Gespräch zwischen Deleuze und Foucault aus dem Jahre 1982 geben.

Foucault, dessen Ausführungen zu den verschiedenen Formen des Strafens in Beziehung auf Infektionskrankheiten in den letzten Tagen vermehrt gewürdigt worden sind⁴, versteht dabei Theorie nicht als

»Wenn man die kleinste Forderung erhebt, ist man gezwungen, das Ganze in die Luft sprengen zu wollen.«

„Ausdruck, die Übersetzung, die Anwendung einer Praxis“, sondern die Theorie ist „selbst eine Praxis.“ (D&F, 89) Dies spezifiziert er sogleich weiter:

„Aber eine lokale und regionale Praxis [...]. Sie ist Kampf gegen die Macht, Kampf um ihre Sichtbarmachung und Schwächung dort, wo sie am unsichtbarsten und hinterhältigsten ist. [...] Sie ist ein Kampf um die Unterwanderung und Übernahme der Macht, neben allen und mit allen, die um sie kämpfen. Sie hat nicht vom sicheren Hinterland aus die Kämpfenden aufzuklären. Eine Theorie ist das regionale System dieses Kampfes.“ (D&F, 89)

Um also gegen die Macht anzukämpfen, um Theorie zu betreiben, muss Theorie als regionale Praxis die Machtstrukturen dort wo sie am wenigsten hinterfragt sind, angreifen. Sie hat nicht, wie Deleuze sogleich entgegnet „zu bedeuten, sie hat zu funktionieren“, sie ist ein „Instrumentarium“. Denn, so Deleuze weiter: „Wenn es niemanden gibt, der sich ihrer bedient – das beginnt schon beim Theoretiker selbst, der damit aufhört ein solcher zu sein –, so taugt die Theorie eben nichts oder es ist der richtige Moment noch nicht gekommen“ (D&F, 89)

Die Art von Theorie die Foucault und Deleuze vor Augen haben ist somit immer Praxis, ist schon der Kampf gegen das Machtssystem dieser Gesellschaft an sich. Diejenigen, die sich dabei als die Intellektuellen auf der Seite der Befreiung sehen, haben ihre privilegierten Positionen als diejenigen, die lediglich zur Bewusstmachung beitragen, aufgegeben und fangen im Partikularen an gegen die Machtssysteme, die den Ausdruck der Bedürfnisse, des Widerstands hemmen, zu kämpfen (D&F,).

Dass das Gespräch zwischen Deleuze und Foucault viele Erkenntnisse für emanzipatorisches Handeln in der aktuellen Situation bieten kann, erschließt sich nicht nur

aus dem fatalen Zustand der kritischen Sozialwissenschaften, die aktuell weder eine Bewusstmachung leisten könnten, noch eine Theorie im klassischen, herrschaftskritischen Sinne dafür zur Hand haben, sondern auch an dem naheliegendem Zusammenhang der aktuellen Situation mit der Gefängnisordnung. Die Einsperrung, die Isolation, in die sich viele freiwillig begeben, die Ausübung brutaler Polizeigewalt unter dem Schutz der Legitimität, die absurden Strafen, die für sozialen Kontakt oder auch nur für das auf der Wiese liegen drohen, verweisen einerseits darauf, dass die aktuelle Form der Machtausübung des Staates auf unser Leben weitgehend unhinterfragt ist, als selbstverständliche, angesichts der aktuellen Situation erscheint. Andererseits ist uns auch die Gefängnisordnung näher als wir denken: „Das Gefängnis ist der einzige Ort, an dem die Macht als nackte Gewalt und gleichzeitig moralisch gerechtfertigt auftritt.“ (D&F, 92) Man denke hier nur an die extreme angestiegene, äußerst brutale Polizeigewalt gegen die Bewohner*innen der Banlieues in den letzten Wochen, die über den Ausnahmezustand gerechtfertigt und in Frankreich vor den Augen der Öffentlichkeit stattfindet.

Die Möglichkeiten, mit denen wir alle uns gegen die Machtverhältnisse, gegen die Aufrechterhaltung, ja gegen die mögliche autoritäre Verewigung dieser Gesellschaftsordnung, die durch diese Krise möglich wird, wehren können, sind jedoch weitaus bessere als Foucault und Deleuze sie zur Hand hatten. So sind die Möglichkeiten trotz des Ausnahmezustandes kleine Gruppen zu bilden und zu vernetzen – dies sieht Foucault als die größte Schwierigkeit aber auch als Brennpunkt der Theorie an – durch die Digitalisierung heute viel besser möglich als im Jahre 1982. So könnte die ersehnte Explosion von Deleuze und

Foucault heute wahr werden, jener Schlag gegen das Ganze, der nur aus dem Partikularen heraus gestartet werden kann:

„An welchem einzelnen Punkte man auch rühren mag, immer ist man mit jenem diffusen Ganzen konfrontiert. Wenn man die kleinste Forderung erhebt, ist man gezwungen, das Ganze in die Luft sprengen zu wollen. Auf diese Weise verbindet sich jede revolutionäre Attacke und jede revolutionäre Abwehr mit dem Kampf der Arbeiter“ (Deleuze und Foucault, 100)

Das Gespräch zwischen Deleuze und Foucault bietet aber auch nur Denkanstöße, eine abstrakte Handlungsanleitung, für eine radikale Theoriebildung. Eine umfassende Theorie der aktuellen gesellschaftlichen Situation, des Ausnahmezustandes, würde auch vielmehr dem Ansatz ihres Denkens widersprechen. Diese muss eben erst in der Praxis, der Theorie als Praxis, im „Durchbruch der Mauer“ vor der die Theorie aktuell steht, von uns allen gefunden werden. ●

Florian Meier

Literatur:

Gilles Deleuze und Michel Foucault: Die Intellektuellen und die Macht, in: Giles Deleuze und Michel Foucault – Der Faden ist gerissen, 1977, Merve Verlag, Berlin

Philipp Sarasin – Michel Foucault zur Einführung, 2005, Junius Verlag, Hamburg

Philipp Sarasin – Mit Foucault die Pandemie verstehen?, Online: <https://geschichtedergegenwart.ch/mit-foucault-die-pandemie-verstehen/>

1 <https://jungle.world/artikel/2020/13/quarantaene-als-konzentrationslager>

2 <https://jungle.world/artikel/2020/13/solidarisch-bleiben>

3 Theorie hier nicht im Sinne der wissenschaftlichen Metatheorie über das Problem, sondern vielmehr des »Savoir-faire«, des Handlungswissens, das nur aus der Praxis selbst hervorgehen kann

4 <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/tauchsieder-corona-eine-zwischenbilanz-/25691684.html>

5 Dies impliziert jedoch auch, dass Praxis sich unter dem Blickwinkel der neuen Situation vollziehen muss. Denn wenn wir alles so weiter machen wie bisher, werden wir es nicht schaffen diejenigen Möglichkeiten zu erkennen, die sich bieten, sondern im Zustand vor der Ausnahme verharren, für immer verdammt weiterhin Demonstrationen anzumelden, um gegen eine neuartige Realität anzukämpfen, deren Erkenntnis nicht mit den alten Formen sozialen Handelns erschlossen werden kann.

Gegen alte und neue linke Erzählungen

Marx' Kritik des Utopismus
ist noch immer aktuell

Wir brauchen eine neue linke Erzählung. Wir brauchen Utopien, mit denen wir die Menschen für das linke Projekt begeistern können. Solche oder ähnliche Appelle erklingen in linken Debatten immer häufiger. Die Idee: Nur so können wir eine Perspektive über das Bestehende hinaus entwickeln.

Utopien bieten aber gerade keine Perspektive über das Bestehende hinaus. Sie sind antikapitalistisch, gehen aber an der emanzipatorischen Praxis der Gegenwart vorbei. Das betrifft auch den von analyse und kritik mit herausgegebenen Band »Neue Klassenpolitik«: Darin wird eine neue linke Erzählung für nötig befunden, die den Menschen wieder eine Zukunftsvision ermöglicht, sie mit einem »Traum von einer anderen Welt« aufrüttelt.

Wie viele Autorinnen dieses Bands machen sich zur Zeit auch viele andere für Utopien und neue linke Erzählungen stark. Unter anderem führt Bini Adamczak in »Beziehungsweise Revolution« das Misslingen bisheriger Revolutionen auf das Fehlen von Utopien zurück, und der Band »Konkrete Utopien« versammelt Utopien von Aktivist_innen und politischen Gruppen. Im neuen Jahr erwartet uns »Tiefrot und radikal bunt. Für eine neue linke Erzählung« von Julia Fritzsche, und die jour fixe initiative berlin veranstaltet eine Reihe über die Utopie einer »solidarischen Weltgesellschaft der Freien und Gleichen«.



Liberté, Égalité, Fraternité

Die Debatte beruft sich auf Karl Marx. Aber Marx hat keine Zukunftsvisionen konstruiert, sondern im Gegenteil den Utopismus scharf kritisiert. Im Vorwort zu »Neue Klassenpolitik« fragt Herausgeber Sebastian Friedrich, was Kern linker Politik sei. Er antwortet: »Die kürzeste Definition stammt wohl von Karl Marx. Es gehe darum..., >alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.< Anders gesagt: Die Koordinaten linker Politik sind Gleichheit und Freiheit.« In ähnlicher Weise lässt Bini Adamczak ihr Buch »Beziehungswise Revolution« mit einem Plädoyer für Freiheit, Gleichheit, Solidarität ausklingen.

Aber Marx sagt nicht, dass das die Koordinaten linker Politik sind. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind für ihn vielmehr die Ideen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« war der Schlachtruf der Französischen Revolution von 1789 – derjenigen Revolution, die den Kapitalismus politisch durchgesetzt hatte.

Marx analysiert im »Kapital«, dass Freiheit und Gleichheit im Kapitalismus wirklich durchgesetzt sind. Sie sind aber zugleich nur die Oberfläche des Kapitalismus, der so als ein »wahres Eden der angeborenen Menschenrechte« erscheint, und so gerade verschleiert, dass der Mensch in ihm ein erniedrigtes und geknechtetes Wesen ist. Marx schreibt: »Was allein hier« – in der Zirkulationssphäre – »herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham.« Kapitalist und Lohnarbeiter begegnen einander auf dem Markt als Freie und Gleiche. Aber der Lohnarbeiter verlässt den Markt »wie jemand, der seine eigne Haut zu Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die – Gerberei.«

Man kann sich für eine Politik der Freiheit und Gleichheit nicht auf Marx berufen. Die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit führt nicht über den Kapitalismus hinaus, sondern kann nur in die Wiederherstellung jener Markt- und Geldbeziehungen münden, unter deren Oberfläche notwendig wieder die Gerberei entstehen würde.

Die Debattenbeiträge sind als solche hochspannend, und ihre emanzipatorische, antirassistische und antikapitalistische Zielsetzung steht außer Zweifel. Zudem ist es ein außerordentliches Verdienst der »Neuen Klassenpolitik«, den Klassenkampf systematisch mit feministischen und antirassistischen Kämpfen zusammenzudenken. Sie will damit aber vor allem – und hier ist die deutliche Kritik nötig – eine »neue linke Erzählung« konstruieren. Dem würde Marx entschieden widersprechen.

Der Bund der Kommunisten

Gegen den Utopismus haben sich Karl Marx und Friedrich Engels schon ab 1846 in ihrer ersten politischen Organisation, dem »Bund der Gerechten«, engagiert. Darin schwelte seit 1840 ein Konflikt zwischen dem bisher führenden, utopistischen Flügel mit Wilhelm Weitling an der Spitze, und einem erstarkenden kommunistischen Flügel. Marx und Engels traten dem Bund 1846 bei und ergriffen Partei für die Kommunisten. Schließlich gab sich der Bund nach einer Kampf abstimmung im Jahr 1847 eine neue Programmatik und nannte sich um in »Bund der Kommunisten«. Diese Kampf abstimmung setzte Raoul Peck in seinem Film »Der junge Karl Marx« von 2017 eindrucksvoll in Szene.

Nach der Umbenennung beauftragte der Bund Marx und Engels mit dem Verfassen einer Programmschrift, die 1848 als »Manifest der kommunistischen Partei« veröffentlicht wurde. Darin üben Marx und Engels scharfe Kritik am Utopismus und grenzen sich damit auch von Weitling und dem früheren »Bund der Gerechten« ab.

(1) Der Utopismus erhebt sich nach Marx und Engels mit seinen Gesellschaftsplänen bloß in phantastischer Weise über den Klassenkampf. Er ersetzt zwar den Klassengegensatz durch eine zukünftige Harmonie, analysiert aber die gegenwärtigen Bedingungen der Befreiung nicht. Dadurch bleibt im Utopismus unklar, wie es konkret zur Aufhebung des Klassengegensatzes kommen soll.

Was die Utopisten dann wirklich tun, geht laut Marx und Engels völlig an der »Selbsttätigkeit des Proletariats« vorbei. Die Utopisten konstruieren mit viel Eifer Gesellschaftspläne, und glauben, dass sie die Menschheit nur noch durch Propaganda von ihren Plänen überzeugen müssten, damit diese sich anschließend befreien könne. Aber das Proletariat braucht diese Propaganda nicht. Es gerät aufgrund seiner Unterdrückung immer wieder in Kämpfe und damit auch in Prozesse der politischen Organisation. Heute will »die Linke« mit einer neuen Erzählung die Menschen vom linken Projekt überzeugen – während gleichzeitig die gilets jaunes die Selbsttätigkeit des Proletariats auf Landes-Maßstab praktizieren.

Bei Marx und Engels steht diese Kritik in einem geschichtsphilosophischen Rahmen: »Die« geschichtliche Entwicklung bringt das Proletariat hervor, das dann die geschichtliche Mission hat, die Klassen abzuschaffen. Und das sei auch unvermeidlich. Wir müssen, wenn wir die beiden heute lesen, einfach versuchen, uns innerhalb dieses geschichtsphilosophischen Quarks das anzueignen, was wir für eine treffende Kritik des Utopismus halten.

»Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten hat. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.«



Der Kommunismus ist kein Ideal

Im Manuskript zu »Die deutsche Ideologie« (2), einige Jahre vor dem »Manifest«, schreiben Marx und Engels: »Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten hat. Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.«

Marx und Engels verstehen den Kommunismus also explizit nicht als einen zukünftigen Zustand, der vom Jetzt getrennt ist. Kommunistische Praxis besteht nicht darin, ein Ideal zu verwirklichen. Die Wirklichkeit braucht kein Ideal, dem sie gleich gemacht werden muss, weil diese Wirklichkeit selbst bereits die Bewegung ist, den jetzigen Zustand aufzuheben. »Wirkliche Bewegung« meint also nicht eine »wirkliche« Organisation wie etwa der Bund der Kommunisten, sondern dass der jetzige, widersprüchliche Zustand beständig Kämpfe, Organisationsprozesse, kritisches Bewusstsein hervorbringt.

Der zentrale Widerspruch der Wirklichkeit war für Marx und Engels die Klassenlage des Proletariats, also dass dieses eigentumslos ist und daher trotz des produzierten Reichtums im Mangel lebt. Dieser Widerspruch macht es zugleich für das Proletariat notwendig, sich dieser Wirklichkeit zu widersetzen. (3) Für uns heute ist an diesem Argument nicht wichtig, dass Marx und Engels darin lediglich den »einen« zentralen Widerspruch benennen und dass für sie der Klassenkampf automatisch aus der Verelendung folgt, sondern dass Unterdrückung nie ohne Widerstand, ohne die »wirkliche Bewegung«, zu denken ist.

Das kritische Bewusstsein über den Kapitalismus bildet sich nach Marx und Engels nicht durch Propaganda oder linke Erzählungen, sondern aufgrund der Klassenlage des Proletariats und im Zuge der dadurch notwendig werdenden Organierungen und Kämpfe. Marx schreibt 1846: Im Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten »findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst.« Damit meint Marx kein stolzes Arbeiter- und Klassenbewusstsein, sondern das innerhalb einer widerständigen Organisation bestehende Bewusstsein, dass die eigene proletarische Klassenlage durch das gesellschaftliche Ganze bedingt ist. Dieses kritische Bewusstsein des Ganzen besteht nicht im »Traum von einer anderen Welt« (Friedrich), sondern darin, dass die sozialen Probleme der Gegenwart innerhalb des bestehenden Ganzen systematisch notwendig sind, und dass darum »nicht nur gegen einzelne Bedingungen der bisherigen Gesellschaft, sondern gegen die bisherige »Lebensproduktion« selbst« revolutioniert werden muss. (4)

Solidarität und Revolution

Der Utopismus will, damals wie heute, gegen all die Gegensätze die Idee der Solidarität mobilisieren. Der ak-Schwerpunkt vom September 2018 zeigt auf zahlreichen Fotos, wie Menschen Schilder wie »Solidarity will win« und »United against racism« hochhalten, und Bini Adamczak sagt in ihrem Buch »Beziehungswiese Revolution«, dass die kommunistische Gesellschaft an die Stelle des Gegeneinander die Solidarität und das Füreinander setzt. Eine praktische Bedeutung für die »Revolutionierung der bisherigen Lebensproduktion« hat dies allerdings nicht.

Für Marx und Engels war die Kritik an dieser Vorstellung zentral. Sie führen sie im Manuskript zu »Die deutsche Ideologie« in ihrer Kritik an dem sozialistischen Philosophen Ludwig Feuerbach, einem Vordenker der 1848er Revolution. Sie tun dies an Stichworten wie Liebe, Gemein-sinn, Harmonie – von der Sache her das, was wir heute unter Solidarität diskutieren. Marx und Engels zufolge ist Solidarität bloß eine Abstraktion, die gegenüber der spezifischen Bestimmtheit von Beziehungen nichts aussagt. Es gibt nicht so etwas wie eine prinzipielle Beziehungsweise, die »dem« Menschen eigentlich zukommt, sondern immer nur den »wirklichen historischen Menschen«. Damit ist gemeint, dass die Menschen immer in spezifischen Tätigkeiten und Beziehungen in einer spezifischen gesellschaftlichen Gliederung leben. Sie leben nicht in prinzipiellen Beziehungsweisen »des« Gegeneinander oder »der« Solidarität, sondern in den spezifischen Verhältnissen des Betriebs oder der gegenwärtigen Familie. Und diese Verhältnisse sind mitsamt ihren konkreten Tätigkeiten, Abläufen und Bedürfnissen geschichtlich entstanden und nicht einfach durch »ganz andere Beziehungen« austauschbar.

Emanzipation besteht dann nicht in der Konstruktion ganz anderer Beziehungen, sondern in der konkreten Umgestaltung der geschichtlich entstandenen gegenwärtigen Beziehungen. Das Prinzip Solidarität sagt uns nichts darüber, wie der jetzige Betrieb oder die jetzige Familie umzugestaltet ist. An die Stelle der Konstruktion einer solidarischen Zukunft muss die konkrete Kritik der Gegenwart treten. Nur ausgehend von dieser Kritik können wir Konzepte entwickeln, mit denen wir unsere vorgefundenen, gegenwärtigen Verhältnisse anders organisieren können.

Der Materialismus des Reichtums

Wo bleibt aber bei all der Kritik das Positive, für das wir streiten wollen? Es bleibt uns, aber nicht als Idealismus einer utopischen Zukunft, sondern als Materialismus eines Reichtums, der heute schon besteht. Es ist der Reichtum der Gesellschaften, wie ihn Marx als Thema von »Das Kapital« in dessen erstem Satz nennt.

Das Positive, das uns für die Revolution begeistert, ist ein Reichtum, den wir auch heute überall da erfahren können, wo die herrschenden Verhältnisse ihre Kraft verlieren: bei der Organisation im Mietshaus, im Sog von sozialen Bewegungen, in der Aneignung einer Fabrik oder beim hedonistischen Feiern. ●

Emanuel Karpfinger



Anmerkungen

[In der Print-Ausgabe der ak gestrichen]

1) Die Kritik des Utopismus im »Manifest« richtet sich gegen andere Utopisten und nicht direkt gegen Weitling, den einige Kritikpunkte von Marx und Engels nicht betreffen. Trotzdem trifft die Kritik in ihrer Grundorientierung auch Weitling.

2) »Die deutsche Ideologie« gilt meist wie selbstverständlich als »Grundlegung des historischen Materialismus«. Marx und Engels haben aber nie ein solches Buch fertiggestellt, es gibt lediglich Manuskriptfragmente in unterschiedlichem Ausarbeitungsstand und nicht als kohärenter Zusammenhang einer »Grundlegung«. Trotzdem finden sich in diesen Fragmenten Ausführungen, die für das theoretische Selbstverständnis von Marx und Engels grundlegend sind.

3) Das Proletariat ist, wie Marx und Engels schreiben, eine Klasse, »welche alle Lasten der Gesellschaft zu tragen hat, ohne ihre Vorteile zu genießen, welche aus der Gesellschaft herausgedrängt, in den verschiedensten Gegensatz zu allen andern Klassen forciert wird«.

4) Wenn es über lange Zeiten hinweg nicht zu diesem kritischen Bewusstsein kommt, zeigt das, wie erfolgreich die Spaltungen des Proletariats und wie dicht die Ideologien sind. Die Aufgabe antikapitalistischer Aktivist_innen wäre es dann gerade, in lokaler Basisarbeit widerständige Organierungen trotz der Spaltungen zu unterstützen und den Ideologien argumentativ entgegenzutreten.

»Dann gehen Sie doch woanders hin!«

Quo vadis, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften?

Für Unternehmen stellt dies ein willkommenes Signaling dar, denn Studierende, die nicht leistungsstark, diszipliniert und anpassungsfähig genug sind, werden für sie ausgemustert.

„Die Studierenden zu befähigen, wirtschaftliche Probleme selbständig zu erkennen, Problemlösungen auf wissenschaftlicher Basis zu erarbeiten und Handlungsalternativen vorzuschlagen“ – so lautet das erklärte „Ziel des Studiums“ der Wirtschaftswissenschaften an der Goethe-Universität. Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaft beansprucht für sich zu „den attraktivsten wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen Deutschlands“ zu zählen. Jene Selbstdarstellung wird begründet durch eine besonders „gelungene Verbindung zwischen Theorie und Praxis“ sowie der „Offenheit für ein breites Spektrum theoretischer, praktischen und gesellschaftspolitischer Fragestellungen.“ Folglich sollte man meinen, dass sich die Studierenden entsprechend dem humboldtschen Bildungsideal einer deutschen Universität die Thematiken sozioökonomischer Probleme eigenständig erarbeiten, sodass sie schließlich eigene Ideen zur Problemlösung einbringen können. Wirtschaftliche Herausforderungen gibt es immerhin genug, reichen

diese von der Eurokrise über soziale Ungleichheiten hin zu ökologischen Krisen, zu deren Lösung wirtschaftswissenschaftliches Fachwissen benötigt wird. Doch in der Vergangenheit hat es immer wieder Kritik von Studierenden an realitätsfernen Modellen, fehlender wissenschaftlicher Ausbildung, mangelndem Diskurs und der Abstinenz von interdisziplinärem Theorien- und Methodenpluralismus gegeben³. Wie kann es sein, dass Studierende einer renommierten Universität solche Kritik üben?

Die Studiengänge der Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspädagogik haben im Bachelor einen Umfang von 180 CP, die nach maximal neun Semestern erbracht werden müssen. Wer die Orientierungsphase (60 CP) nach drei Semestern nicht abgeschlossen hat, wird frühzeitig exmatrikuliert. Die Prüfungen, fast ausschließlich Klausuren, finden in den ersten drei Wochen der Semesterferien statt. Mithilfe standardisierter Abfragen werden die Fähigkeiten, auswendig-gelerntes Wissen zu reproduzieren und

mathematisch-analytische Textaufgaben zu lösen, unter Zeitdruck geprüft. Von den Studierenden wird eine leistungsorientierte Selbstdisziplinierung gefordert und ihre Optimierung mit der Dean's List gefördert⁴. Für Unternehmen stellt dies ein willkommenes Signaling dar, denn Studierende, die nicht leistungsstark, diszipliniert und anpassungsfähig genug sind, werden für sie ausgemustert. Alle anderen können sich von Unternehmen werben lassen und zwar deutlich stärker als vielen recht ist⁵. Die E-Woche wird von der Deutschen Bank und PWC finanziert, welche im Gegenzug bereits unmittelbar vor Studienbeginn ihre Fühler nach den Studierenden ausstrecken⁶. Weitere Unternehmen werben für sich in klausur-relevanten Vorlesungen, außercurricularen Veranstaltungen und kaufen sich auf den Career Talk der Dean's List ein. Forschungsinstitute und Gewerkschaften fallen durch ihre Abwesenheit auf. Die Orientierung an Unternehmensinteressen harmonisiert mit den betriebswirtschaftlichen Inhalten des Studiums, deren

Fundament das kompromisslose Ziel unternehmerischer Profitmaximierung darstellt. Erfolg um jeden Preis. Dafür scheint jedes Mittel recht. In Management-Modulen sind Kartellbildungen, also Verstöße gegen geltendes Wettbewerbsrecht, ebenso Bestandteil der Unternehmensstrategie wie die Disziplinierung von Arbeitnehmer*innen mithilfe monetärer Anreize, um diese zu Höchstleistungen zu motivieren. Gewerkschaften und Betriebsräte wären da nur kontraproduktiv und folglich werden die realen Folgen mangelnden Arbeitnehmerschutzes wie Ausbeutung, Burnout, Gender Pay Gap und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ignoriert.

Um zusätzlich auch den Unternehmenswert zu maximieren, wird in den finanzwirtschaftlichen Modulen gelehrt, ertragsreiche Investitionsprojekte ausfindig zu machen und ihre Risiken mithilfe verschiedener Modelle und Finanzprodukte zu managen. Zugunsten der Interessen von Aktionär*innen wird alles dem Shareholder Value untergeordnet.

Aufgrund der inhärenten Effizienz deregulierter Finanzmärkte gibt es keine Finanzkrisen und damit auch keine Subprime-Krise, die Gehälter von Finanzinvestor*innen in die Höhe und zahlreiche einkommensschwache Familien aus ihren Häusern getrieben haben könnte. Das House of Finance, gestiftet und gefördert von zahlreichen Finanzinstitutionen, versucht den Prozess der Finanzialisierung gezielt zu stärken, anstatt ihn, wie für eine Forschungsinstitution üblich, zu benennen und zu reflektieren.

Der ökonomische Rahmen für die betriebswirtschaftlichen Inhalte wird in den volkswirtschaftlichen Modulen mittels der neoklassischen Theorie konstruiert. Nur auf freien Märkten pendeln sich Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht ein. Damit wird ein gesellschaftliches Optimum erreicht, weil Effizienz, Egoismus und Ungleichheit synonym für Gemeinwohl, Individualismus und Fortschritt sind. Demzufolge besteht keine Notwendigkeit für wirtschaftspolitische Diskussionen, da der Staat eventuelles Marktversagen

immer mit der Durchsetzung privater Eigentumsrechte korrigieren kann. Wenn nur Aspekte der Knappheit, aber nicht von unkalkulierbarer Unsicherheit (Postkeynesianismus), Macht und Herrschaft (Marxismus, Feministische Ökonomik) und Wandel (Ökologische Ökonomik) berücksichtigt werden, ist die Systemfrage eben schon a priori zugunsten des Kapitalismus beantwortet.

Legitimiert wird die neoliberale Ideologie ausgerechnet in den wirtschaftsethischen Modulen. Statt der Profitorientierung durch Ethik Grenzen zu setzen, ist moralisches Handeln nur dann angebracht, wenn es keine Profite reduziert. Sollen die Studierenden damit endgültig zu Agent*innen des Kapitals ausgebildet werden? „So müssen wir lernen, dass Wettbewerb solidarischer ist als Teilen und Privateigentum solidarischer als Gemeineigentum, weil Gemeineigentum ausgebeutet wird und nur Privateigentum zu sinnvollen Regelungen führt“, heißt es im Modul Finanzmarktethik. Dozent ist ein Mitarbeiter der Commerzbank AG.



Verschulter und kompetitiver Studienaufbau, gezielte Unternehmenswerbung und monoparadigmatische Lehre mögen zwar der Selektion für den Arbeitsmarkt dienlich sein, sie lassen jedoch keinen Raum für wissenschaftliches Arbeiten, kritische Reflexion, Forschungseinblicke und der Auseinandersetzung mit realwirtschaftlichen Phänomenen. Fördern und Fordern des Karrierismus scheint die neoliberale Agenda des Fachbereichs 02. Auf Studierende, die in die Forschung gehen, für NGOs arbeiten oder Gewerkschaften vertreten wollen und überhaupt alle, die sich für *Wirtschaftswissenschaften* interessieren, wird keine Rücksicht genommen.

Solche Verhältnisse sind für einen universitären Fachbereich, der Lehre und wissenschaftlicher Forschung verpflichtet ist, schlichtweg untragbar. Doch die Verantwortlichen des Fachbereichs 02 verbitten sich jede Kritik an ihrem Wirken. Wer dem nicht nachgibt, darf sich auf eine breite Palette an Erklärungen für die genannten Zustände gefasst machen. Modulinhalt werden von Dozierenden mit ihrem Werdegang, ihrem Kenntnismangel über heterodoxe Theorien oder dem angeblichen Desinteresse der Studierenden begründet. Die Alternativlosigkeit der Strukturen wird je nach Kritikpunkt auf schwarz-grüne Landesregierung, Präsidium, Senat, AStA, Management des Hörsaalzentrums, HRZ oder mangelnde finanzielle Mittel zurückgeführt. Reformvorschläge werden fast ausnahmslos abgelehnt. In der Vergangenheit kam aus dem Dekanat gar die Aufforderung an kritikübende Studierende, getreu der Marktlogik, doch einfach woanders hinzugehen. Sieht für den Studiendekan, dessen Professur von der DZ BANK-Stiftung gefördert wird, so also ein „Dialog mit den Studierenden“ zum Erstellen einer „Strategie zur Weiterentwicklung der Studiengänge“⁶ aus?

Gegenwärtig werden die Prüfungsordnungen für die Studiengänge der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspädagogik überarbeitet. Wir fordern Dekanat und Dozierende dazu auf, dies als Möglichkeit zu nutzen, Verantwortung zu übernehmen und die genannten Probleme gemeinsam mit Studierenden anzugehen, um die Wirtschaftswissenschaften wieder wissenschaftlich zu gestalten. Wenn Studierende nicht mehr wie verwertbares Humankapital für Unternehmen behandelt werden, sondern ihre wissenschaftliche Ausbildung als zentraler Bildungsauftrag verstanden wird, würde auch erkannt werden, dass Lehre und Struktur in den Studiengängen des Fachbereichs 02 keineswegs alternativlos sind. Dem Dekanat liegen bereits seit drei Jahren entsprechende Vorschläge vor. ●

- 1 Prüfungsordnung für B.Sc. Wirtschaftswissenschaften Art.5 Abs.1.
- 2 <https://www.wiwi.uni-frankfurt.de/fachbereich/wir-ueber-uns.html> zuletzt abgerufen am 18.04.2019.
- 3 Siehe hierzu u.a. Die Krise in der Volkswirtschaftslehre. In: AStA Zeitung Herbst 2013, S.20 <https://m.asta-frankfurt.de/sites/default/files/dateien/neue-ausgabe-asta-zeitung-thema-krise-ws-201314/20131111ffmweb.pdf> zuletzt abgerufen am 18.04.2019.
Offener Brief der Kritischen Ökonomik bezüglich der inhaltlichen Umstrukturierung des Bachelor-Kurses »Einführung in die Volkswirtschaftslehre«. <http://asta-frankfurt.de/aktuelles/offener-brief-kritischen-oekonomen-bezueglich-inhaltlichen-umstrukturierung-des-bachelor> zuletzt abgerufen am 18.04.2019.
Mehr Vielfalt und Interdisziplinarität der VWL. In: Forschung Frankfurt 2.2014 http://www.forschung-frankfurt.uni-frankfurt.de/53403568/FoFra_2014_2_Mehr_Vielfalt_und_Interdisziplinaritaet_der_VWL.pdf zuletzt abgerufen am 18.04.2019.
Studie: Studierende der VWL stehen ihrem eigenen Fach kritisch gegenüber. <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/forschung/studie-studierende-der-vwl-stehen-ihrem-eigenen-fach-kritisch-gegenueber/> zuletzt abgerufen am 18.04.2019.
- 4 Die Dean's List ist eine Ehrung für die nach Noten besten fünf Prozent aller Studierenden eines Jahrgangs. Für die Bedeutung der Dean's List im Kontext von Studienaufbau, Lehrinhalte und Karrierismus, siehe auch: Dean's List – feine Auslese. Wie der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Unternehmensnachwuchs rekrutiert. In: AStA Zeitung Sommer 2015, S. 60–61 <https://asta-frankfurt.de/sites/default/files/dateien/aktuelle-ausgabe-asta-zeitung/astazeitungssommergesperrt2015.pdf> zuletzt abgerufen am 18.4.2019.
- 5 Wie aus der Ersten universitätsweiten Studierendenbefragung an der Goethe-Universität vom Wintersemester 2012/13 hervorgeht, gaben 83,1% der Wirtschaftswissenschaftler*innen an, dass es »Angebote zur Kontaktaufnahme mit potentiellen Arbeitgebern« gebe, obwohl sich nur 7,6% solche wünschten.
- 6 Bereits 2016 wurde vonseiten der Kritischen Ökonomik vorgeschlagen, einen Abend der E-Woche im KoZ auszurichten, »dabei auf plurale wissenschaftliche und praktische Ansätze in den Wirtschaftswissenschaften aufmerksam zu machen und [Studierende] zu ermuntern, einen kritischen Blick auf die im Studium vermittelten Inhalte zu entwickeln.« Vonseiten der SSIX Student Services und des Organisationsteams der E-Woche wurde dies mit der Begründung abgelehnt, »dass sich die Erstsemesterstudierenden zunächst mit allen für einen guten Studieneinstieg wesentlichen Informationen versorgen können und erste Netzwerke aufbauen. Das Aufzeigen pluraler Wissenschaftsansätze während der E! Woche ist aus Sicht des Organisationsteams zu früh.«
- 7 11. Vorlesung im Sommersemester 2018: Ordnungsethik als Ethik der Rahmenordnung. Folie 27.
- 8 <https://www.wiwi.uni-frankfurt.de/fachbereich/dekanat/dekane.html> zuletzt abgerufen am 18.04.2019.

AUTOVERMIETUNG AN DER UNI FRANKFURT

Das KFZ-Referat («Kraftfahrzeug-Referat») existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugs-transporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nichtstudenten. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen. Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20 % auf den Mietpreis.

Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de

Frankfurt Bockenheimer Landstraße 133

Mo – Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469



WWW.KFZ-REFERAT.DE

069/79823048

»Hate Speech« im Wandel der Zeit

Die Verbreitung moderner Technologien fand in der Vergangenheit nicht ausschließlich zugunsten des zivilisatorischen Fortschritts statt. Regelmäßig wurden diese Technologien als Werkzeuge in kriegerischen und politischen Auseinandersetzungen genutzt und dadurch gesellschaftlich etabliert. So zeigte sich die Breitenwirkung der Printmedien erstmalig im Dreißigjährigen Krieg. Ferner waren es die Nationalsozialisten, die die massenhafte Verbreitung des Radios zum Zwecke der Propaganda vorantrieben.

In der jüngsten Vergangenheit konnte man ähnliches bei der Verbreitung des Internets und der Sozialen Netzwerke beobachten. Es zeigte sich, dass insbesondere diejenigen, denen die Freiheit und Gleichheit aller Menschen recht wenig bedeutet, das Internet für sich zu nutzen wissen. So erreichte der sogenannte Islamische Staat seine Strahlkraft auf Jugendliche auch über den professionellen Umgang mit Facebook und Twitter. Auch die Alltagskommunikation im Internet zeichnet sich durch eine Omnipräsenz von Ungleichheitsideologien aus. Die kürzlich veröffentlichten Studien von Monika Schwarz-Friesel zeigen, wie der Kommunikationsraum Internet die Virulenz des Antisemitismus katalysiert. An diese Erkenntnis schließen sich oftmals Diskussionen zur "Hate Speech" an. Der Diskussionsrahmen dieser Auseinandersetzungen, egal ob in Kommentarspalten oder in Talkshows, ist durch das jahrhundertealte Spannungsfeld von Diskriminierungsschutz und Meinungsfreiheit gekennzeichnet.

Seit dem 19. Jahrhundert ist in Deutschland hierbei ein Bezugspunkt der Paragraph 130 StGB, der "Volksverhetzungsparagraph", in dem sich viele historische Entwicklungen nachzeichnen lassen. In seiner Urform richtete sich der Paragraph primär

gegen die Pressefreiheit und die Sozialdemokratie. Im Kaiserreich ahndete dieser Paragraph die "Aufhetzung verschiedener Volksklassen gegeneinander", bzw. die "Anreizung zum Klassenkampf". Orientiert wurde sich dabei an einem französischen Gesetz, durch das seit 1822 Menschen bestraft wurden, die "Hass oder Verachtung der Bürger gegen eine oder mehrere Klassen von Personen"² erregten. Im Zusammenhang mit den staatsbürgerlichen Emanzipationsbestrebungen von deutschen Juden kam es Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer Umdeutung des Paragraphen. Die Rechtsschutzabteilung des "Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" argumentierte, sie seien eine Volksklasse und müssten daher im Sinne des Paragraphen 130 StGB vor Hetze geschützt werden. Diese Argumentation hatte erstmalig im Jahr 1899 Erfolg, als dem Antisemiten Walter Graf von Pückler die Herausgeberschaft antisemitischer Zeitungen verboten wurde. Rechtsprechungen wie die gegen Walter Graf von Pückler blieben im wilhelminischen

Kaiserreich jedoch eine Seltenheit. In der Weimarer Republik war die Rechtsprechung zunehmend von ihrer Blindheit gegenüber dem Antisemitismus und dem sich anbahnenden Nazismus geprägt. Der Mathematiker und Publizist Emil Julius Gumbel arbeitete in der Weimarer Republik akribisch die Rechtsprechung der politischen Morde auf. In seiner Sachlichkeit als Mathematiker errechnete Gumbel, dass man als rechter Mörder im Durchschnitt vier Monate Haft zu erwarten hatte, als linker Mörder dagegen durchschnittlich 15 Jahre Gefängnis, Zuchthaus oder die Todesstrafe.

Nach der Machtübergabe an die NSDAP schafften die neuen Machthaber den Paragraphen 130 StGB nicht ab, passten ihn jedoch entsprechend an. Er ahndete nun nicht mehr die Hetze gegen bestimmte Gruppen der Gesellschaft, sondern vermeintliche Hetze gegen den Volkskörper. Der Paragraph diente als Gefahrenabwehr vor dem Phantasma der zersetzenden jüdischen und bolschewistischen Bedrohung. Diese antisemitische

In seiner Sachlichkeit als Mathematiker errechnete Gumbel, dass man als rechter Mörder im Durchschnitt vier Monate Haft zu erwarten hatte, als linker Mörder dagegen durchschnittlich 15 Jahre Gefängnis, Zuchthaus oder die Todesstrafe.

Anpassung des Paragraphen wird im Begriff der "Volksverhetzung" erkenntlich, der von den Nationalsozialisten erdacht wurde¹.

Während in Deutschland der grassierende Antisemitismus mit beflissener Hilfe des späteren bundesrepublikanischen Staatssekretärs Hans Globke juristisch legitimiert wurde, veranlasste zur gleichen Zeit ein Schweizer Kanton ein umfassendes Verbot von antisemitischer Hetze. Die jüdische Zeitung "Die Stimme" berichtete am 14. Dezember 1934, dass "jede gemeine Schmähung der jüdischen Rasse oder des jüdischen Glaubens" in Basel eine strafrechtliche Ahndung zur Folge gehabt habe. Weiter heißt es: "Unter dieses Verbot fallen insbesondere der öffentliche Gebrauch der Verwünschung 'Juda verrecke', die öffentliche Verbreitung des Anwurfs, daß die Juden aus rituellen Zwecken Menschen töten [...]"².

Auch in den USA wurden im Kontext des grassierenden Nationalsozialismus die Grenzen der Meinungsfreiheit diskutiert. Im Jahr 1934 veröffentlichte die

American Civil Liberties Union (ACLU), eine bis heute sich für Meinungsfreiheit einsetzende NGO mit aktuell mehr als 500 000 Mitgliedern, das Dokument "Shall we Defend Free Speech for Nazis in America". Hierin vertraten sie einen radikalen Schutz der freien Meinungsäußerung, wohl wissend, dass sie damit auch dem Ku Klux Klan oder Henry Fords antisemitischer Tageszeitung Vorschub leisteten. Anknüpfend an marktliberale Ideen wurde folgendes postuliert:

"Das letztendlich Gute und Gewünschte wird besser durch einen freien Handel der Ideen erreicht, und die beste Überprüfung der Wahrheit ist die Macht des Gedankens, welcher sich im Wettbewerb des Marktes bewähren muss"³.

Der Politikwissenschaftler Karl Loewenstein kritisierte derartige Ideen damals schon als "demokratischen Fundamentalismus"⁴.

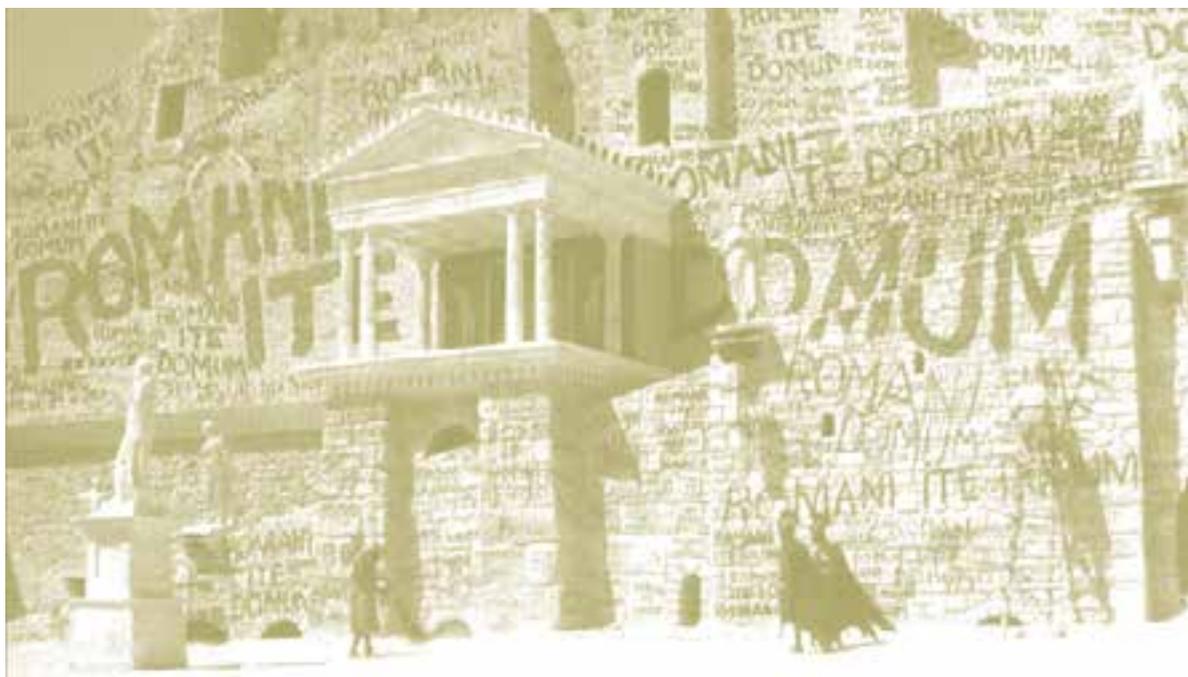
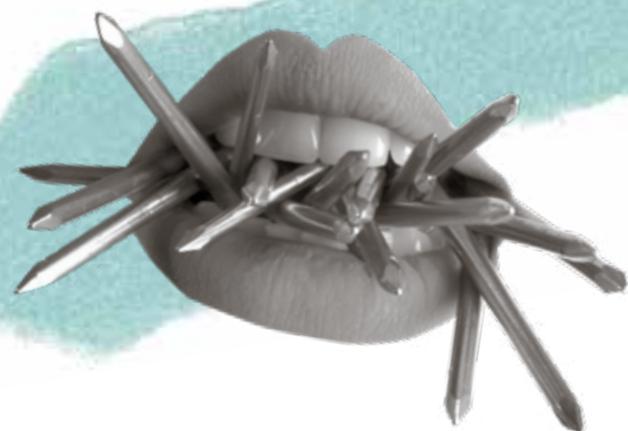
Mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ging auch eine erneute Reform des Paragraphen 130 StGB einher. In Erfahrung, dass die Toleranz der nazistischen Propaganda in der Weimarer Republik als Katalysator für den Erfolg des Nationalsozialismus diente, wurde der öffentliche Aufruf zum Hass gegen einen Teil der Bevölkerung zum Straftatbestand. Der Begriff der Volksverhetzung blieb als nazistische Kontinuität im Gesetz bestehen und etablierte sich daraufhin im allgemeinen Sprachgebrauch als Synonym zu strafbarer öffentlicher Diskriminierung.

Im Jahr 1994 wurde der Paragraph 130 StGB um Absatz 3 erweitert. Dieser erklärt Holocaustleugnung zur Volksverhetzung. Der Begriff Hate Speech wurde in Deutschland wegen der Debatte über menschenfeindliche Kommentare im Internet populär. Insbesondere seit der ehemalige Justizminister Heiko Maas im Jahr 2015 eine Task Force ins Leben rief, erfährt der Begriff Hate Speech eine breite mediale Öffentlichkeit. Der juristische Bezugspunkt in den Diskussionen um Hate Speech ist dabei neben dem Netzwerk-Durchsetzungsgesetz der Paragraph 130 StGB. Der Diskussionsrahmen der Debatte ist durch das eben skizzierte Spannungsfeld von Diskriminierungsschutz und

Meinungsfreiheit gekennzeichnet. Die Frage, wann die Grenzen des Sagbaren erreicht sind, ist ein stets neu auszuhandelnder Prozess. Es ist fraglich, ob der Nebelbegriff der "Hate Speech" als Analyseinstrument für das Unsagbare geeignet ist. Es kann jedoch keinen Zweifel daran geben, dass es Grenzen des Sagbaren gibt, die verteidigt werden müssen. In diesem Sinne soll mit einem Zitat von Jean Améry geendet werden, der dies folgendermaßen pointierte:

"Der traditionelle Liberale sah tolerant stets nur 'Meinungen', die er gemächlich respektierte: Er zog den Hut und machte sich davon in die cosy corner seines intellektuellen Komforts. Sie sind antiklerikal, verehrter Zeitgenosse? Sie sind kirchengläubig? Sie sind Schopenhauerianer? Sie sind Antisemit? Ich respektiere Ihre Meinung: Da sehen Sie, meiner Toleranz sind keine Grenzen gesetzt, und das ist der wahre Liberalismus. Man kennt aber Meinungen, die keine solchen sind, vielmehr Vorbereitungen zur Mordveranstaltung großen Stils. [...] Man muß ihm den Mund verbieten, das ist klar". ●

von Thure Alting



1 Hofmann, B.: Recht und Hetze. Der juristische Kampf gegen »hate speech« begann in Deutschland schon zur Zeit des Kaiserreichs. In: Die Zeit, Nr.30 / 2017, S. 17.

2 zit. n. ebd.

3 Rohßen, B. (2010). Von der "Anreizung zum Klassenkampf" zur "Volksverhetzung" (130 StGB). Berlin: De Gruyter.

4 https://web.archive.org/web/20110719105326/http://edocs.ub.uni-frankfurt.de/volltexte/2008/38044/original/Stimme_409.pdf [Stand: 15.08.2019]

5 Coester, M. (2008). Hate crimes. Frankfurt am Main: P. Lang, S. 93

6 zit. n. ebd.

7 Améry, J. (1981). Die Grenzen der liberalen Toleranz. In: Améry, J.: Widersprüche. Frankfurt am Main: Ullstein. S. 204- 213

An die »besorgten Bürger«

Eure Parolen sind verkehrt



In diesem Call for Papers wird die Frage aufgeworfen, »wie sich der zwanglose Zwang des schlechteren Arguments bei Rechten durchsetzt«. Was für schlechtere Argumente denn? Und was für bessere? Wir glauben den Urhebern dieser These nicht, dass sie sich von irgendwelchen schlechten empirischen Erfahrungen zu solchen matten Reflexionen über das angebliche Verhältnis von Richtigkeit und Erfolg des politischen Denkens haben bewegen lassen. Denn dafür hätten sie sich ja erst einmal um richtige Argumente gegen falsches rechtes Denken überhaupt bemühen müssen. Letzteres steuern wir gerne zu dieser Zeitung bei:

Werte Mitbürger,
 eure politischen Urteile verlieren
 alle Plausibilität, wenn man versucht,
 sie einleuchtend zu finden.

1. »Die Ausländer nehmen uns unsere Wohnungen und unsere Arbeitsplätze weg und verderben die Löhne«

Wem gehören „eure“ Wohnungen und „eure“ Arbeitsplätze? Wenn ihr fürchtet, sie zu verlieren, wessen Entscheidung müsst ihr da fürchten? Wenn wir euch richtig verstehen, redet ihr über eure Betroffenheit von der Tatsache, dass Vermieter die Konkurrenz der Wohnungssuchenden ausnutzen, um die Mieten und damit den Wert ihrer Immobilien zu steigern, und dass Arbeitgeber die Erwerbssuchenden gegeneinander ausspielen, um Lohn und Arbeitsanforderungen zum eigenen Vorteil zu verbessern, also von den Gegensätzen der drei kapitalistischen Klassen Arbeiterschaft, Grundeigentümer und Kapitalisten. Aber was haben die mit der Nationalität zu tun?

Was ihr gegen die Ausländer habt, ist offenbar, dass sie genau dasselbe machen wie ihr, nämlich sich in den Interessengegensätzen zu Arbeitgebern und Vermietern, deren Rechnungen ihr wie selbstverständlich anerkennt, um ein Ein- und Auskommen und eine Bleibe bemühen, also den Lebenskampf um die Selbstbehauptung gegen alle anderen aufnehmen, die in derselben ökonomischen Lage sind. Wenn *die* dasselbe machen wie ihr, dann machen sie etwas ganz anderes: dann ist eine Kündigung seitens des Vermieters oder Arbeitgebers ein Diebstahl seitens eines Ausländers. Der muss *denen* untersagt werden, denn *mit denen* wird die feine Konkurrenz in dieser schönen Klassengesellschaft unaushaltbar. Wie schön wäre doch die Heimat, wenn nur noch reinrassige Deutsche in den Genuss kämen, von berechnenden Arbeitgebern einem Lohn- und Leistungsvergleich unterworfen zu werden und mit einem Gutteil dessen, was sie davon haben, ihre Vermieter zu bereichern!



2. »Für die Flüchtlinge tun sie alles, für uns tun sie nichts«

Für wen tun die Regierenden „nichts“? Ihr meint doch nicht etwa die Klienten der Arbeitsagentur, die vom Amt ja keineswegs in Ruhe gelassen, sondern drangsaliert werden, solange sie keinen finden, der sie einstellt!? Denkt ihr an die Altersarmut oder den Pflegenotstand? Kommen die daher, dass die Regierung *keine* Renten- und Pflegereform gemacht hat? Kommen überhaupt die empörenden Lebenslagen vieler Menschen, die auch zu Deutschland dazugehören, vom staatlichen Nichtstun? Haben sie keinen positiven Grund in der Ordnung, die die Regierung tatkräftig gestaltet?

Und auf der anderen Seite: was tun die Regierenden „alles“ für die Flüchtlinge? Wollt ihr auch in einem Ankerzentrum Essensgutscheine kriegen? Ist das die Zuwendung, die euch fehlt? Wie kommt ihr darauf, dass die Zuwendungen an die Flüchtlinge und die an euch überhaupt etwas miteinander zu tun haben? Ist das Existenzniveau der hiesigen Armen deswegen so erbärmlich, *weil* der Staat etwas für die Flüchtlinge tut? War vor der „Flüchtlingswelle“ 2015 ihr Lebensstandard höher? Offenbar verhält es sich umgekehrt: Nicht, dass es elende Lebensverhältnisse erst gibt, seit Flüchtlinge aufgenommen werden, sondern dass die elenden Lebensverhältnisse in der deutschen Heimat für euch erst wirklich schlimm sind, seit die Flüchtlinge da sind.

Falls ihr an Geld aus dem staatlichen Haushalt denkt: Wie seid ihr überhaupt darauf gekommen, dass die Mittel, die euch fehlen, sich in dem Etat für die Flüchtlingsverwaltung befinden und nicht in anderen, viel größeren Haushaltsposten, die auch nicht für Zuwendungen an euch verwendet werden? Habt ihr all die Zwecke und Notwendigkeiten, um die die Politik sich so kümmert, daraufhin überprüft, inwiefern sie euch nützen? An den Flüchtlingen – und erst an ihnen – seht ihr den todsicheren Beweis, dass es dieser Regierung um etwas anderes geht als um ein gutes Leben für ihre Eingeborenen; aber dass überhaupt die Verwaltung eines sozialen Staats etwas sein könnte, für dessen Erfolg ein Lebensniveau wie das, über das ihr Klage führt, gar nicht zu niedrig ist, haltet ihr für ausgeschlossen?

Oder geht es euch gar nicht um irgendetwas Materielles? Geht euer Anliegen ganz darin auf, dass es den Flüchtlingen schlechter geht, auch wenn ihr gar keinen Nutzen davon habt?



3. »Ich sag' nur Köln, Köthen, Chemnitz, Freiburg...«

In einigen Städten haben Ausländer Taten begangen, deren Opfer Mann oder Frau (ganz unabhängig von der Nationalität der Täter) nicht sein will und die das deutsche Strafgesetzbuch zu den schweren Verbrechen zählt. Was folgt daraus? Eines bestimmt nicht: dass das Verbrechen mit den Ausländern über eine Gesellschaft gekommen wäre, der Mord, Totschlag, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung, Diebstahl, Nötigung usw. wesensfremd wären. Der Gesetzgeber hat im deutschen Strafgesetzbuch den ganzen Katalog der Vergehen zusammengestellt, die hierzulande üblich sind und keineswegs erst importiert werden müssen und sie mit dem passenden Strafmaß versehen. Kein Ausländer begeht eine Straftat, für die es nicht schon ein deutsches Gesetz gibt, die also nicht zu den Sitten in der hiesigen Kultur fest dazugehört. Jeder Bild-Zeitungsleser weiß, dass gruselige Untaten schon immer Bestandteil seiner Zeitungslektüre sind. Es scheint so zu sein, nicht dass es wirklich schlimme Verbrechen erst gibt, seit Ausländer in Deutschland sind, sondern dass Verbrechen erst wirklich schlimm sind, wenn Ausländer sie begehen.

Die von Ausländern begangenen Verbrechen sagen euch alles über die Kultur, aus der sie stammen, sodass dem ganzen Menschen schlag nicht zu trauen ist. All die aus verletzter Ehre motivierten „Familiendramen“ und „Beziehungsdramen“ ohne Migrationshintergrund, die deshalb nicht „Ehrenmord“ heißen, der Kindesmissbrauch der hiesigen Prediger, die sexuellen Übergriffe, die doch zum größten Teil unter Bekannten und Verwandten verübt werden, usw. sind hingegen nichts als tausende bedauerliche Einzelfälle und haben mit der Moralität des hiesigen Menschen schlags überhaupt nichts zu tun...

4. »Ich möchte, dass Deutschland Deutschland bleibt«

Was ist an der deutschen Klassengesellschaft mit ihrer Wohnungsnot, ihrer Armut und ihren Verbrechen denn so bewahrenswert, dass sie sich nicht verändern darf? Was bleibt an den hiesigen Arbeits- und Lebensbedingungen überhaupt je so, wie es schon immer war, und wird nicht mitsamt Stadtbildern und Landschaften von Unternehmerschaft und Standortpolitik beständig für die neuesten Anforderungen und Herausforderungen zurechtgemacht? Oder wollt ihr sagen, dass ihr euch eure beständig umgeformelten Lebensgewohnheiten jedenfalls von Ausländern nicht verändern lassen wollt?

Was machen Ausländer überhaupt groß anders als ihr? Und was ändern sie an Deutschland denn wirklich? Bei ihrem Bemühen um Wohnungen und Arbeitsplätze und in der Schlange im Sozialamt stören sie euch ja gerade, weil sie überhaupt nichts anderes machen als ihr: Sie kämpfen um die Lebenschancen, die die Konkurrenzordnung ihnen bietet. Um euch an ihrer Andersartigkeit zu stören, müsst ihr schon auf einer Ebene fahnden, die mit dem, wovon das Leben wirklich abhängt, nicht mehr viel zu tun hat.

– An der *Sprache* zum Beispiel kann man die Migranten erkennen, ob sie nun aus Sachsen, Syrien oder sonst woher kommen. Hochdeutsch lernen sie in dem Maß, wie es von ihnen verlangt wird und wie sie es selbst für die Bewältigung ihres Alltags für wichtig halten, und den meisten hört man ihr Leben lang an, dass sie woanders aufgewachsen sind als dort, wo sie jetzt leben. Wen stört das und warum? Beschwerst ihr euch über fremde Sprachen in der U-Bahn, weil ihr alle fremden Leute bei ihren Gesprächen belauschen wollt? Oder habt ihr ihnen viel zu erzählen, sodass euch vielleicht ein Sprachkurs helfen würde? Es wird wohl schon wieder umgekehrt sein: Nicht durch die Sprache ist man sich fremd, sondern weil man die anderen schon als Fremdkörper ausgemacht hat, stört der Zungenschlag, an dem man sie erkennt. Oder die Hautfarbe.

– Die *Sitten und Gewohnheiten* unterscheiden die Menschen selbstverständlich. In den Formen, wie man sich grüßt, der Art wie man sich kleidet, dem Umgang im Verhältnis der Geschlechter, bei den Tabus und in Fragen der Ehre, bezüglich des Stellenwerts der Religion, hinsichtlich der Essgewohnheiten und der Freizeitbeschäftigungen vom Stadionbesuch bis zur Oper... zeigt sich die biodeutsche Bevölkerung als ein Verhauf von lauter Parallelgesellschaften, die sich gegeneinander abgrenzen, oft genug einander verachten und gegeneinander als gnadenlose Rechthaber auf ihrem Lebensstil bestehen. Während für gewisse Figuren zwei Privatflugzeuge zum Mindestlebensstandard zählen, ist für andere, weniger auserwählte Figuren das Highlight ihres Lebens die Randalie im Fußballstadion an jedem zweiten Wochenende. Wie entdeckt ihr darin eine einheitliche deutsche Lebensart? Und noch dazu eine bewahrenswerte? Ist die großartige, liebenswerte Gemeinsamkeit, die Hooligans und Nonnen, Homosexuelle und Neonazis, Traditionspfleger und emanzipierte Frauen eint, womöglich die, dass sie eine Einheitsfront der Rechthaberei darin bilden, dass sie sich mit allem, was einem Zugereisten wichtig sein könnte, nicht vertragen wollen?



5. »Wir sind das Volk!«

Ihr seid das also, die bei der Regierung in Auftrag gegeben haben, dass sie die Menschheit auf die Konkurrenz ums Geldverdienen festlegt, die Armen mit Hartz IV abspeist, den Banken wertlos gewordene Schuldtitel abkauft und überhaupt in der ganzen Welt zuständig ist? Die Regierung diktiert euch im Interesse der Macht der Nation eure Lebensbedingungen und begleitet ihr Kommando mit dem Zynismus, ihr ganzes Werk „im Namen des Volkes“, im Auftrag der von ihr Kommandierten zu tun. Verstehen wir das Ausrufezeichen in eurer Forderung richtig: Zu solchen verarschten Idioten werdet ihr nicht nur gemacht, sondern die wollt ihr auch noch sein?! ●



farbeROT lädt ein zum Jour Fixe
alle vier Wochen
Studierendenhaus, Campus
Bockenheim, Jügelstraße 1, Raum:
K1, K2, K3 (jeweils erster Stock)
oder K4 (zweiter Stock)

www.farberot.de
facebook.com/farberot.ffm

Micha Brumlik

Rede im Kaisersaal

Sehr geehrte Damen und Herren,
Zu den Gründern und ersten Mitgliedern der vor nunmehr siebenzig Jahren ins Leben gerufenen Frankfurter Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gehörten drei Professoren der Johann Wolfgang Goethe Universität: Franz Böhm, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Der ordoliberalen Volkswirtschaftler Franz Böhm, 1895 in Konstanz geboren, erhielt 1946, nachdem er seiner verfolgten Juden unterstützenden Haltung wegen in den Jahren des Nationalsozialismus vielerlei Bedrängnissen ausgesetzt war, eine Professur in Frankfurt und diente der Goethe Universität in den Jahren 1948 bis 1949 als Rektor. Ein weiteres, führendes Mitglied der Gesellschaft war Max Horkheimer, der 1949 unter vielen Skrupeln nach Deutschland zurückgekehrt war und dieser Universität ebenfalls von 1951-1953 als Rektor diente. Auch Theodor W. Adorno, ein Freund und langjähriger wissenschaftlicher Weggefährte Horkheimers, war 1949 unter permanenten Zweifeln nach Deutschland, nach Frankfurt am Main zurückgekehrt und wurde schon im selben Jahr zum Professor der Johann Wolfgang Goethe Universität ernannt. Christlich-jüdische Zusammenarbeit, das war für diese drei Männer weniger eine Angelegenheit interreligiöser oder theologischer Grundlagenforschung als vielmehr ein Bündnis gegen den damals noch immer virulenten Antisemitismus. Horkheimer und Adorno selbst, das kann Lesern ihrer „Dialektik der Aufklärung“ nicht verborgen geblieben sein, standen dem christlichen Glauben in der Tradition Sigmund Freuds mindestens skeptisch, wenn nicht gar ablehnend gegenüber – sahen sie doch in ihm, wiederum in der Tradition Freuds, eine der Ursachen des Antisemitismus. Gleichwohl fanden sie in

Franz Böhm, einem der Mitbegründer des Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit schon früh einen Mitstreiter. So besuchte Max Horkheimer bereits am 6. Mai 1949 die dritte Sitzung des Ausschusses für religiöse Angelegenheiten der Frankfurter Gesellschaft – ein Treffen, bei dem ihm Franz Böhm sofort das Wort erteilte. Horkheimer brachte sinngemäß vor, dass man in den USA den Antisemitismus für eine Art Krankheit hielt, auf jeden Fall für eine Haltung, die zutiefst unchristlich sei. Horkheimer berichtete zudem vom American Jewish Committee, das darauf setzte, Juden Hass durch gemeinsames Lernen, Austausch und Dialog von Juden und Nichtjuden zu überwinden. Auch Theodor W. Adorno wurde nach seiner Rückkehr Mitglied der Frankfurter Gesellschaft und – mehr noch – Mitglied im Erziehungsausschuss des Deutschen Koordinierungsrates. Auch in dieser Funktion fasste er spätestens 1951 die Grundgedanken zu seinem später gehaltenen Rundfunkvortrag „Erziehung nach Auschwitz“, der später im 1966 publizierten Band „Erziehung zur Mündigkeit“ gedruckt wurde und bis heute als überholt und wegweisend gilt. Es war somit der so früh und von Anfang an in der Gesellschaft mitwirkende jüdische Remigrant Theodor W. Adorno, der jenen Zielen, die einer Erziehung und Bildung im Hinblick auf den Nationalsozialismus ihre bis heute unübertroffene Artikulation gegeben hat. Ziel aller Pädagogik, so Adorno, müsse es sein, dass Auschwitz sich nicht wiederhole und – mehr noch: schon alleine die Forderung nach einer Begründung dieses Postulats verlängere das Unheil, dem es doch zu entgegnen gälte. Aber was verbirgt sich hinter dem inzwischen inflationär gebrauchten Kürzel „Auschwitz“? Nicht zuletzt eine jüdische

Erfahrung: In des überlebenden italienisch-jüdischen Chemikers Primo Levi kristallklarem und nüchternem Bericht über seine Lagerhaft in Auschwitz wird den dort gemachten Erfahrungen absoluter Entwürdigung Rechnung getragen; der Ausdruck von der „Würde des Menschen“ bzw. der „Würde des Menschen“ – er steht am Anfang der deutschen Verfassung, des Grundgesetzes – gewinnt vor der Kulisse von Auschwitz eine gebieterische und einleuchtende Kraft: „Mensch ist“, so notiert Levi für den 26. Januar 1944, einen Tag vor der Befreiung des Lagers „wer tötet, wer Unrecht zufügt oder erleidet; kein Mensch ist, wer jede Zurückhaltung verloren hat und sein Bett mit einem Leichnam teilt. Und wer darauf gewartet hat, bis sein Nachbar mit Sterben zu Ende ist, damit er ihm ein Viertel Brot abnehmen kann, der ist, wenngleich ohne Schuld, vom Vorbild des denkenden Menschen weiter entfernt als ... der grausamste Sadist.“ Unter diesen Bedingungen – so Primo Levi – schwindet dann auch die natürliche Neigung zur Nächstenliebe. Levi fährt fort: „Ein Teil unseres Seins wohnt in den Seelen der uns Nahestehenden: darum ist das Erleben dessen ein nicht-menschliches, der Tage gekannt hat, da der Mensch in den Augen des Menschen ein Ding gewesen ist.“

Im deutschen Grundgesetz, genauer gesagt dessen Artikel 1, in der die „Würde des Menschen“ als Kriterium aller Gesetzgebung und aller staatlichen Machtausübung festgelegt wird, hat diese Forderung nach der Unantastbarkeit menschlicher Würde bereits ihren gültigen Ausdruck gefunden.

Dieses aus dem Schock über Auschwitz formulierte Prinzip hat bedeutende historische Wurzeln. Es war die kosmopolitische Philosophie der deutschen

Aufklärung, zumal Immanuel Kants, die die nach dem Nationalsozialismus geschaffene deutsche Verfassung, das Grundgesetz wesentlich geprägt hat.

Es war zudem ein ebenfalls zurückgekehrter deutscher Jude, der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der den von ihm initiierten Frankfurter Auschwitzprozess unter die Devise „Gerichtstag halten über uns selbst“ gestellt hat und mit ihm die freiheits- und menschenfeindliche Traditionen deutscher Kultur überwinden wollte. Dabei war es keineswegs selbstverständlich, dass sich ein erst im KZ inhaftierter, dann in die Emigration vertriebener deutscher Jude knapp zwanzig Jahre nach dem Ende des Mordens zum politischen Kollektiv der Deutschen – eben zu „uns“ – bekannte. Doch war er nicht der einzige jüdische Verfassungspatriot. Patriotisch handelten in diesem Sinne – um nur einige zu nennen – nicht nur die genannten Philosophen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, sondern auch – die Liste ist unvollständig – die Dichterin Hilde Domin und der Theatermann Fritz Kortner sowie die Politiker Herbert Weichmann, Erster Bürgermeister der Stadt Hamburg, die Bundestagsabgeordnete Jeannette Wolff sowie der nordrhein-westfälische Justizminister Josef Neuberger; Jüdinnen und Juden allesamt, die sich nicht von Hitler vor-schreiben lassen wollten, ob sie Deutsche sind oder nicht. Sie alle haben, mehr oder minder ausdrücklich, für den Aufbau einer demokratischen Kultur und Gesellschaft in Deutschland Unschätzbares geleistet. Die vor siebzig Jahren gegründeten Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit waren ein wesentlicher Träger dieses demokratischen Neubeginns.

Ihre Geschichte verpflichtet uns, denn: Wir heutigen, die wir von den Anstrengungen Adornos und Bauers, von Hilde Domin und Margarete Susman zehren, können nur noch schwer nachvollziehen, welch seelischen Schmerz die Remigranten in diesem Lande zu erdulden hatten und wie sehr ihnen dabei die eigene Existenz unheimlich wurde, so unheimlich, dass sie sich gelegentlich als Gespenster fühlten:

„Zur Vergeltung“ so schreibt Adorno über die „Schuld des Verschonten“ in der „Negativen Dialektik“ „suchen ihn Träume heim wie der, dass er seinen gar nicht mehr lebte, sondern 1944 vergast worden wäre, und seine ganze Existenz danach lediglich in der Einbildung führte, Emanation des irren Wunsches eines vor zwanzig Jahren Umgebrachten.“ Doch kann es anlässlich eines immerhin siebzigsten Geburtstages nicht nur darum gehen, des Vergangenen zu gedenken, sondern allemal auch, die Bedeutung eines solchen Geburtstages für die Gegenwart und Zukunft, hier, in dieser Stadt, in Frankfurt am Main zu erwägen. Daher: Es war der französische Sozialist Jean Jaures, dem im Jahre 1910, in einer parlamentarischen Debatte seinen konservativen Gegenspielern folgendes entgegenhielt:

„Jawohl, meine Herren, auch wir verehren die Vergangenheit. Nicht vergeblich hat die Flamme im Herd so vieler menschlicher Generationen gebrannt und gefunktelt; aber wir, die wir nicht stillstehen, die wir für ein neues Ideal kämpfen, wir sind die wahren Erben der Herde unserer Vorfahren: wir haben daraus ihre Flamme geholt, ihr habt nur die Asche bewahrt.“

Wie, so möchte ich heute fragen, ist es um die Tradition der Frankfurter Schule und ihrer antisemitismuskritischen Impulse in Frankfurt und zumal seiner Universität bestellt? Gewiss: es gibt den hoch renommierten Frankfurter Adorno Preis, und – ja – die regelmäßig gehaltenen Adorno Vorlesungen der Universität, mehr noch: –ein Platz der Universität ist nach Adorno benannt, sein Schreibtisch steht als Denkmal unter einem Glassturz auf dem Universitätsgelände, eine Straße ist nach Max Horkheimer benannt, die Universität vertreibt in ihrem Shops sogar Kaffeebecher mit Adornos Antlitz. Indes: könnte es sein, dass all dies nur eine Weise ist, die Asche dieser Tradition zu bewahren.

Lassen Sie mich daher auch in eigener Sache sprechen: Vor Jahren durfte ich gemeinsam mit dem Kollegen Professor Ortmeier die von der Universität geförderte Forschungsstelle NS Pädagogik ins Leben rufen, die Kollege Ortmeier, der nun in den Ruhestand geht, als Professor dieser Universität ungewöhnlich erfolgreich und wissenschaftlich produktiv geleitet hat. Nun muss ich zu meiner Überraschung und Empörung zur Kenntnis nehmen, dass der Fachbereich Erziehungswissenschaft und die Universitätsspitze nicht bereit sind, diese Professur erneut im Geiste Adornos zu denominieren. Ursprünglich war geplant, diese Professur, die Nachfolgeprofessur Ortmeier mit dem Titel „Erziehung nach Auschwitz in der Migrationsgesellschaft“ aus-zuschreiben, nun hat der Fachbereich – angeblich auf Weisung der Universitätsspitze – beschlossen, die Professur so auszuschreiben: „Professur für Allgemeine Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Erziehung, Politik und Gesellschaft unter Bedingungen gesellschaftlicher Modernisierung und sozialen Wandels“, eine Professur, die – das ist durchaus einzuräumen – die Leitung der Forschungsstelle NS Pädagogik beinhalten sollte und sich auch dem Thema einer „Erziehung nach Auschwitz heute“ widmen sollte. Das ist durchaus anerkennenswert und thematisch von nicht zu unterschätzender Bedeutung, indes: Ortmeiers und meiner Überzeugung nach sollte diese Professur vor allem und schwerpunktmäßig der zeitgeschichtlichen, NS Zeit und Antisemitismus, Rassismus und Fremdenhass umfassenden Bildung in Grundlagenforschung und Didaktik gelten – und nicht, einer doch im weitesten Sinne erziehungssoziologischen Fragestellung. Und zwar nicht nur aus Gründen der Pietät gegenüber Adorno, Horkheimer aber auch Franz Böhm gegenüber, sondern vor allem deshalb, weil die Gesellschaft der

Bundesrepublik Deutschland in einem Ausmaß von Antisemitismus, Islamophobie, Homophobie und Fremdenhass umgetrieben wird, wie seit ihrer Gründung nicht mehr – ich deute die Wahlerfolge rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien nur an und erwähne lediglich auch das rassistische Mobben von Schulkindern untereinander, das in einigen Fällen sogar bis zum Suizid führt. Das sind – in aller Kürze gesagt – die aktuellen Probleme, auf die eine „Erziehung nach Auschwitz“ im Sinne Theodor W. Adornos, eines der ersten Mitglieder der Frankfurter Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit zu antworten hätte. Franz Böhm, der Gründer der Frankfurter Gesellschaft hätte das nicht anders gesehen: Ging es ihm doch stets um eine aktive Auseinandersetzung mit allen Formen des Antisemitismus bis hin zu Vorstufen dessen, was heute als „israelbezogener Antisemitismus“ bezeichnet wird und sich in Böhms Engagement für zionistische Organisationen und den damals noch jungen Staat Israel ausdrückte.

Ich hätte, meine Damen und Herren Ihnen heute auch einen Vortrag über neueste Forschungen zum Auseinandergehen der Wege von Christentum und rabbinischem Judentum in der späten Antike präsentieren können – Forschungen, die belegen, dass Judentum und Christentum nicht in einem Mutter-Tochter, sondern in einem geschwisterlichen Verhältnis zueinander stehen, indes: das wäre vor dem Hintergrund eines neuen, grassierenden Antisemitismus bestenfalls eine Schönwetter-, eine Alibiveranstaltung gewesen. Meine Damen und Herren: Wir sind hier im Frankfurter Kaisersaal, daher: Der Respekt vor den historischen Akteuren in dieser Stadt, Frankfurt am Main und im Besonderen vor jenen Männern, die dieser Stadt und ihrer Universität ihr ganz besonderes und unverwechselbares Gepräge gegeben haben, Franz Böhm, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno ließen jedenfalls mir keine andere Wahl als auf sie zu sprechen zu kommen. Daher darf ich – auch wenn es evtl. pathetisch wirkt – von diesem, historischen Ort aus an die Spitze der Frankfurter Universität und den Fachbereich Erziehungswissenschaften appellieren, die wieder zu besetzende Professur nun doch – wie ursprünglich geplant – unter der Denomination „Erziehung nach Auschwitz in der Migrationsgesellschaft“ auszuschreiben. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir als Stadtgesellschaft dies den Gründern der Frankfurter Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit schulden. ●

Micha Brumlik

Marc Grünbaum

Rede vor der Synagoge

Liebe Frankfurter,
die Ereignisse von Halle wiegen noch schwer und dennoch die Solidaritätsbekundungen vieler Bürger, Organisationen, der Kirche, des Landesverbandes Hessen des Zentralrats der Muslime und nunmehr auch die der Stadt Frankfurt, lieber Peter, tuen gut. Auch in diesem Sinne übermittle ich die besten Grüße des Vorstandsvorsitzenden unserer Gemeinde, Prof. Korn, der sich gerade im Ausland aufhält.

Die zahlreichen Emails, Briefe, Anrufe oder die Mahnwache direkt am Tage des Anschlags hier vor der Westend-Synagoge sind geprägt von einem aufrichtigen Bekenntnis für jüdisches Leben in Deutschland und in Frankfurt. Wir wissen, dass wir nicht alleine sind und das sind wichtige Signale an die jüdische Gemeinschaft.

Der 11 jährige Sohn von Freunden von mir, der die Gespräche über den Anschlag in Halle während der Mittagspause des Jom-Kippur-Gottesdienstes wohl mitbekommen hatte, war am Donnerstag so verängstigt, dass er abends nicht mehr in die Synagoge zum Abschluss des Jom Kippurs gehen wollte. Wir Erwachsene, wir haben gelernt mit Bedrohungen umzugehen. Aber es ist eine Tragödie, dass unsere Kinder mit solchen Ängsten aufwachsen müssen. Sie kennen Bewachung durch Polizei und unsere eigenen Sicherheitskräfte, sie kennen Überwachungskameras, Zäune und Panzerglas, wir müssen ihnen beibringen, wie sie sich in Gefahrensituationen im Kindergarten oder Schule zu verhalten haben, aber die Gefahr bleibt dennoch für sie abstrakt. Die Gefahr bleibt immer so etwas wie ein Spiel, eine Phantasie in der kindlichen Vorstellungswelt. Halle hat die Bedrohung wie die Verfilmung der Märchen der Gebrüder Grimm dem Reich der Phantasie unserer Kinder entrissen. Und dies meine Damen und Herren schmerzt und macht wütend.

Halle war weder der Anfang noch – so befürchte ich – wird es das Ende sein. Rechter Terrorismus hat auch nicht mit den NSU-Morden oder dem Mord an Walter Lübcke begonnen. Die Bedrohung von Juden, Bürgern dieses Landes in der Mitte der Gesellschaft, war nie verschwunden, ebenso wenig wie der Antisemitismus und der Hass, bis hin zu körperlicher Gewalt gegen religiöse, sexuelle oder ethnische Minderheiten. Die Pogrome auf das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 und die Anschläge und Ermordeten von Mölln im November 1992, der Wehrhahn-Anschlag in Düsseldorf im Juli 2000, die NSU-Morde, alleine 1800 Straftaten im Jahre 2018, die in einem Zusammenhang mit Hasskriminalität gegen Juden stehen. Wir sehen seit Jahren, dass eine geschichtsrevisionsistische, menschenverachtende und demokratiefeindliche Partei wie die AfD von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilt, durch bewusste Zweideutigkeiten und offener Toleranz gegenüber Rechtsextremen, Antisemiten und rechtem Gedankengut. Mit der AfD ist Hetze gegen Minderheiten in den Parlamenten der Bundesrepublik angekommen, eine Verrohung der Sprache und die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas, die unmittelbar zu dem Täter und den Taten von Halle führen. Alice Weidel, Alexander Gauland und Jörg Meuthen, schämen sie sich dafür und schämen sie sich für Halle. Wer kann daher bei den Ereignissen von Halle so tun, als habe er von nichts gewusst, als hätte Halle die Augen für die Bedrohungslage jüdischen Lebens erst geöffnet. Es möge auch niemand mehr so tun, als sei der Hass gegen Juden ein importiertes Schreckgespenst von einem anderen Planeten oder Kontinent. Der Attentäter von Halle ist 1992 in der Bundesrepublik geboren und hier aufgewachsen.

Der Anschlag von Halle ist nicht nur eine Schande für dieses Land, wie es der Bundesinnenminister formuliert hat, er ist auch eine Schande für die Politik, für unsere Bildungseinrichtungen, für Verfassungsschutz, die Polizei, die gesellschaftlich relevanten Organisationen und für jeden einzelnen von uns. Denn jeder einzelne ist verantwortlich für unsere Gesellschaft und das gesellschaftliche Klima, in dem Hass wächst und Täter heranwachsen. Täter haben Freunde, eine Familie und auch der Täter von Halle – ein Holocaust-Leugner – hat eine Schule besucht, in der er hätte lernen müssen, dass die Shoa, die Ermordung 6 Millionen Juden, geschichtliche Wahrheit ist. Warum hat sein Umfeld nicht erkannt, dass sich ein in der Bundeswehr an Waffen ausgebildeter junger Mann derart ideologisch radikalisiert?

Halle hat sofort die Frage der Sicherheit der jüdischen Gemeinden in Deutschland aufgeworfen. Und es ist richtig, wenn Halle mit der Verstärkung des Schutzes durch die Polizei für jüdische Einrichtungen beantwortet wird. Und es richtig, wenn Halle die Frage aufwirft, warum jüdische Gemeinden mit erheblichen eigenen finanziellen Mitteln für ihren eigenen Schutz und den ihrer Mitglieder aufkommen müssen.

Aber wir dürfen nicht Halt machen bei der Erhöhung von Sicherheitsvorkehrungen durch personelle und sicherheitstechnische Aufrüstung. Ein sicheres jüdisches Leben in Deutschland darf nicht von Technik abhängig sein. Der beste Schutz für jüdische Gemeinden, für Juden in der Bundesrepublik und das Leben anderer Minderheiten, ist die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus – und zwar jeder Art des Antisemitismus aus welcher Ecke er auch kommen mag! – Menschenverachtung und Hass in den Köpfen der Menschen. Die Erhöhung von Sicherheitsvorkehrungen



Der beste Schutz für jüdische Gemeinden, für Juden in der Bundesrepublik und das Leben anderer Minderheiten, ist die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus – und zwar jeder Art des Antisemitismus aus welcher Ecke er auch kommen mag!

darf nur das Ziel haben, die Zeit zu erkau-
fen, um diesen Kampf zu führen. Sicher-
heitsvorkehrungen sind nicht die Antwort
gegen Vorurteile, Antisemitismus und
Menschenverachtung. Denn der beste
Schutz jüdischen Lebens in Deutschland
ist, eine offene, eine plurale, eine demokra-
tische Gesellschaft, in der alle und regel-
mäßig aufstehen gegen Antisemitismus
und Hass gegen den oder das Andere. In
der jeder einzelne im Alltag einschreitet
gegen Unrecht, Vorurteile und die Herab-
würdigung von Menschen. Diese Verant-
wortung muss die Gesellschaft und jeder
einzelne erkennen.

Politik und Politiker müssen jenseits von
folklorehaften wenngleich auch wohlge-
meinten Kippa-Veranstaltungen und plat-
tidüdenhaften Worten konkrete Konzepte
im Kampf gegen das, wofür Halle steht,
entwickeln und umsetzen. Der Modus und
Takt von Politik und Gesellschaft muss sich
ernsthaft ändern nach Halle. Wie kann es
sein, dass Mittel des Programms „Demo-
kratie leben“ für 2020 nur befristet in glei-
cher Höhe wie im Jahre 2019 zur Verfügung
gestellt werden. Glaubt das Bundesfami-
lien- und das Bundesfinanzministerium,
dass mit dem Ende des Jahres 2020 Demo-
kratiefeindlichkeit sein Ende gefunden hat,
dass das was in Jahrzehnten offensichtlich
nicht geschafft wurde in einem Jahr erlei-
digt ist? Und wieso wird nicht ernsthaft
darüber nachgedacht jedem Schüler und
Jugendlichen die authentischen Orte der
Shoa zu zeigen, wenn wir wissen, dass es
noch immer Menschen gibt, die unser Bil-
dungssystem durchlaufen haben und die
Shoa leugnen. Es ist längst Zeit und nicht
erst seit Halle berechtigt und unser Recht
endlich konkretes Handeln einzufordern.
Wir müssen vor allem in Bildung und Auf-
klärung investieren, wir müssen dafür sor-
gen, dass der soziale Frieden in unserem

Land gewahrt bleibt, wir müssen dafür sor-
gen, dass wir Werte unseres gesellschaft-
lichen Zusammenlebens und politischen
Systems definieren und durchsetzen. Wir
müssen diejenigen, die aus rechten Milieus
aussteigen wollen unterstützen. Rechts-
wissenschaft und Justiz müssen darüber
nachdenken, wie Meinungsfreiheit und
der Schutz der Menschenwürde besser in
Einklang zu bringen sind. Und da wo Bil-
dung, Aufklärung und die Bereitschaft der
Gesellschaft zur zweiten Chance nicht
mehr helfen, da müssen wir die vorhan-
denen Instrumente unserer Verfassung
und des Rechtsstaates der wehrhaften
Demokratie vollumfänglich einsetzen.
Unsere Rechtspolitiker müssen darü-
ber nachdenken, dass neben Strafe reso-
zialisierende Maßnahmen als Mittel der
Bekämpfung von Hass und Rechtsextre-
mismus wirken müssen. Wir müssen das
Internet und soziale Medien ins Blickfeld
nehmen und Möglichkeiten finden, Kontra-
punkte zu Fehlinformation und Hetze dort
zu setzen. Und nicht zuletzt: Wir müssen
die Voraussetzungen dafür schaffen, dass
Minderheiten in diesem Land ein leben-
diges, ein selbstbewusstes und selbstde-
finiertes Leben führen können – denn sie
sind der Beweis und Gradmesser für eine
plurale und demokratische Gesellschaft.
Wir, die jüdische Gemeinschaft in Deutsch-
land und in Frankfurt sind bereit diesen
Weg mitzugehen und mitzugestalten.
Denn dies ist unser Land, dies ist für die
ganz überwiegende Zahl unserer Mitglie-
der ihre Heimat und ihr Zuhause. Die jüdi-
sche Gemeinschaft ist ein lebendiger und
integraler Bestandteil der Gesellschaft.
Aber die Antworten müssen von der Mehr-
heitsgesellschaft kommen und denjenigen,
die dieses Land führen. Und dies ist ihre
Pflicht, die wir einfordern. Halle darf nicht
nach dem Abflauen des ersten Schocks und

der unmittelbaren Betroffenheit ein weite-
res geschichtliches Ereignis in der Chronik
der Bundesrepublik werden. Halle muss
der Beginn eines ernsthaften und nicht nur
symbolhaften Umdenkens werden.

Wir, die jüdische Gemeinschaft, werden
trotz der Ereignisse von Halle uns weder
einschüchtern oder verängstigen lassen
noch uns hinter erhöhten Mauern oder
Sicherheitsschleusen verstecken. Wir wol-
len, dass Judentum und jüdisches Leben
nicht nur im Zusammenhang mit Gewalt,
Hass oder Ausgrenzung steht. Wir wollen
das Judentum, das jüdische Kultur leben-
dig, positiv und als Bereicherung wahr-
genommen wird und wir werden unser
Judentum selbstbewusst weiterhin leben.
Helfen Sie uns dabei und verinnerlichen
Sie dabei, dass es auch um jeden einzelnen
von Ihnen und um unsere Gesellschaft im
Ganzen geht. ●

Marc Grünbaum
Jüdische Gemeinde FFM

Offener Brief der Studierenden der Lehreinheit Germanistik / Deutsch

An die Präsidentin der Goethe-Universität,
Frau Prof. Dr. Birgitta Wolff, an die Mitglieder
des Präsidiums und an die Mitglieder des
Hochschulrats



Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Birgitta Wolff, sehr geehrte Mitglieder des Präsidiums, sehr geehrte Mitglieder des Hochschulrats,

inwiefern kümmert sich die Goethe-Universität um ihre Studierenden? Wir, Studierende der Lehreinheit Germanistik/Deutsch, studieren sehr gerne und mit großer Leidenschaft Germanistik bzw. das Fach Deutsch auf Lehramt, die Master Deutsche Literatur, Linguistik sowie Kinder- und Jugendliteratur-/Buchwissenschaft an der Goethe-Universität. Leider können wir uns mit der derzeitigen Situation unserer Fächer und ihrer Disziplinen nicht mehr zufrieden geben. Weshalb? Wir haben an der Goethe-Universität mittlerweile nahezu 4300 Studierende der Lehreinheit Germanistik/Deutsch¹, eine unglaubliche Zahl. Dagegen haben wir 17 Professuren und eine überschaubare Anzahl an wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, die diese enorme Anzahl an Studierenden tragen müssen. Wenn wir uns dieses Verhältnis vor Augen führen, können wir nicht anders, als diese Betreuungsrelation dafür verantwortlich zu machen, dass die *Lehre* aktuell be- und überlastet ist. Viele der nachfolgend aufgeführten Probleme hängen eng mit der Überlastung der Lehrenden zusammen.

Da die meisten Disziplinen der Lehreinheit Germanistik/Deutsch an der Goethe-Universität zulassungsfrei sind und jedes Semester eine beträchtliche Anzahl an neuen Studierenden aufgenommen werden

muss – neuerdings besonders bemerkbar in den allerdings zulassungs- beschränkten L1- und L5-Studiengängen² – ist klar, dass ein angemessenes Betreuungsverhältnis zwischen den Lehrenden und Studierenden schon lange nicht mehr gewährleistet werden kann. Wie soll vor diesem Hintergrund gesichert sein, dass zentrale Aspekte aus den *Grundsätze[n] zu Lehre und Studium an der Goethe-Universität*³ sowie dem *Leitbild Lehre des Fachbereichs 10* noch umsetzbar sind? Inwiefern sollen unsere Lehrenden jedem Studierenden „auf mündliche und schriftliche Studienleistungen ein konstruktives Feedback geben, zur Übernahme von Prüfungen bereit [sein]“ oder „als Ansprechpersonen für fachliche und persönliche Studienberatung verfügbar [sein]“⁴? Wer beispielsweise sein Examen im Fach Deutsch ablegen will, wird nicht nur systematisch einer*in zufälligen Prüfer*in zugeteilt, sondern darf nicht einmal ein eigenes Prüfungsthema wählen, da dieses aus den vorgegebenen und begrenzten Themen der*des jeweiligen Prüfer[s]*in ausgewählt werden muss. Das Präsidium, der Hochschulrat und die Landesregierung sind hingegen verpflichtet, angemessene Bedingungen zu schaffen, um den Erhalt einer *guten Lehre* zu garantieren. Laut dem *Leitbild Lehre des Fachbereichs 10* setzt das auch voraus, dass „Kapazitätsberechnungen von angemessenen Veranstaltungsgrößen ausgehen und Angebotsvielfalt und Wahlfreiheit sich nicht notwendigerweise negativ auswirken sowie „administrative

Aufgaben nicht zur Belastung für Forschung und Lehre werden[.]“ *Angemessene Veranstaltungsgrößen* sind bei den eingangs erwähnten Zahlen nicht möglich, schon allein deshalb nicht, weil die erforderliche Infrastruktur in Form von ausreichender Raumkapazität nur spärlich vorhanden ist: Damit meinen wir nicht, dass keine Räume verfügbar wären, sondern den Umstand, dass viele Räume nur eine begrenzte Anzahl an Studierenden aufnehmen können und bei weitem nicht die Zahlen, die in den gesetzlichen Kapazitätsverordnungen angesetzt sind. Exemplarisch mag man sich die Situation in den Einführungsveranstaltungen der Lehreinheit Germanistik/ Deutsch, insbesondere in der Didaktik und Sprachwissenschaft, vor Augen führen: In diesen Bereich fließt der Großteil der Lehrkapazität der jeweiligen Institute und dennoch liegen die Veranstaltungen mit teilweise 100 und mehr Teilnehmer*innen deutlich über den gesetzlich vorgesehenen Kapazitätsverordnungen. Oder, um ein weiteres Beispiel zu nennen, im Schwerpunkt Kinder- und Jugendbuchforschung: Dieser ist in jüngster Zeit dermaßen ausgelastet, dass Studierende große Schwierigkeiten haben, einen Seminarplatz zu bekommen. Inwiefern soll unter derartigen Bedingungen die Studierbarkeit des Fachs und seiner Disziplinen gesichert sowie die Einhaltung der Regelstudienzeit durchführbar sein?

Die Masterstudierenden in der Lehreinheit Germanistik/Deutsch trifft es darüber

hinaus ebenfalls, da sie sich aufgrund dessen, dass der Großteil der Lehrressourcen in die Bachelor- und Lehramtsveranstaltungen fließt, mit einer verringerten Auswahl an Veranstaltungen zufrieden geben müssen bzw. wild mit Bachelor- und Lehramtsstudierenden vermischt werden, um ihnen überhaupt noch ein bestimmtes Maß an Veranstaltungen anbieten zu können. Es sollte nicht verwundern, dass ein Bachelor-, Lehramts- oder Masterstudiengang in der Lehreinheit Germanistik/Deutsch aufgrund dieser Lage nicht attraktiv erscheint. Wir benötigen dringend mehr Lehrpersonal!

In der *Satzung der Johann Wolfgang Goethe-Universität über die Vergabe der Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre* steht in § 1 Absatz 1 geschrieben, das Ziel der Mittel sei, dass „die Studienbedingungen ein qualitativvolles Studium in der Regelstudienzeit ermöglichen“ und „ein ausreichendes Lehrangebot zur Verfügung steht.“⁶ Eine ausreichende *Angebotsvielfalt* gibt es nicht. Das ist weder *qualitätsvoll* noch kann den Studierenden garantiert werden, dass sie ihr Studium in der Regelstudienzeit absolvieren können. In § 3 Absatz 1 der Satzung ist zusammengefasst, wofür die QSL-Mittel beispielhaft eingesetzt werden sollen. Hierzu zählt unter anderem die „Verbesserung der Betreuungsrelation: Stellen für qualifizierte wissenschaftliche Mitarbeiter und ggf. qualifizierte Tutoren.“⁷ Wir

können uns nicht erklären, weshalb man dem mangelhaften Betreuungsverhältnis in der Lehreinheit Germanistik/Deutsch aufgrund dieses Satzes nicht entgegenwirkt; zumal wir Semester für Semester qualifizierte wissenschaftliche Mitarbeiter*innen verabschieden müssen, die gerne an unserer Universität geblieben wären. Stattdessen werden die QSL-Mittel hauptsächlich eingesetzt, um Dozent*innen befristet zu finanzieren, die *grundständige Lehre* leisten, also Lehre, die nicht aus diesen Mitteln finanziert werden soll. Es ist skandalös, dass schlecht bezahlte Lehrbeauftragte mitunter Teile der grundständigen Lehre stemmen! Wohin soll das führen? Den „Maßnahmen zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre“⁸ fehlt somit das Grundlegendste, was durch das In-Kraft-Treten der Satzung gesichert sein sollte: Eine ausreichende finanzielle Unterstützung. Wie ist dieser Tatbestand zu erklären?

Wir fragen uns angesichts der aufgeführten Punkte umso mehr, wie der aktuelle Zustand von Studium und Lehre in der Lehreinheit Germanistik/Deutsch vonseiten der Präsidentin, den Mitgliedern des Präsidiums und den Mitgliedern des Hochschulrats gebilligt werden kann. Durch die Lehrer*innenausbildung kommt unserem Fach eine nicht unerhebliche Verantwortung in der Gesellschaft zu. Inwiefern soll es jedoch möglich sein, dieser Verantwortung gerecht zu werden, wenn unsere

zukünftigen Lehrer*innen unter diesen Bedingungen ausgebildet werden? Warum werden unsere Institute dermaßen ausgelastet, an einer Universität, die für ihre Geistes-, Sozial- und Gesellschaftswissenschaften (noch) bekannt ist? Auch unserer Präsidentin, Frau Prof. Dr. Birgitta Wolff, ist die Problematik bekannt, da sie im Rahmen der Konferenz Hessischer Universitätspräsidien (KHU) in einem Artikel vom 7. Juni 2019 verlauten ließ: „Die hessischen Universitäten haben heute zum Teil 40 % mehr Studierende als noch vor zehn Jahren. Sie haben diesen Aufwuchs trotz ungünstiger finanzieller Bedingungen mit zusätzlichem Engagement des Personals, hoher Kreativität und vor allem über eine starke Steigerung der Drittmittel kompensiert.“⁹ Fragwürdig erscheint allerdings der nachfolgende Satz: „Unter dieser Situation hat nicht primär die Lehre für die Studierenden gelitten, wie Befragungen von Studierenden zeigen, sondern die Forschung.“¹⁰ Wir bezweifeln aufgrund der aufgezählten Punkte, dass die erwähnte Studierendenbefragung einen repräsentativen Charakter hat bzw. realitätsgetreu abbildet, was wir Studierende während des Studiums erfahren. Wir fordern daher unsere Präsidentin, Frau Prof. Dr. Birgitta Wolff, die Mitglieder des Präsidiums und die Mitglieder des Hochschulrats auf, sich mit unseren Fragen konstruktiv auseinanderzusetzen. Darüber hinaus fordern wir konkrete Lösungsvorschläge – neue Dauerstellen im Mittelbau, die keine Hochdeputatsstellen sind, sind unbedingt vonnöten! – für die aufgestellten Probleme, insbesondere vor dem Hintergrund der Verhandlungen für den neuen Hochschulpakt. Wir sehen mit großer Sorge in das Jahr 2021, da wir befürchten und teilweise bereits wissen, dass nicht alle aktuell laufenden Programme – zum Beispiel die, die aus den Mitteln des *Starken Starts ins Studium* finanziert werden –, von denen einige an die Lehreinheit Germanistik/Deutsch angebunden und die jahrelang durch die QSL- und QPL-Mittel finanziert worden sind, weiterhin gefördert werden. Um all die genannten Punkte diskutieren zu können, bitten wir um einen Termin für eine Gesprächsrunde. ●

1 Stand Sommersemester 2019 laut der Studienstatistik auf der Universitätshomepage: 2584 Lehramtsstudierende, 1398 Bachelorstudierende, 150 Masterstudierende, 9 Studierende der Buch- und Medienpraxis, 150 Studierende der Linguistik.

2 Vgl. Spellerberg, Carla: Lehramt Grundschule. Engpässe an den Hochschulen im Studiengang L1. In: HLZ. Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung 71 [Heft 6] (Juni 2018), S. 13.

3 https://www.uni-frankfurt.de/51044043/Grundsätze_zur_Lehre_und_Studium_an_der_Goethe-Universität.pdf, Zugriff am 19.11.2019.

4 http://www.uni-frankfurt.de/62265045/Leitbild_Lehre, Zugriff am 19.11.2019.

5 http://www.uni-frankfurt.de/62265045/Leitbild_Lehre, Zugriff am 19.11.2019.

6 Satzung der Johann Wolfgang Goethe-Universität über die Vergabe der Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre. In: UniReport. Satzungen und Ordnungen (Oktober 2012), S. 1.

7 Ebd., S. 3.

8 Satzung der Johann Wolfgang Goethe-Universität über die Vergabe der Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre, S. 3.

9 Hessens Universitäten brauchen deutliche Verstärkung ihrer Mittel für Forschung und Lehre. (<https://aktuelles.uni-frankfurt.de/hoehschulstrategie/hessens-universitaeten-brauchen-deutliche-verstaerkung-ihrer-mittelfuer-forschung-und-lehre/>, Zugriff am 19.11.2019).

10 Ebd., Zugriff am 19.11.2019.



AStA Pressemitteilung

Studienbedingungen an der Goethe Universität

Der am 03. Februar 2020 veröffentlichte offene Brief von Germanistik-Studierenden der Goethe-Universität hat auf die schlechten Studienbedingungen an der größten Hochschule Hessens aufmerksam gemacht. Mit ihren Problemen stehen die Studierenden dieses Fachbereichs allerdings nicht allein da:

Die sich seit Jahren verschlechternden Lehr- und Studienbedingungen haben immer wieder Diskussionen um eine zu geringe Grundfinanzierung der Universität und prekäre Arbeitsverhältnisse angestoßen. Doch je näher das Ende des aktuellen hessischen Hochschulpaktes und des Qualitätspaktes Lehre des Bundes und der Länder (QPL) rückt, desto verunsicherter sind Studierende und Beschäftigte, die noch immer nicht wissen, wie viel Geld der Universität ab 2021 noch zur Verfügung stehen wird. Am 11. März 2020 unterzeichnet die Landesregierung mit den hessischen Hochschulen den für die kommenden Jahre wegweisenden neuen Hochschulpakt (HSP 2020), über dessen Inhalt bisher kaum Informationen nach außen gedrungen sind. Auch an der Goethe-Universität ist bisher nur eines klar: In Sachen Studienqualität war der offene Brief der Germanistik-Studierenden nur die Spitze des Eisbergs.

Schon das im Rahmen des letzten Hochschulpaktes (HSP 2016) vom Land an die Goethe-Universität ausgeschüttete Grundbudget nämlich konnte dem tatsächlichen Bedarf der Hochschule nicht gerecht werden, wie selbst ein nur oberflächlicher Blick auf die Studienbedingungen vor allem in den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Studiengängen zeigt. Die sogenannte leistungsorientierte Mittelzuweisung des Landes, welche die Höhe der finanziellen Zuwendungen für die Universität nicht länger nach immatrikulierten Studierenden insgesamt, sondern nur noch nach solchen in Regelstudienzeit bemisst, ist hierbei die grundlegende Ursache für die Unterfinanzierung: Nicht nur sind die Studierendenzahlen stark angestiegen, auch die Studierendenschaft selbst ist zunehmend heterogen geworden. Das Vollzeitstudium in Regelstudienzeit kann deshalb nicht länger als Norm gelten. „Die Mittelzuweisung nach Regelstudienzeit verkennt die Lebensrealität vieler Studierender, die neben dem

Studium arbeiten, Praktika absolvieren oder die Möglichkeit eines Auslandsaufenthalts wahrnehmen – und die Regelstudienzeiten damit überschreiten. Die Konsequenz ist zu wenig Geld für die Uni und eine unzureichende Betreuungsrelation, die zu übervollen Seminaren und überlasteten AStA der J. W. Goethe-Uni Mertonstraße 26–28 60325 Frankfurt am Main Lehrenden führt“, erklärt Paula Hirsch Referentin für Studienbedingungen, vom AStA der Goethe-Universität. Erschwerend komme hinzu, dass die von der Goethe-Universität im Rahmen des Qualitätspaktes Lehre eingeworbenen Mittel Ende 2020 gänzlich wegfallen werden. „Zurzeit ist völlig unklar, ob und wie die damit finanzierten Lehraufträge, Tutorien und Programme ohne erhebliche Kürzungen aufgefangen werden sollen. Dabei haben sich die mit diesen QPL-Mitteln finanzierten Maßnahmen in den letzten Jahren längst zu einer wichtigen Stütze der Lehre an der Goethe-Universität entwickelt.“, so Luise Brunner, ebenfalls



Photo by Aneta Pawlik on Unsplash

ASTA-Referentin für Studienbedingungen. Auch die vom Land zusätzlich zu den Grundbudgets vergebenen Mittel zur "Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre" (QSL) sind mit dem neuen HSP in ihrem Fortbestand gefährdet. Die QSL-Mittel, die nach der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren in Hessen vor allem zur Verbesserung der Lehr- und Studiensituation an den Hochschulen etabliert wurden, sind in der letzten Dekade zu einer zentralen Finanzierungsquelle für die Aufrechterhaltung des ordentlichen Lehrbetriebs an der Goethe-Universität geworden. Nicht nur Lehraufträge und Tutorien für Veranstaltungen des Pflichtcurriculums werden hiermit finanziert. Zentrale Beratungseinrichtungen der Universität, Teile der Ausstattung der Bibliotheken und Institute, aber auch spezielle Förderfonds zur Verbesserung des Lehrangebots sowie zur Finanzierung studentischer Projekte sind abhängig von QSL-Mitteln. Sicher ist: Sowohl der Wegfall der

QPL-Mittel als auch der unklare Fortbestand der unter studentischer Beteiligung verwalteten QSL-Mittel lassen vor dem Hintergrund der bereits bestehenden Unterfinanzierung eine für alle Universitätsangehörigen spürbare Verschlechterung der Lehr- und Studienbedingungen erwarten.

Ohnehin haben wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der fortlaufenden Prekarisierung ihrer Arbeitsverhältnisse zu kämpfen. Von Entfristungen, welche im Koalitionsvertrag der aktuellen Landesregierung angedacht waren, fehlt weiterhin jede Spur.

Die Verhandlungen des HSP hinter verschlossenen Türen und die Intransparenz in der Mittelvergabe auch innerhalb der Universität machen eine studentische Einsicht und dadurch Mitbestimmung in diesen wichtigen Fragen gegenwärtig kaum möglich – dabei sind die Studierenden von der Zukunft der Studienbedingungen unmittelbar betroffen. Janine Hagemeister,

Fachschafts-Referentin vom ASTA der Goethe-Universität, fasst zusammen: „Es ist skandalös, wie intransparent die Verhandlungen um den neuen HSP geführt worden sind. Weder Studierende noch der akademische Mittelbau wurden als Betroffene in den Prozess eingebunden. Weil die QPL-Mittel bald ersatzlos wegfallen und zu befürchten ist, dass auch die Zweckgebundenheit der QSL-Mittel für die Lehre zukünftig wegfallen wird, rechnen wir mit einer deutlichen Verschlechterung der Studienbedingungen.“ Von diesen Problemen sind dabei nicht nur die Germanistik-Studierenden und andere Fachbereiche der Goethe-Universität betroffen, sondern alle Universitäten Hessens. ●

ASTA FFM

Forderungen der Hochschulgewerkschaft
unter_bau an das Präsidium der Goethe-Universität

Gegen Unsicherheit in der Corona-Krise

Die weltweite Ausbreitung des Coronavirus hat innerhalb weniger Wochen das Leben von Millionen Menschen stark beeinflusst. Bereits früh deutete sich an, dass die Gesundheitskrise auch erhebliche politische und wirtschaftliche Konsequenzen haben würde. Insbesondere Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen – die sich nicht auf eine tarifvertraglich festgelegte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die Zahlung von Kurzarbeitengeld verlassen können – befinden sich derzeit in einer verunsichernden oder gar existenzbedrohenden Situation. Der neoliberale Umbau der Universitäten hat dafür gesorgt, dass nun auch im Hochschulbereich viele in stark prekäre Lagen geraten.

Als Gewerkschaft für alle Statusgruppen an der Goethe-Universität haben wir daher am 13.03.2020 in einer Pressemitteilung Forderungen an das Präsidium der GU gestellt, welche Probleme es angesichts der Corona-Pandemie zu berücksichtigen gilt¹. Seitdem hat es einige Fortschritte in der Entlastung von Universitätsangehörigen gegeben. Doch längst nicht alle Forderungen hat das Präsidium aufgenommen – im Gegenteil, es erreichen uns immer neue Probleme von Beschäftigten und Studierenden der Goethe-Universität. Den aktuellen Stand unserer Forderungen wollen wir hier dokumentieren – in dem Wissen, dass sich die Situation ständig ändert. Eine jeweils aktualisierte Fassung findet sich unter www.unterbau.org/corona.



Folgende Forderungen gilt es zu erfüllen:

1. Drittmittelabhängige

Nicht alle Angehörigen der Universität können sich im Krankheits- oder Quarantänefall auf eine Lohnfortzahlung verlassen, was prinzipiell ein Skandal ist. Gerade Drittmittelabhängige, deren Projektförderungen davon abhängen, dass zu bestimmten Fristen Ergebnisse vorliegen müssen, stehen unter besonderem Druck.
→ unter_bau fordert daher, dass die Universität sich bei allen Geldgebern für eine entsprechende Verlängerung der Förderungen einsetzt und ggf. finanzielle Ausgleichszahlungen an betroffene Mitarbeiter_innen tätigt.

2. Honorarverträge

Unsicherheit besteht auch bei Honorarverträgen, etwa bei Lehraufträgen. Dazu gehören auch Lehrangebote von Privatdozierenden, die bei „Verletzung“ ihrer Lehrverpflichtung fürchten müssen, die *venia legendi* entzogen zu bekommen.

→ unter_bau fordert daher, dass Lehraufträge auf Honorarbasis in jedem Fall bezahlt werden, auch wenn die Lehre nicht oder nur eingeschränkt stattfinden sollte. Privatdozierenden sollte in diesem Fall die Möglichkeit gegeben werden, sich von der Titellehre entbinden zu lassen.

3. Befristungsmoratorium

Befristet Beschäftigte im wissenschaftlichen Mittelbau befürchten Verzögerungen im Forschungsablauf aufgrund der Einschränkung des Universitätsbetriebs. Sie fürchten dabei auch Konsequenzen für ihre Befristungshöchstdauer aufgrund des *WissZeitVG*.

→ unter_bau fordert daher ein Befristungsmoratorium für die Zeit des eingeschränkten Universitätsbetriebs. Das bedeutet auch, dass diese Zeit nicht auf die Befristungsdauer nach *WissZeitVG* angerechnet werden darf.



4. eLearning

Sollte die Goethe-Universität von ihrem Lehrpersonal die Umstellung auf eLearning-Programme fordern, bedeutet dies einen erheblichen Mehraufwand in der Lehrvorbereitung. Lehrende wie Studierende wissen, dass die Qualität der Lehr- und Lernsituation unter einer verordneten Umstellung auf Online-Formate leiden kann.

→ unter_bau fordert, dass zusätzlich anfallende Arbeit durch Digitalisierungsmaßnahmen entsprechend entlohnt wird. Außerdem muss anerkannt werden, dass sich manche Lehrformate nicht auf Online-Lehre umstellen lassen.

5. Lohnfortzahlung bei extern Beschäftigten

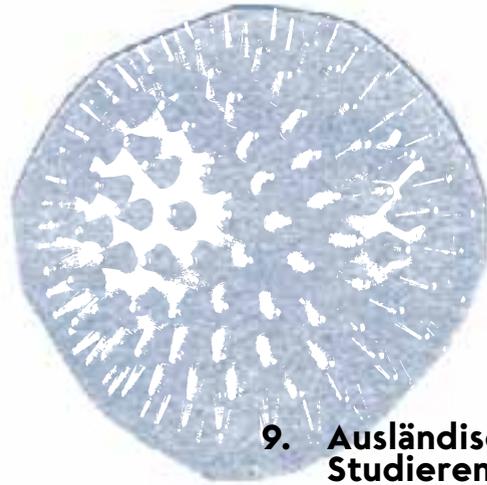
Die Sorge vor Lohnausfällen besteht vor allem bei Personen, die nicht direkt an der Goethe-Universität beschäftigt, aber dennoch von ihren Entscheidungen betroffen sind: Namentlich solche, die über externe Dienstleistungsfirmen bzw. weitere Subunternehmen an der Universität z.B. als Reinigungs- und Sicherheitskräfte arbeiten. Auch Beschäftigte von externen Catering-Unternehmen leiden unter der Absage von universitären Veranstaltungen.

→ unter_bau fordert daher, dass die Universität die Lohnfortzahlung dieser Menschen sicherstellt, indem sie die Unternehmen, mit denen sie Verträge abgeschlossen hat, darauf verpflichtet, die Lohnfortzahlung auch im Fall einer Weitergabe der Aufträge an Subunternehmen zu gewährleisten.

6. Minijobs

In einer Stadt wie Frankfurt sind die Lebenshaltungskosten enorm und die Mehrheit der Studierenden auf Nebenjobs angewiesen, die häufig keinerlei Sicherheiten bieten und in Zeiten der Krise einfach wegfallen.

→ unter_bau fordert daher, dass das Präsidium sich gegenüber den Entscheidungstragenden in Bund und Land für eine finanzielle Soforthilfe einsetzt.



9. Ausländische Studierende

Viele ausländische Studierende sind doppelt von der Corona-Krise betroffen, wenn sie Angehörige in anderen, z.T. stärker betroffenen Ländern haben. Die Frage, ob das kommende Sommersemester voll anrechenbar sein wird, versetzt sie auch bezüglich ihres Aufenthaltsrechts in Sorge.

→ unter_bau fordert daher die besondere Unterstützung von ausländischen Studierenden durch multilinguale Informationen des Präsidiums und die Berücksichtigung von ausländerrechtlichen Konsequenzen bei Entscheidungen über die Gestaltung des kommenden Sommersemesters.

7. Prüfungen

Studierende haben durch die Schließung der Universität aktuell keinen oder eingeschränkten Zugang zu Lernplätzen und -materialien. Die Aussetzung von Präsenzprüfungen und die Verlängerung von Abgabefristen waren daher notwendige Schritte, die jedoch Konsequenzen für den weiteren Studienverlauf und damit auch für die weitere Finanzierung des Studiums haben können.

→ unter_bau fordert daher, dass der Semesterbeitrag für Studierende, die ihr Studium regulär zum 31.03.20 abschließen würden, entfällt, dass auslaufende Prüfungsordnungen verlängert und die BAföG-Anforderungen angepasst werden. Sollte aufgrund von ausgefallenen oder verschobenen Prüfungen eine Verlängerung der Studienzeit wahrscheinlich sein, muss die Regelstudienzeit um ein Semester erhöht werden.

8. Medizin-Studium und Praktisches Jahr

Medizin-Studierende sowie Studierende im Praktischen Jahr (PJ) sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie in ihrem geplanten Studienverlauf besonders eingeschränkt und zusätzlich belastet.

→ unter_bau fordert daher, dass die M1-, M2- und M3-Prüfungen im Medizin-Studium, die durch die aktuelle Situation nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden können, ersatzlos gestrichen werden und als Äquivalent die vorherigen Leistungen anerkannt werden. Medizin-Studierende im PJ dürfen keinerlei Nachteile erfahren. Das betrifft insbesondere die Praxis, Krankheitstage als Urlaubstage anzurechnen. Medizin-Studierenden, deren Blockpraktika abgesagt werden, muss freigestellt werden, ob sie diese nachholen wollen oder nicht. Liegen diese Punkte nicht in den Kompetenzen der Goethe-Universität, ist das Präsidium in der Pflicht, sich gegenüber dem Hessischen Prüfungsamt (HLPUG) für die Belange der Medizin-Studierenden einzusetzen.





10. Kinderbetreuung

Hochschulangehörige und extern Beschäftigte mit Kindern sind durch die Schließung von Kitas und Schulen derzeit besonders belastet.

→ unter_bau fordert daher, dass Menschen mit Sorgeaufgaben ohne bürokratischen Aufwand von der Präsenzplicht am Arbeits- bzw. Studienplatz befreit werden. Die Betreuung von Kindern aufgrund von Kita- und Schulschließungen darf nicht über unbezahlten oder regulären Urlaub geregelt werden. Auch muss anerkannt werden, dass von Mitarbeitenden, die während ihrer Arbeitszeit im Homeoffice gleichzeitig ihre Kinder betreuen, nicht das gleiche Arbeitspensum erwartet werden kann. Außerdem müssen insbesondere für die Kinderbetreuung von Ärztinnen und Ärzten am Universitätsklinikum Lösungen gefunden werden, damit diese weiterarbeiten können, wenn sie wollen.

11. Hygienemaßnahmen

Solange die Universität geöffnet hat – wenn auch nur im Notbetrieb – stellt sie einen Ort dar, an dem sich das Coronavirus weiterverbreiten kann.

→ unter_bau fordert daher verstärkte Hygienemaßnahmen. Die GU muss ihrer Schutzpflicht nachkommen, indem sie mit einem Sofortprogramm in allen sanitären Einrichtungen für Warmwasser, Desinfektionsmittel, Seife etc. sorgt.



Wie weiter?

Die größte Unsicherheit besteht jedoch darin, dass aktuell niemand absehen kann, welche Entscheidungen das Präsidium für das kommende Sommersemester treffen wird. Einige Hinweise geben uns die Reaktionen anderer Hochschulakteure, wie die der Hochschulrektorenkonferenz, die die „Aufrechterhaltung des Wissenschaftsbetriebs“ in den Fokus stellt und betont, dass das kommende Sommersemester „kein verschenktes Semester“ sein dürfe.² Der Präsident der FU Berlin bringt das Label „Kreativsemester“ ins Spiel und fasst darunter die Fortsetzung des neoliberalen Umbaus von Hochschulen.³ Es ist anzunehmen, dass auch die GU die Chance nicht verpassen wird, nun die Turbo-Digitalisierung der Lehre und den weiteren Rückbau von demokratischen Prozessen und arbeitsrechtlichen Standards zu organisieren. Dagegen fordern Universitätsangehörige bundesweit im Rahmen eines offenen Briefs ein „Nichtsemester“, um dem breiten Problemhorizont, der sich auch in unseren Forderungen spiegelt, grundsätzlich zu begegnen.⁴

Was feststeht: Alle Entscheidungen über die Gestaltung des kommenden Sommersemesters werden für die Universitätsangestellten, Studierenden und extern Beschäftigten schwerwiegende Konsequenzen haben. Und genau deren Interessen müssen in Diskussionen und Entscheidungen über die Zukunft der Universitäten im Fokus stehen. Es ist nichts Neues: Die Befristungspolitik in der Wissenschaft, das Outsourcing von universitätssystemrelevanten Arbeiten und die Verschulung des Studiums sind ein Desaster. Das zeigen all die Probleme und existenziellen Ängste, von denen viele Universitätsangehörige und extern Beschäftigte im Zuge der Corona-Krise nun umso mehr geplagt werden. Was das kommende Sommersemester werden sollte? Ein Semester, in dem Arbeitsrechte gestärkt werden, Zeit und Muße für gute Forschung gegeben sind, in dem gelernt, verstanden, gefragt, weitergedacht wird, in dem alle Sicherheit und Freiheit durch ernstgemeinte Solidarität erfahren. Dabei zeigt sich in dieser außergewöhnlichen Situation in besonderer Weise, was unter_bau jederzeit fordert: In jedem Staatsgebilde, in jedem Betrieb, jeder Universität, in allen Bereichen des Lebens sollten diejenigen die Entscheidungen treffen, die von ihnen betroffen sind. ●

1 https://unterbau.org/2020/03/13/corona-hochschulgewerkschaft-unter_bau-stellt-forderungen-an-goethe-universitaet/

2 <https://www.hrk.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/meldung/hochschulen-und-corona-pandemie-nachteile-vor-allem-fuer-studierende-und-nachwuchskraefte-begrenzen/>

3 <https://m.tagesspiegel.de/wissen/uni-mit-minimalem-praesenzbetrieb-kann-klappen-auf-ins-kreativsemester/25677680.html>

4 <https://www.nichtsemester.de/cbxpetition/offener-brief>

AStA

Referatsberichte

Ein Großteil der Aufgabenbereiche des AStAs besteht aus der Referatsarbeit. An dieser Stelle könnt ihr euch einen Überblick über genau jene machen. Hier stellen sich einige der AStA Referate vor: Was machen die Referate eigentlich, welche Aufgaben und Projekte wurden realisiert oder stehen an? Bei Fragen, Anregungen oder Ideen kontaktiert gerne die einzelnen Referate oder Ansprechpersonen.



Referat für Fachschaftscoordination & Referat für Studienbedingungen

Die Referate für Fachschaftenkoordination und Studienbedingungen sind eure Ansprechpartnerinnen in allen Fragen rund um Studium, fachbereichsinterner Hochschulpolitik, die Arbeit in Fachschaften oder Institutsgruppen und anderen studentischen Gruppen. Damit erfüllen wir auch eine Scharnierfunktion zwischen Studierenden und AStA: Wir berichten in der Fachschaftenkonferenz über Themen aus dem AStA und andersherum. Inhaltlich setzen wir uns beispielsweise dafür ein, dass hochschulpolitisch aktive Studierende die Schließberechtigung für ihre Räume bekommen. In den letzten Monaten

hat uns besonders die kritische Begleitung der Verhandlungen zwischen Landesregierung und hessischen Hochschulen zum neuen Hessischen Hochschulpakt beschäftigt. Die Neustrukturierung der Hochschulfinanzierung wird auch in der kommenden Zeit ein wichtiges Thema für uns bleiben, schließlich ist noch unklar, wie der HSP an der Goethe Uni umgesetzt wird, wie unsere studentische Mitbestimmung in Zukunft aussehen wird und wie die Vorbereitung zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes vorangehen.

Wendet euch bei Fragen und Problemen gerne per Mail an uns: fachschaften@asta-frankfurt.de und studienbedingungen@asta-frankfurt.de

Feminismus Referat

Das Referat für Feminismus hat in Kooperation mit dem Referat für Politische Bildung eine Veranstaltungsreihe zum Thema »(Queer)feminismus und Antisemitismus« zusammen mit der fantifa. frankfurt veranstaltet. Außerdem wurde sich auf verschiedenen Ebenen vernetzt: An der Goethe Uni mit den Autonomen Referaten und Mitgliedern universitärer Gremien, in Frankfurt innerhalb verschiedener feministischer Initiativen und bundesweit vor allem im Rahmen der Mitgliedschaft der Frankfurter Studierendenschaft im »freien Zusammenschluss von student*innenschaften« (fzs). Der fzs versteht sich explizit als feministisch und hat im Rahmen seiner letzten Mitgliederversammlungen u.a. Anträge zu den Themen »Sexarbeit ist Arbeit«, »Strukturen gegen Diskriminierung an Hochschulen ausbauen« und »Diskriminierungsfreie Immatrikulation ermöglichen« diskutiert und verabschiedet; Die Diskriminierung von trans-Personen an Hochschulen wird vom fzs immer wieder explizit kritisiert. (Auch das StuPa hat in 2019 eine Resolution erlassen, die die Beseitigung von trans-diskriminierenden Strukturen an der Goethe Uni fordert.)



Darüber hinaus ist der AStA seit der 62. Legislaturperiode Mitglied im Ausschuss der Student_innenschaften (AS, höchstes beschlussfassendes Gremium des fzs zwischen den Mitgliederversammlungen). Im Rahmen dieses Ausschusses wird sich sowohl mit dem Verband selbst, als auch mit Fragen auseinandergesetzt, die verschiedene hochschulpolitische Themengebiete umfassen. Leider hatte der AStA den Eindruck gewonnen, dass feministisch-theoretisches Wissen in diesem Gremium oftmals fehlt, weshalb sich Teile des Referats stärker auf die Arbeit im AS fokussiert haben. Für das Feminismus-Referat besonders relevant war dabei die vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung mit der fzs-Projektstelle zur bundesweiten Kampagne »gesellschaft*macht*geschlecht«, die die feministischen Arbeit im Verband entscheidend prägt und voranbringt.

Finanzreferat

Das Finanzreferat wurde mit der Legislatur 2019/2020 gegründet. Zunächst haben wir für ein referatsinternes System der Erfassung aller AStA-relevanten Ausgaben, sowie aller KOZ-Ausgaben eingerichtet. Damit soll das Referat mit der kommenden Legislatur 2020/2021 in der Lage sein, den Referent*innen steten Einblick in ihre Finanzen zu gewährleisten; dieses Projekt läuft zur Zeit an. Weiterhin haben wir an der Planung des Nachtragshaushalts 2019 und des Haushalts 2020 mitgewirkt und dem Studierendenparlament dahingehend Frage und Antwort gestanden. Ebenso arbeitet das Finanzreferat gegenwärtig an einem Vorbericht zum Nachtragshaushalt 2019.



Referat für Hochschulpolitik

Das Referat für Hochschulpolitik koordiniert die hochschulpolitische Arbeit des AStA auf Universitätsebene und darüber hinaus. Konkret bedeutet dies erstens bundesweite Vernetzungsarbeit mit anderen Studierendenvertretungen und Verbänden, zweitens die Unterstützung von Gremienarbeit an der Goethe-Uni, und drittens die Entwicklung inhaltlicher Akzente. Angesichts der weiterhin zunehmenden Ökonomisierung der Hochschule keine leichte Aufgabe. Aber der Reihe nach.

Die Vernetzungsarbeit steht derzeit stark im Vordergrund der hochschulpolitischen Arbeit. Viele Probleme müssen landes- und bundesweit angegangen werden. Nach dem Wiedereintritt in den freien Zusammenschluss der Student*innenschaften (fzs) engagieren wir uns dort daher im Ausschuss der Student*innenschaften, dem höchsten beschlussfassenden Gremium abseits der halbjährlichen Mitgliederversammlungen. Der fzs führt mehrere Kampagnen pro Jahr durch; an den Aktionstagen »Never again!« gegen faschistische und autoritäre Tendenzen hat sich unser Referat für politische Bildung in diesem Jahr beteiligt. Auch im bundesweiten bildungspolitischen Bündnis »Lernfabriken ...meutern!« haben wir mitgemischt, das statusgruppenübergreifend Protest gegen die herrschenden Zustände im Bildungswesen organisieren will: Die Lernbedingungen sind eben nicht nur für Studierende, sondern auch für Schüler*innen und Auszubildende genauso katastrophal wie die Arbeitsbedingungen.

Auf Landesebene beschäftigen uns weiterhin Themen rund um Hochschulpakt und Hochschulentwicklungsplan. Dass die Landesmittel für die hessischen Hochschulen steigen sollen, ist erfreulich. Wir müssen hier allerdings unseren Druck aufrechterhalten, damit diese Mittelerhöhungen an den Hochschulen auch tatsächlich zu besseren Lehrsituationen beitragen: für mehr unbefristete Stellen zur Entlastung wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen und für mehr studentische Mitbestimmung bei Wegfall der QSL-Mittel. Daran arbeiten wir in der LandesAstenKonferenz (LAK) mit den Studierendenvertretungen der anderen hessischen Hochschulen.

Gremienarbeit an der Universität bewegt sich stets im Spannungsfeld zwischen dem Erreichen wünschenswerter Reformen und der Einbindung in präsidial-feudale Herrschaftsweisen. So ist es etwa nicht hinnehmbar, dass sich der Kanzler der Uni, Albrecht Fester, zur sogenannten »Bayreuther Erklärung« bekannt hat, die die weitere universitäre Entwicklung auf Kosten des wissenschaftlichen Mittelbaus austragen will. Die daraus folgende weitere Verschlechterung der Lehr- und Lernsituation ist die Folge einer universitären Politik der »unternehmerischen Hochschule«. Im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen wir daher Initiativen, die zeigen, wie es anders gehen könnte. Erneut haben wir darum ein »Alternatives Vorlesungsverzeichnis« herausgegeben, das Autonome Tutorien und Lesekreise gebündelt vorstellt. Da wir vom universitären Tagesgeschäft in Sachen Kritik des Bestehenden immer weniger zu erwarten haben, müssen wir selbstorganisiertes Lernen als Gegenentwurf zur neoliberalen Universität stärken und unterstützen. Schafft ein, zwei, viele Lesekreise!

Neofaschistische Flyer auf dem Campus und martialische Schlachtrufe in Orientierungsveranstaltungen beschäftigten uns ebenfalls. Auf verschiedenen Ebenen gehen wir dagegen vor: Mit inhaltlicher Arbeit, in einer Arbeitsgruppe zur extremen Rechten auf Universitätsebene, und mit praktischem Antifaschismus, der mehr denn je notwendig und legitim ist. Aus der aktuellen Corona-Pandemie dürfen keine Nachteile für Studierende entstehen. Hier muss finanzielle Soforthilfe her, insbesondere für Studierende aus dem Ausland. Regelstudienzeit und Verlust des BAföG-Anspruchs sollten im Sommersemester ausgesetzt werden – am besten für immer. Nieder mit der Stiftungsuniversität aus dem Hochglanzprospekt! Kein Raum für Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und Sexismus an der Universität! Anwesenheitslisten in die Tonne!

Euer Referat für Hochschulpolitik

hopo@asta-frankfurt.de



Kommunikationsreferat

In meiner Funktion als Referent für Kommunikation bestanden meine Aufgaben in den vergangenen Wochen primär daraus, die Social-Media-Kanäle des Allgemeinen Studierendenausschusses der Goethe-Universität Frankfurt zu betreuen. Dies bedeutete unter anderem das Erstellen sowie das Weiterverbreiten von Beiträgen für Facebook und Instagram zu verschiedensten Veranstaltungen, wie beispielsweise der neuen Reihe des Café KoZ «Queertastic» und Vortragsreihen wie zum Beispiel der Vortragsreihe zur Gelbwestenbewegung in Frankreich, aber auch Postings zu diversen Informationen rund um studentische Belange, wie beispielsweise den offenen Brief der Germanistikstudierenden oder aber unsere Stellungnahme zum kürzlich beschlossenen Hessischen Hochschulpakt. Weiter gehörte zu den Aufgaben der vergangenen Wochen das Bearbeiten und oder Weiterleiten verschiedenster Belange, Bitten, Anfragen, etc. die uns unter anderem täglich via Facebook, Instagram aber auch per E-Mail von Student*innen und vielen anderen Menschen erreichen. Zuletzt zählte auch das Mitwirken an der gemeinsamen Abstimmung sowie Informationsweitergabe rund um die Corona-Krise zu meinen Tätigkeiten. (Maurice vom Kommunikationsreferat)



Referat für Verkehr und Ökologie

Im Referat für Ökologie können wir auf eine arbeitsintensive Legislatur mit den ein oder anderen politischen Erfolgen zurückblicken. So konnten wir auf universitärer Ebene im Hochschulentwicklungsplan (HEP) und auf Landesebene im Hochschulpakt (HSP) Einfluss nehmen und Nachhaltigkeit in den politischen Leitlinien verankern. Darüber hinaus wollen wir in der im HSP beschlossenen Landeskommision Nachhaltigkeit mitarbeiten. Mit der Stadt Frankfurt haben wir ebenfalls Vernetzung betrieben und gestalten aktiv den Entstehungsprozess der Campus Meile mit.

Innerhalb der Goethe-Universität haben wir als Ökologie-Referat ebenfalls die Klimastreik-Woche und die studentische Vollversammlung, initiiert durch Students for Future, unterstützt und gefördert. Darüber hinaus haben wir die Initiative «Goethe´s Green Office» in ihrem Prozess begleitet und beispielsweise die Europäische Woche der Abfallvermeidung an der Universität mitveranstaltet. Hier wollen wir weiterhin die Forderung nach einem institutionalisierten Nachhaltigkeitsbüro vorantreiben. Generell sollte das Ökologie-Referat den Themenbereich Nachhaltigkeit in den unterschiedlichen Teilbereichen der Universität weiter stärken und eine kritische Haltung bewahren.

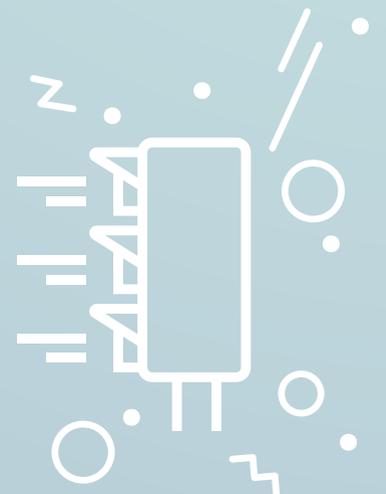
Im letzten Jahr haben wir eine Unterschriftenaktion für eine U4 Verlängerung über den IG-Farben Campus gestartet. Mit seinen knapp 10.000 Unterschriften hat die Petition der Stadt Frankfurt gezeigt, wie wichtig eine Campus

Anbindung bei der geplanten Verlängerung der U4 von der Bockenheimer Warte nach Ginnheim ist. Und die Petition hat Wirkung gezeigt: In einer Pressekonferenz im Dezember letzten Jahres hat der Verkehrsdezernent die zehn möglichen Varianten der U4 Verlängerung präsentiert und sieben davon, laufen »über« unseren Uni Campus! Jetzt werden wir weiterhin durch die Presse, aber auch in Gesprächen mit den Entscheidungsträger*innen Druck machen, damit der Campus eine eigene U-Bahnhaltestelle bekommt.

Des Weiteren haben wir auch Gespräche mit Politiker*innen geführt, um endlich das Semesterticket zu vergünstigen. Gerade der RMV Anteil mit seinen 432,60 € im Jahr ist viel zu hoch! Unsere Forderung ist: Das Semesterticket soll, wie das Senior*innen- und Schüler*innenticket, nur noch 365 € im Jahr kosten.

Die Auslastung der Fahrradständer ist gerade im Sommer sehr hoch, deswegen fordern wir bei Gesprächen mit der Uni-Leitung und der Uni-Verwaltung: Mehr Fahrradständer auf allen Campus, mehr überdachte und sicherere Fahrradständer. Außerdem fordern wir, dass im Parkaus im PEG Parkplätze in Fahrradabstellplätze umgewandelt werden, was gerade für E-Bikes wichtig ist, damit deren Sicherheit gewährleistet ist.

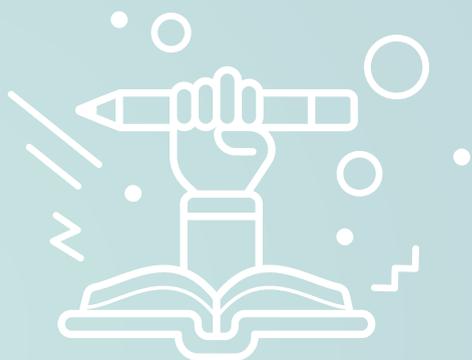
Kontakt: verkehr@asta-frankfurt.de
oekologie@asta-frankfurt.de



Referat für politische Bildung

Seit November letzten Jahres veranstaltet das Referat für politische Bildung die Veranstaltungsreihe »Mit Erinnerung gegen das Vergessen: Historie und Kontinuität des Nationalsozialismus in Frankfurt«.

Mit dieser Reihe sollten historische Daten in Bezug auf den NS zum Anlass genommen werden, um an diese Tage zu erinnern und hierbei entsprechende inhaltliche Zusammenhänge aufzuzeigen. Durch den Bezug zu Frankfurt sollten außerdem die Kontinuitäten des Nationalsozialismus bis heute beleuchtet werden.



Im Rahmen der Reihe fanden insgesamt folgende Veranstaltungen statt:

Anlässlich des 9. Novembers gab es einen Vortrag mit Filmvorführung zu den Pogromen 1938 und zum 27. Januar, dem Tag der Befreiung von Auschwitz, gab es drei Vorträge zu den Themen generationenübergreifende Tradierungen des NS, Norbert-Wollheim-Prozess und Antiziganismus.

Anlässlich des 22. März, dem Tag der Eröffnung des KZ Dachau 1933, sollte zudem eine Führung durch die ehemalige Großmarkthalle in Frankfurt – von dort aus fanden Massendeportationen in die Konzentrationslager statt –, sowie ein Vortrag zum Arbeitsbegriff im Nationalsozialismus organisiert werden. Bedauerlicherweise mussten diese aufgrund der Corona-Pandemie auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Die neuen Termine werden baldmöglichst mitgeteilt.



Zeitungsreferat

Als Zeitungsreferat sind wir für die redaktionelle sowie organisatorische Arbeit der AStA Zeitung verantwortlich, wie auch jene Ausgabe die ihr gerade in euren Händen haltet! Das heißt wir arbeiten sowohl an der inhaltlichen Ausgestaltung, wie auch den logistischen Aufgaben, vom Druck bis zum Versand. Nachdem Themen für eine Ausgabe von uns gesetzt wurden, halten wir Kontakt zu den zuständigen Layouter*innen, der Druckerei sowie der Post. Als Zeitungsredaktion haben wir dabei auch einen politischen Anspruch: Wir wollen kritische, emanzipative und relevante Themen abdecken und ein Sprachorgan für die Belange der Studierenden sein. Schreibt uns gerne: zeitung@asta-frankfurt.de

AStA**Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität Frankfurt am Main**

im Studierendenhaus,
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt
Tel 069 798–23181
Fax 069 7020–39
e-mail info@asta.uni-frankfurt.de
asta-frankfurt.de

Sekretariat Regine Nicoleit
im Studierendenhaus, Raum B2
Mo, Di, Do, Fr 9:30–12:30 Uhr
Mo, Di, Do 13:30–15 Uhr
Tel 069 798–23181
Fax 069 7020–39
e-mail info@asta.uni-frankfurt.de

Beratung & Hilfe**AStA-Sozialberatung**

Termine für das Sommersemester 2018:
IG Farben Campus, Westend;
AStA-Gebäude (Random White House):
Di 14:14–15:45 Uhr
Campus Bockenheim,
Studierendenhaus, Raum B7:
Do 16:15–17:45 Uhr
e-mail soziales@asta.uni-frankfurt.de

AStA-Mietrechtsberatung

Immer Donnerstags 16–18 Uhr
im AStA Haus (Random White House)
IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

**DGB Campus Office -
Arbeitsrechtliche Anfangsberatung**

Im Büro des AStA-Beratungszentrums
(Random White House); Sprechzeiten
gemeinsam mit der Sozialberatung (s.o.)
e-mail campusoffice@asta-frankfurt.de

**Fördermöglichkeiten
für Studierende mit Behinderung**

www.barrierefrei-studieren.de

Studentischer Projektrat

projektratunifrankfurt.wordpress.com
e-mail Projektrat.unifrankfurt@gmx.de

Wohnraum gesucht!

www.wohnraum-gesucht.de

Nightline Frankfurt

Mo, Mi, Fr 20–0 Uhr
Tel 069 798–17238
e-mail info@nightlineffm.com
nightlineffm.com

Goethe Law Clinic

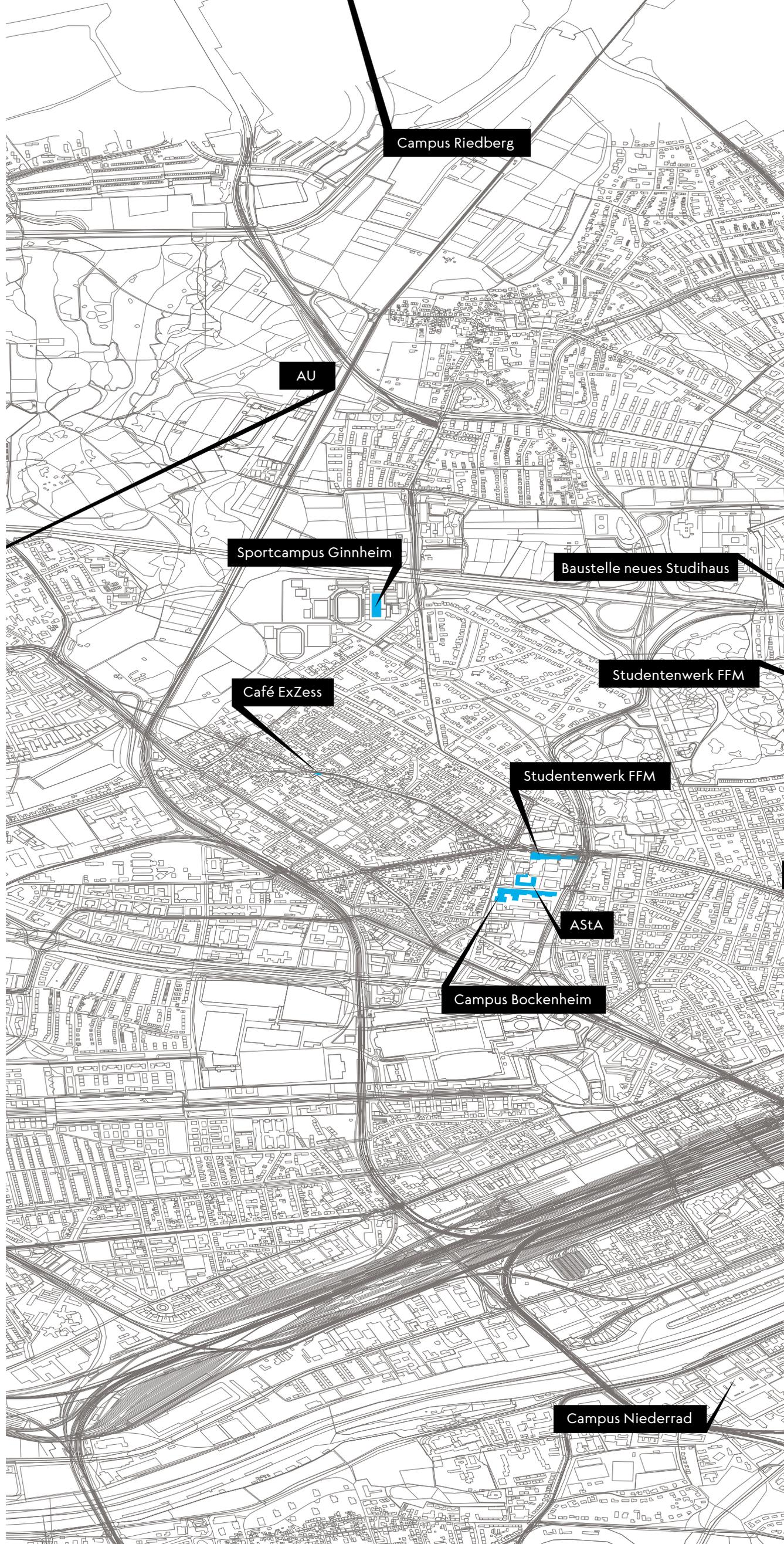
Im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes
auf dem IG Farben Campus; Offene
Sprechstunde
Fr 10–12 Uhr

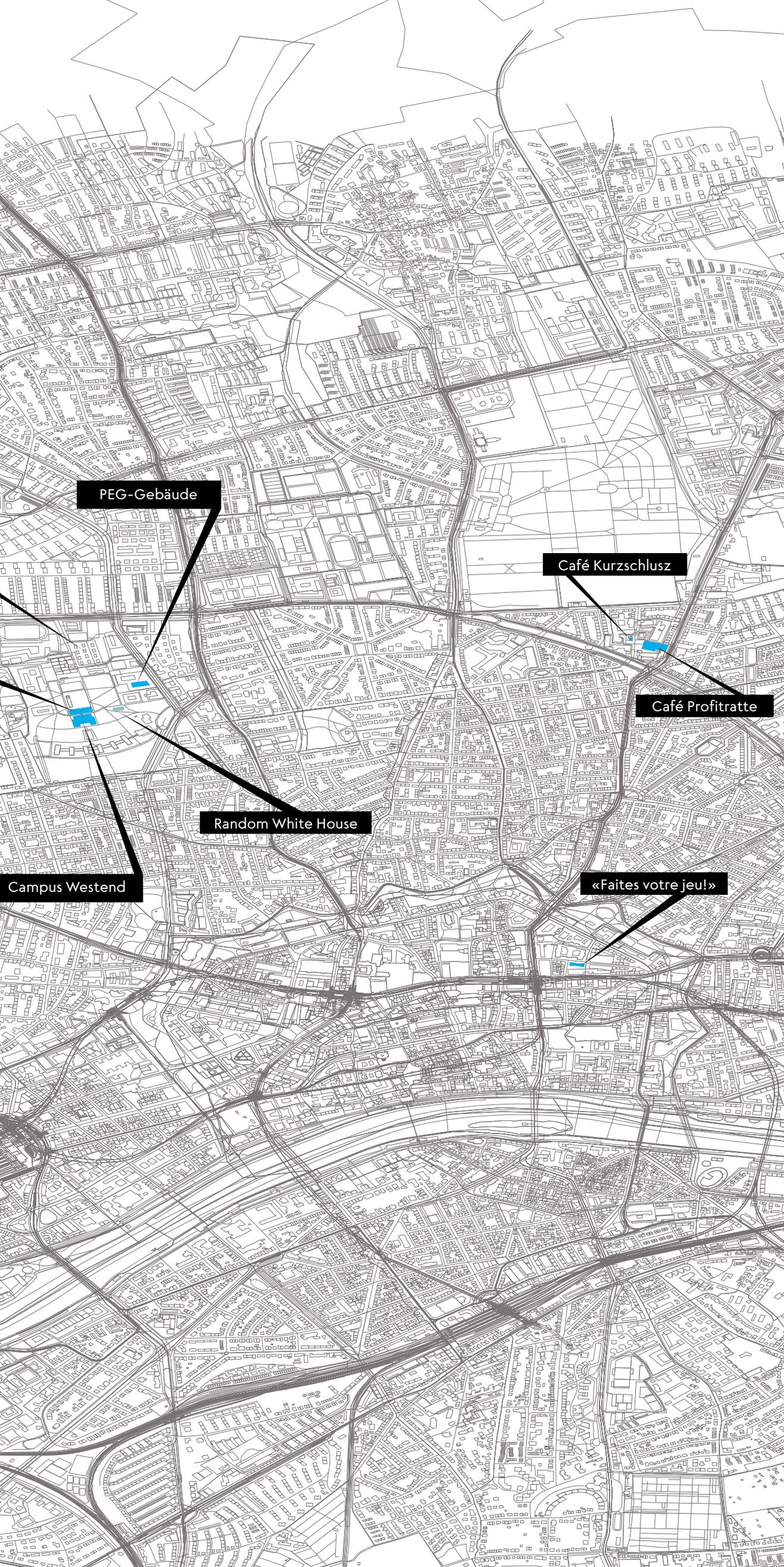
Psychosoziale Beratung des Student[en]werkes

Im Beratungszentrum IG Farben Campus,
Hörsaalzentrum; Offene Sprechstunde
Di, Do 15–17 Uhr
Tel 069 798–34905
e-mail psychosozialberatung@
studentenwerkfrankfurt.de

AStA Awareness Struktur

e-mail awareness@asta-frankfurt.de
awareness.blogsport.eu





Autonome Referate

Autonomes AusländerInnenreferat

Tel. 069 79825236
e-mail arlf@stud.uni-frankfurt.de

Autonomes FrauenLesben-Referat

http://aflr.blogspot.de
Tel. 069-79823095

Autonomes Schwulenreferat

www.frankfurter-schwule.de
Tel. 069 79823052

Autonomes Inklusionsreferat

e-mail inklusionunifrankfurt@gmail.com

Autonomes Elternreferat

Tel. 0152 23535351
e-mail eltern@asta-frankfurt.de

Sonstige

Academic Experience Worldwide

www.aeworldwide.de

Hilfskraftinitiative Frankfurt

E-mail hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net

AK Recht (Ermittlungsausschuss)

www.akrechtunifrankfurt.wordpress.com

AK Kritische Jurist_innen der Uni Frankfurt

www.facebook.com/akjffm
e-mail akj-frankfurt@gmx.de

Halkyonische Assoziation

für radikale Philosophie, www.harp.tf

Initiative Kritische Ökonomik

kritische-oekonomik.de

Initiative Studierender am IG-Farben Campus

initiativestudierenderamigfarbencampus.
wordpress.de

UTV, facebook.com/utvfrankfurt

youtube.com/utvfrankfurt

Project Shelter, www.projectshelter.net

Pupille e. V. – Kino in der Uni

jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3€,
Campus Bockenheim, www.pupille.org

Campus Trinkhalle

am IG Farben Campus (AStA-Kiosk)

Café Anna Blume, IG 0.155

Philo-Café, IG 2.451

Fachschaftscafé Jura & WiWi

RuW 1.127, IG Farben Campus

TuCa, PEG 1.G 208, IG Farben Campus

Café KOZ Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

Café Profitratte Gleimstraße 2, FH Frankfurt

Café Kurzschluss, Kleiststr. 5, Rotes Haus, FH Fr.

Unter_bau, unterbau.org

Autonome Zentren

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz

zur Zeit ohne Wohnsitz
www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!»

im ehemaligen Polizeigefängnis »Klapperfeld«
Klapperfeldstraße 5, 60313 Frankfurt,
www.klapperfeld.de

Café ExZess

Leipziger Straße 91, 60487 Frankfurt
www.cafe-exzess.tk

AU in der Au 14-16, 60489 Frankfurt

www.au-frankfurt.org

Was ist die AStA-Zeitung?

Die AStA-Zeitung ist das Publikationsmedium der Studierendenschaft und erscheint rund drei Mal im Jahr. Der Vorstand des AStA und die Zeitungs-Redaktion verwalten und publizieren alle Ausgaben. Die Redaktion setzt sich aus drei Vertreter*innen der politischen Hochschulgruppen zusammen, wobei das Oppositionsreferat und eine weitere Stelle im Stupa gewählt wird. Der Inhalt wird aber von euch, den Studierenden selbst produziert: Es werden journalistische, essayistische und literarische Texte, Bilderserien, Kunstwerke und Bekanntmachungen des AStA abgedruckt. Vor den AStA-Wahlen erscheint außerdem jährlich eine Sonderausgabe mit Selbstdarstellungen der Hochschulgruppen. Wir wollen euch alle einbinden und dazu einladen, eure Beiträge einzureichen. Praktischerweise wird die Zeitung allen Studierenden an ihre Postadresse gesandt. Damit ist die AStA-Zeitung das einzige Mittel, zuverlässig und permanent alle Studierenden zu erreichen.

Ich möchte etwas in der Zeitung veröffentlichen, wie geht das?

In jeder normalen Ausgabe gibt es einen Hauptthemenschwerpunkt. Wenn eine neue Zeitung geplant wird, dann veröffentlichen wir einen Call for Papers. Wir verschicken diesen an uni-nahe Mailverteiler (von Fachschaften, studentischen Initiativen, Hochschulgruppen etc.) und posten den Call auf der AStA-Homepage und -Facebookseite. Wenn ihr einen Mailverteiler (keine Einzeladressen!) hinzufügen wollt, dann schreibt uns einfach die Adresse und wir berücksichtigen diese dann für zukünftige Calls. Ihr könnt aber auch unabhängig von einem vorangegangenen Call oder angegebenen Thema Beiträge zu allen Themen einreichen, die euch auf den Nägeln brennen (und die Uni oder Studierenden adressieren). Bei der Auswahl zur Publikation geeigneter Beiträge berücksichtigen wir dabei neben ihrer Qualität auch ihre Relevanz. Außerdem verfolgen wir den Grundsatz, keine sexistischen, rassistischen oder antisemitischen Beiträge jeglichen Ausmaßes zu veröffentlichen.

Warum bekomme ich den "Call" und die Zeitung nicht per E-Mail?

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist es dem AStA, im Gegensatz zu vielen anderen ASten, zurzeit leider nicht erlaubt, E-Mails an alle Studierenden zu verschicken. Das darf bislang nur das Uni-Präsidium, das uns bisher hierfür kaum Möglichkeiten bietet oder wenn doch, dann nur unter strengen Bedingungen. Der AStA bemüht sich in aktuellen Verhandlungen darum, diesen Missstand zu beheben, so dass auch wir den E-Mailverteiler nutzen dürfen, um alle Studierenden zu erreichen. Bis dahin haben wir leider keine Möglichkeit, alle Studierenden digital zu erreichen. Aber folge uns doch einfach auf Facebook, dann bekommst du den "Call" auf jeden Fall mit! Zusätzlich wird der Call für die nächste Ausgabe meist am Ende der aktuellen Ausgabe mit abgedruckt.

Wie ändere ich meine Adresse für die Zeitung?

Wenn du keine Zeitung erhältst, obwohl du das eigentlich müsstest oder umgezogen bist, dann ist es ganz einfach deine Adresse zu ändern. Wir vom Zeitungsreferat oder vom AStA können da leider nichts machen. Da eure Adressdaten unter Datenschutz stehen, habt nur ihr(!) die Möglichkeit, diese einzusehen und zu verändern. Das könnt ihr mit eurem HRZ-Account unter <https://qis.server.uni-frankfurt.de> machen. Wenn ihr euch durch das Menü klickt, dann folgt den Reitern: Startseite -> Allgemeine Verwaltung -> Kontaktdaten ändern -> Postanschrift und E-Mail-Adresse. Hier habt ihr die Möglichkeit, mithilfe eurer I-Tan-Liste eure aktuelle Adresse anzugeben. Das funktioniert sogar im Erasmus-Semester!

Ist es möglich die Zeitung abzubestellen?

Nein, das ist leider nicht möglich, da wir wie oben beschrieben aus datenschutzrechtlichen Gründen keinerlei Zugriff auf eure Adressen und Kontaktdaten haben, sondern nur die Universität. Außerdem, und das ist der entscheidende Punkt, ist die AStA-Zeitung die Mitgliederzeitung der Studierendenschaft und ist somit deren Allgemeinheit verpflichtet.

Ist es möglich, die Zeitung auch zu beziehen, wenn ich nicht an der Uni Frankfurt immatrikuliert bin?

Ja, sie liegt im Studierendenhaus am Campus Bockenheim, in der Karl-Marx-Buchhandlung und an vielen studentischen Räumen aus und kann dort kostenlos mitgenommen werden. Verschickt wird sie allerdings nur an Studierende der Uni Frankfurt und es gibt leider keine Möglichkeit, sie als Nicht-Studierender postalisch zugeschickt zu bekommen.

Warum erhalte ich die Zeitung nicht per Post?

Wahrscheinlich bist du bei der Uni nicht mit deiner aktuellen Adresse gemeldet, siehe dazu den Punkt weiter oben. Du kannst die AStA-Zeitung aber auch als PDF-Datei über die AStA-Homepage beziehen, sie liegt außerdem im Studierendenhaus am Campus Bockenheim, in der Karl-Marx-Buchhandlung und an vielen studentischen Räumen aus.

Warum erscheint die Zeitung nicht digital?

Die AStA-Zeitung erscheint seit Jahren sowohl in digitaler als auch analoger Form. Sie kann als PDF-Datei auf der AStA-Homepage runtergeladen werden. Ansonsten halten wir auch weiterhin an dem analogen Versand an alle Studierenden fest: Zum einen, weil wir gegenwärtig keine Möglichkeit haben, auf einem anderen Weg alle Studierenden zuverlässig zu erreichen (s.o.), und zum anderen, weil eine Zeitung in Papierform einen ganz anderen Stellenwert besitzt als eine PDF-Datei.

AStA ZEITUNG
UNI FRANKFURT - FRÜHLING 2018



Universität und Revolution

asta UNI FFM

AStA ZEITUNG
UNI FRANKFURT - SOMMER 2018



Stress und Langeweile

asta UNI FFM

AStA ZEITUNG
UNI FRANKFURT - HERBST 2018



Flucht, Asyl, Migration

AStA ZEITUNG
UNI FRANKFURT - WINTER 2018



Sex und Schein

asta UNI FFM

Ist es möglich die
Zeitung
abzubestellen?

Nein.

Ausnahmezustand & Corona

Auch wir wollen uns nicht den momentan unausweichlichen Debatten und Diskussionen rund um Corona entziehen und haben deswegen beschlossen, das Thema für die nächste Ausgabe der AStA-Zeitung spontan umzuwidmen: »Corona & Ausnahmezustand«. Inhaltlich wollen wir eine Debatte nicht nur über das Thema Corona, sondern damit verbunden, den Ausnahmezustand anstoßen. Dadurch liegt der Fokus der Ausgabe insbesondere auf den gesellschaftlichen Implikationen des Virus. Ob direkt vom Virus betroffen oder nicht, wir alle sind mehr oder weniger mit einer Ausnahmesituation konfrontiert. Mit einer Situation die unser alltägliches Leben neu strukturiert, unsere Abläufe in neue Bahnen lenkt, unsere Beziehungen verändert und unsere Perspektiven verschiebt. Es zeigt sich, dass die Corona Krise – und das wird zuweilen gerne ausgeblendet – ein gesellschaftliches Phänomen ist: In ihren Ursachen, ihren Ausformungen und Konsequenzen.

Die Krise der Pandemie, in ihren Ausmaßen (fast) historisch einmalig², verschärft bereits bestehende Krisenmomente: Klassenspezifische Veränderungen und Prekarisierung machen sich in der Arbeitswelt bemerkbar, humanitäre Katastrophen wie im Camp Moria an den europäischen Außengrenzen verschlimmern sich, Menschen die sonst auch von (hygienischer) Grundversorgung abgeschnitten sind bleiben einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt, Gewalt gegen Frauen und

Kinder im häuslichen Umfeld³ und vergeschlechtliche Fürsorge-Arbeit werden verstärkt in das Private gedrängt und verschleiert. Die Diagnose einer aktuellen Krisensituation wird dementsprechend kaum umstritten sein. Viel eher stellt sich die Frage in welcher Krise wir uns dabei genau befinden. Für viele Teile der Weltbevölkerung geht es längst nicht mehr nur darum, die Verbreitung eines ominösen Virus zu stoppen, von dem möglicherweise das eigene Umfeld in keiner Weise direkt betroffen ist. Immer mehr Menschen sehen sich im Rahmen der allgegenwärtigen Verschiebungen mit existentiellen Fragen konfrontiert. Anstehende Rezensionen werden prognostiziert.⁴ Welche klimapolitischen Konsequenzen eine ökonomische Krise hat bleibt unklar. Angesichts der sich anbahnenden Wirtschaftskrise, kommt immer häufiger die Frage nach der Rechtfertigung der getroffenen Maßnahmen auf. Mit Slogans wie »Kill the virus, not the economy« oder »Give me liberty or give me death« demonstrieren in den USA immer mehr Menschen gegen die auferlegten Sicherheitsmaßnahmen. Unlängst haben sich auch in Deutschland obscure Querfronten reaktiviert: Rechtsradikale, Verschwörungstheoretiker*innen und Impfgegner*innen formieren sich gegen die staatlichen Maßnahmen. Umso mehr stellt sich auch die Frage nach linken Positionierungen und Handlungsmöglichkeiten in der gegenwärtigen Krise.

Die Ausnahmesituation, als rechtliche und politische Verschiebung, ist dabei erst einmal nichts komplett Neues. Zuletzt erinnern wir uns an die Ausnahmesituationen in Form von Notstandsgesetzen in Frankreich (2015-2017) oder der Türkei (2016-2018). Neu ist aber, dass uns die

aktuelle Ausnahmesituation nicht als Folge eines politischen Akts (z.B. in Form von terroristischer Gewalt oder eines Putsches) konfrontiert, sondern als natürliche, in Form eines Virus, erscheint. Gleichzeitig erscheinen dementsprechend auch die darauffolgenden Maßnahmen als natürlich: Als vermeintlich wissenschaftlich und medizinisch angebracht. Maßnahmen und Einschränkungen werden der demokratischen Debatte im Namen der Naturbeherrschung entzogen und als selbstverständlich erachtet. Damit sind sie auch stärker als sonst über Zweifel und kritische Auseinandersetzung erhaben. Und auch wenn das Virus »SarsCov2« eine reale, lebensbedrohliche Gefahr darstellt, bleibt es notwendig, sich der Risiken einer Verselbstständigung der Mittel gegenüber dem Zweck bewusst zu machen. So postulierte zum Beispiel Viktor Orbán, politische Fronten seien im Namen der Virus-Bekämpfung auszusetzen. Die Entpolitisierung der Corona-Bekämpfung führte indessen zur Demokratie-Bekämpfung: Das Parlament entmachtet sich selbst, Orbán hebt sich zum faktischen Allein-Herrscher empor.⁵

Der Ausnahmezustand in Zeiten von Corona wirft also auch zentrale Fragen des Regierens auf. Panoptische Überwachungssysteme und biopolitische Machttechniken erscheinen im Lichte aktueller staatlicher Maßnahmen aktueller denn je. Das biopolitische Credo »Leben machen und sterben lassen« lässt sich auf verschieden Weise neu interpretieren und anwenden.⁶

Fragestellung dieser Ausgabe können sich also sowohl auf theoretische Grundlagen des Ausnahmezustands oder Fragen des Regierens beziehen, sowie auf politische Dimensionen oder Perspektiven der Krise. Folgende Fragen sollen nur Anstoß, nicht Begrenzung möglicher Themen darstellen:

Welche ontologischen Prämissen liegen der Trennung von Politischem & Natürlichem zugrunde? Welche politischen oder rechtlichen Dimensionen enthält ein Ausnahmezustand? Wie beeinflusst

er das Lernen und Arbeiten an der Universität? Welche Bedeutung hat der Begriff der Solidarität? Wie wird er verwendet? Welche Rolle spielt die Gesundheitspolitik der letzten Jahre? Welche politischen Möglichkeiten ergeben sich durch die Krise? Ist der Hashtag #staythefuckathome Ausdruck einer aktiven Zivilgesellschaft oder eine Form der Selbstregierung? Welche Formen nehmen aktuelle Diskurse an, wie beeinflussen sie uns?

Eure Gedanken dazu könnt ihr in dem Medium eurer Wahl einreichen, ob in Textform als Kommentar, Gedicht, Erfahrungsbericht als auch in fotografischer Form oder Ähnlichem. Bitte achtet darauf auf die Beschränkung von 8.000 Zeichen einzuhalten und die Texte als Word-Datei einzureichen. Eure Beiträge sowie Fragen könnt ihr uns per Mail an zeitung@asta-frankfurt.de schicken. Die Deadline ist der 15.07.2020.

Nutzt die Zeit von Corona und Quarantäne, ran an die Tastaturen!

Eure Redaktion

- 1 Hashtag in Zeiten des Ausnahmezustands.
- 2 Ähnlich pandemische Ausmaße nahm u.A. die Spanische Grippe (1918-1925) an.
- 3 Häusliche Gewalt nimmt zu, bleibt aber im privaten Raum unsichtbar und wird kaum registriert. Vgl.: <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hintergeschlossenen-Tueren-Corona-und-haesuliche-Gewalt,gewalt564.html>
- 4 In Amerika steigt die Arbeitslosenquote schätzungsweise um 15%. Auch in Deutschland wird nach Schätzungen der Anteil an Arbeitslosen im Schnitt um ca. eine halbe Million steigen: <https://www.iab-forum.de/der-arbeitsmarkt-in-der-schwersten-rezession-der-nachkriegsgeschichte/>
- 5 Vgl.: <https://www.merkur.de/politik/coronavirus-ungarn-pandemie-viktor-orban-gesetzesentwurf-diktatur-kritik-notstand-demokratie-zr-13609012.html>
- 6 Vgl. dazu die Gouvernamentalitätsstudien von Michel Foucault.

Thema der nächsten Ausgabe:

Ausnahmezustand & Corona